

Landesbank Berlin Holding
GESCHÄFTSBERICHT 2008



Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

		2008	2007 ¹⁾	2006 ¹⁾	2005 ¹⁾	2004 ¹⁾
GuV-Rechnung						
Zinsüberschuss	Mio. €	1.247	815	743	890	915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	63	-68	118	192	255
Provisionsüberschuss	Mio. €	302	297	368	322	308
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	Mio. €	-18	3	3	-12	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	Mio. €	-344	-45	186	167	102
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	-308	-4	50	61	50
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	Mio. €	-18	12	-4	-1	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Mio. €	139	119	636	221	122
Verwaltungsaufwendungen	Mio. €	940	965	1.115	1.130	1.140
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	Mio. €	-3	300	749	326	102
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	Mio. €	12	6	35	-50	-27
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	Mio. €	9	306	784	276	75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Mio. €	-20	76	97	-4	-33
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	Mio. €	29	230	687	280	108
Bilanz						
Bilanzsumme	Mio. €	145.371	142.163	141.625	144.403	130.302
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn/-verlust	Mio. €	1.945	2.847	2.624	1.901	1.957
Stille Einlagen (nom.)	Mio. €	700	700	700	1.100	1.100
Risikopositionen KWG ²⁾	Mio. €	41.150	50.491	44.901	40.924	41.691
Kennzahlen						
Cost-Income-Ratio	%	94,0	80,6	56,3	68,6	76,2
Eigenkapitalrendite vor Steuern ³⁾	%	0,4	10,8	35,3	13,0	3,7
Gesamtkennziffer nach KWG ⁴⁾	%	16,41	15,04	10,6	11,6	11,1
Kernkapitalquote nach KWG ⁴⁾	%	13,74	11,80	7,2	8,1	7,5
Aktie						
Gewinn je Aktie ⁵⁾	€	0,02	0,21	0,67	0,28	0,09
Börsenkapitalisierung (Stichtag)	Mio. €	2.928	6.366	7.851	2.906	1.963
Aktienkurs 1.1.–31.12. (Schlusskurs Frankfurter Börse)						
höchst	€	6,32	8,18	7,96	3,51	2,08
tiefst	€	2,18	5,25	3,11	2,02	1,80
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	Anzahl	5.999	5.965	5.960	7.336	7.782

¹⁾ Vergleichszahlen angepasst

²⁾ 2008 nach SolV; davor nach KWG

³⁾ auf Basis des IFRS-Eigenkapitals

⁴⁾ seit 2007 für die RVG-Gruppe; nach Feststellung der Jahresabschlüsse

⁵⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Ratingübersicht

	Moody's	Fitch	dbrs
Ungarantierte Verbindlichkeiten			
Langfrist-Rating	A1	AA-	A (hoch)
Kurzfrist-Rating	P-1	F1+	R-1 (mittel)
Ausblick	stabil	stabil	stabil
Finanzkraft			
Finanzkraft	D+	D	BBB+
Garantierte Verbindlichkeiten			
Langfrist-Rating	Aa1	AAA	-
Kurzfrist-Rating	P-1	F1+	-
Ausblick	stabil	stabil	-
Pfandbriefe			
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	-
Hypothekenpfandbriefe	Aaa	-	-

Stand: März 2009

Unternehmensprofil

Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine börsennotierte Finanzholding mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Sie ist die Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin ist eine Universalbank, in der das gesamte Geschäft gebündelt ist. Historischer Kern der Landesbank Berlin ist die im Jahr 1818 gegründete Berliner Sparkasse. Vom Tag ihrer Gründung an bis heute erfüllt die Berliner Sparkasse ununterbrochen einen öffentlichen Auftrag im Dienst der Stadt. Am Bankplatz Berlin ist sie Marktführer und steht für Kundennähe, Fairness, Sicherheit und Modernität.

Das Geschäftsmodell des Konzerns Landesbank Berlin basiert auf vier Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem er als innovatives, kundennahes Institut eine herausragende Stellung einnimmt, den ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft sowie dem Immobilienfinanzierungsgeschäft, das bundesweit auf die Anforderungen von Investoren und Wohnungsbau-gesellschaften ausgerichtet ist.

Privatkunden steht das flächendeckende Filialnetz der Berliner Sparkasse zur Verfügung, das durch moderne Vertriebswege wie Online Banking, Call-Center und Selbstbedienungsmedien ergänzt wird. Mit Bankprodukten für Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie für Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement stellt die Bank ihren Kunden ein umfassendes Angebot bereit. Anlage- und Finanzierungswünsche von vermögenden Privatkunden werden in VermögensanlageCentern betreut.

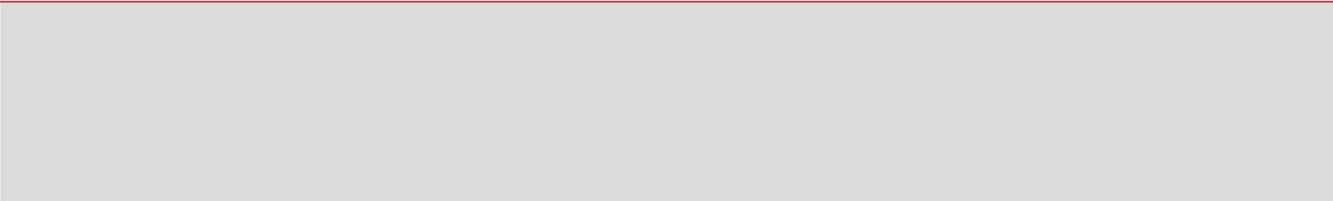
Im Firmenkundengeschäft hat die Landesbank Berlin eine führende Position als Bankpartner für Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen. Für kompetente und individuelle Betreuung sorgen erfahrene Berater in den Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin sowie in den FirmenkundenCentern der Berliner Sparkasse. Mit der BusinessLine steht Gewerbekunden zudem ein moderner und effizienter Vertriebsweg zur Verfügung. Die Kompetenzzentren Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking runden die Angebotspalette ab.

Im Kapitalmarktgeschäft betreut die Landesbank Berlin vor allem Finanzinstitute und institutionelle Kunden. Die Bank ist auf ausgewählte Aktivitäten fokussiert, in denen sie über führende Expertise verfügt. Sie profiliert sich als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für private Interessenten und ist mit ihren Handelsaktivitäten anerkannter Geschäftspartner. Wir pflegen ein weltweites Netzwerk von lokalen Handelspartnern und bieten damit den direkten Marktzugang zu allen relevanten Handelsplätzen. Mit der LBB-Invest verfügen wir über einen Fonds-anbieter, der sich in der Spitzengruppe der deutschen Kapitalanlagegesellschaften etabliert hat.

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bündelt die Landesbank Berlin ihre Kompetenzen für individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp werden institutionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und Developer im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten betreut. Im Markt für gewerbliche Immobilienfinanzierungen zählt der Konzern Landesbank Berlin zu den größten Anbietern in Deutschland.

Inhalt

Management	2
Aktionärsbrief	3
Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	5
Corporate Governance Bericht	9
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG	14
Aus dem Unternehmen	26
Strategische Geschäftsfelder	27
Private Kunden	28
Firmenkunden	32
Kapitalmarktgeschäft	36
Immobilienfinanzierung	39
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	42
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG	43
Konzernlagebericht	45
Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick	46
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008	60
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008	73
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	73
Risikobericht	74
Prognosebericht / Ausblick	103
Jahresabschluss des Konzerns	107
Gewinn- und Verlustrechnung	108
Der Konzern im Quartalsvergleich	109
Bilanz	110
Entwicklung des Konzerneigenkapitals	111
Kapitalflussrechnung	112
Notes	114
Organe der Landesbank Berlin Holding AG	191
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	192
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	193
Wichtige Adressen	194
Abkürzungsverzeichnis	197



Management

3	Aktionärsbrief
5	Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG
9	Corporate Governance Bericht
	Organe der Landesbank Berlin Holding AG
14	und der Landesbank Berlin AG

Aktionärsbrief

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

die Landesbank Berlin Holding AG hat das schwierige Bankjahr 2008 mit einem niedrigen positiven Ergebnis abschließen können. Angesichts der extrem herausfordernden Marktverhältnisse ist dies eine vergleichsweise gute Nachricht. Gleichzeitig sagen wir aber deutlich: Unsere Anforderungen an uns selbst sind höher und wir werden alles daran setzen, diesen Anspruch in den nächsten Jahren wieder zu erfüllen.

Bis einschließlich August 2008 war die Landesbank Berlin Holding AG auf gutem Weg, ihr operatives Ergebnisziel zu erreichen. Im September 2008 hat sich jedoch die Lage an den internationalen Finanzmärkten drastisch verschlechtert, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen der Regierungen für die Finanzsysteme eingeleitet wurden. Zusammenbrüche großer Banken und Versicherungen insbesondere in den USA führten zu einer generellen Neubewertung von Ausfallrisiken am Kapitalmarkt, die an der Entwicklung der Risikoaufschläge aller Kreditnehmer, zuletzt auch der Staaten, abzulesen ist. Daraus resultierende Wertabschläge auf Kapitalanlagen führten zu einer deutlichen Belastung der Ertragsrechnung im gesamten Finanzgewerbe. Diesen extremen Belastungen des Kapitalmarktes konnte sich auch der Konzern Landesbank Berlin Holding AG nicht entziehen.

Über einen Teil dieser Ergebnisbelastungen haben wir bereits zum Ergebnis per 30. September berichtet. Für das Gesamtjahr belaufen sich die Belastungen aus der Finanzkrise bei der Landesbank Berlin auf mehr als 600 Mio. €.

In diesem Umfeld hat die Landesbank Berlin Holding AG dennoch ein Jahresergebnis vor Steuern von 9 Mio. € erreichen können. Obwohl das Kapitalmarktgeschäft unter den Marktverhältnissen spürbar litt, war dies möglich, weil im Geschäft mit privaten Kunden, Firmenkunden und in der Immobilienfinanzierung unverändert gute Erfolge erzielt wurden. Es zeigte sich deutlich, dass die konzerneigene Berliner Sparkasse, die Landesbank Berlin AG und die Berlin Hyp auch und gerade in der Krise kundenorientiert, kundennah und erfolgreich agieren.

Aktionärsbrief

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär, die Ausgangslage für die mittelfristige Entwicklung der Bank ist gut: Wir verfügen über ein diversifiziertes Geschäftsmodell, das sich auch in schwierigen Zeiten als stabil und tragfähig erweist. Das Wachstum bei Krediten und Einlagen privater Kunden, die gestiegene Zahl von Firmenkunden, das gute Neugeschäftsvolumen und der deutlich erhöhte Darlehensbestand in der Immobilienfinanzierung sowie auch das erfolgreiche Geschäft mit institutionellen Kunden beweisen, dass die Landesbank Berlin sich auch in schwierigem Umfeld erfolgreich entwickelt. Wir gehen mit Kosten, Risiken und Liquidität verantwortungsbewusst und vorsichtig um und stellen damit sicher, dass wir für unsere Kunden auch weiterhin ein verlässlicher Geschäftspartner sind.

All das – verbunden mit einem ordentlichen Start in das laufende Jahr – ist für uns Anlass für vorsichtigen Optimismus. Dennoch sind Prognosen zum Ergebnis des Gesamtjahres angesichts der weiterhin extrem schwierigen weltwirtschaftlichen Lage und des nicht absehbaren Endes der Finanzkrise derzeit noch nicht mit der erforderlichen Zuverlässigkeit erstellbar.

Bei aller gebotenen Vorsicht sind wir aber sicher, dass die Landesbank Berlin Holding AG die Krise meistern und die daraus gewonnenen Erfahrungen zur Weiterentwicklung der Ertragskraft nutzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



Hans-Jörg Vetter



Dr. Thomas Veit

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2008 in sechs Plenums-Sitzungen – davon einer Telefonkonferenz – sowie in sechs Ausschuss-Sitzungen – davon zwei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich sowie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsrats Tätigkeit

Gegenstand sämtlicher Sitzungen waren die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie die ausführliche Erörterung der aktuellen Lage der Holding besonders unter dem Gesichtspunkt der Krise an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten. Infolge der im September 2008 eingetretenen dramatischen Verschärfung der Krise haben sich der Aufsichtsrat beziehungsweise der zuständige Ausschuss laufend über die Belastungen für die Holding, anstehende Entscheidungen sowie das Marktumfeld informieren lassen und die Situation in den Sitzungen umfassend erörtert.

Im Rahmen der separaten Bilanzsitzungen erfolgte neben der Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2007 vorrangig die Beratung und Prüfung des Jahres- beziehungsweise Konzernabschlusses und des Lage- beziehungsweise Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2007 sowie des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2007.

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Weitere Themen der Aufsichtsratssitzungen waren unter anderem die Beschlussfassung zu den Prüfungsschwerpunkten der Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2008, die Erörterung der Zwischenberichte und der Risikostrategie. Ferner erfolgte die Beratung zur Mittelfristplanung für den Zeitraum 2009 bis 2013, die Information über den Ergebnisausblick des Konzerns und die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Holding.

Außerhalb der Sitzungen wurde im Geschäftsjahr 2008 ein Beschluss vom Aufsichtsrat im Umlaufverfahren gefasst. Ein Mitglied des Aufsichtsrats nahm aufgrund dringender anderweitiger Verpflichtungen im Jahresverlauf an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen. Sechsmal trat der BPS-Ausschuss im Berichtsjahr zusammen; er bereitete einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Plenumsitzung inhaltlich vor und befasste sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung. Ein Beschluss wurde im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. Gegenstand der zwei stattfindenden Telefonkonferenzen des BPS-Ausschusses war unter anderem die Erörterung des Zwischenberichts zum 30. September 2008 vor seiner Veröffentlichung mit dem Vorstand.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende „Vermittlungsausschuss“ trat auch im Jahr 2008 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen. Alle Mitglieder des BPS-Ausschusses haben im Berichtsjahr an mindestens der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Corporate Governance

Die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) wurde vom Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen erörtert. Im Frühjahr 2008 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit erneut einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Dezember 2008 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des Kodex vom 6. Juni 2008 abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für die Aufsichtsräte der Holding und der LBB ein gemeinsamer Bericht erstellt. Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.lbb-holding.de abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie einen ausführlichen Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den Seiten 9 ff. und 52 ff. dieses Geschäftsberichts zu entnehmen.

Personalien

Im Aufsichtsrat hat es im Geschäftsjahr 2008 folgende personelle Veränderung gegeben: Herr Dietmar P. Binkowska hat sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner mit Ablauf des 21. November 2008 niedergelegt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Binkowska für seine wertvolle Mitarbeit in diesem Gremium. Als Nachfolger von Herrn Binkowska hat das zuständige Amtsgericht Herrn Artur Grzesiek mit Wirkung vom 24. November 2008 bestellt.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2008 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben.

Jahresabschluss 2008

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2008 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer regelmäßig über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht beziehungsweise dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten nach eingehender Vorprüfung durch den BPS-Ausschuss dem Aufsichtsrat vorgelegt und von diesem geprüft.

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten eingehend die Fragen der Gremienmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich gemäß DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2008 in seinen Sitzungen vom 27. März 2009 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2008 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 13.206.360,23 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2008 in einem schwierigen und herausfordernden Marktumfeld erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2009

Der Aufsichtsrat



Heinrich Haasis
Vorsitzender

Corporate Governance Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften beachten unabhängig von ihrer Rechtsform die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), soweit die Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbildes von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB.

Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

Vorstand

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Dabei entwickelt der jeweilige Vorstand die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und stellt ihre Umsetzung sicher.

Die beiden Vorstandsgremien informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung.

Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten, so dass hierzu keine Informationspflichten bestehen. Die Zusammensetzung der beiden Vorstandsgremien und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind auf Seite 48 dargestellt.

Corporate Governance Bericht

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen.

Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte sind namentlich auf den Seiten 14 und 15 des Geschäftsberichts aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen den jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss gibt es im Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2008 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise dem der LBB zu entnehmen. Die beiden Aufsichtsratsgremien unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben – wie auch in den Vorjahren – keinen Interessenkonflikten, so dass diesbezüglich keine Informationspflichten bestehen.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie auch – auf freiwilliger Basis – der Aufsichtsrat ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft LBB haben im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Checkliste durchgeführt, in der alle den DCGK betreffenden Fragen behandelt und von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurden. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung der Befragung im Aufsichtsratsplenium kamen beide Gremien zu der Einschätzung, dass die Effizienz der Aufsichtsratsaktivität gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden konnte. Die noch bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden jeweils dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht – wie auch für die Mitglieder des Vorstands – eine Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D & O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

Transparenz

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2008 keine meldepflichtigen Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen.

Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2008 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen.

Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

Vergütungsbericht

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht im Geschäftsbericht für das Fiskaljahr 2008 dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im Konzernlagebericht ab Seite 52 und mit den personalisierten Angaben zu den Bezügen des Vorstands und des Aufsichtsrats im Konzernanhang ab Seite 181 des Geschäftsberichts enthalten.

Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2008 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Konzern- und Jahresabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaft informiert. Für den Konzernabschluss der Holding ist dieser den Seiten 74 bis 102 zu entnehmen.

Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und möglichst gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

Corporate Governance Bericht

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 6. Juni 2008 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und im Dezember 2008 abgegeben.

Abweichend von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in Ziffer 7.1.2 konnte der Konzern die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, für das Geschäftsjahr 2007 noch nicht erfüllen. Für das Geschäftsjahr 2008 erfolgt die Veröffentlichung des Konzernabschlusses der Landesbank Berlin Holding binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende.

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrats auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

Der im Jahr 2007 gestellte Antrag auf gerichtliche Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseignervertreter war nicht bis zur nächsten Hauptversammlung befristet, um die Kontinuität der Aufsichtsratsarbeit nach dem Abschluss der Restrukturierung und der Privatisierung sicherstellen zu können.

Der Aufsichtsrat hat sich dafür entschieden, auf den dividendenabhängigen Teil der Aufsichtsratsvergütung zu verzichten, denn die Dividendenhöhe ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungsvollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

Bei dem Abschluss oder der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach auf zwei Jahresvergütungen einschließlich Nebenleistungen begrenzt sind. Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein Abfindungs-Cap vereinbart wird.

Vor diesem Hintergrund wurde die aktualisierte Entsprechenserklärung mit Stand Dezember 2008 auf der Internetseite der Bank veröffentlicht.

Die auf der Grundlage des DCGK in der Fassung vom 6. Juni 2008 abgegebene Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG hat folgenden Wortlaut:

„§ 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entsprach/entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 Von folgenden Empfehlungen des Kodex weicht die Landesbank Berlin Holding AG ab:

- (a) Die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, konnte der Konzern in der Vergangenheit noch nicht erfüllen. In der Zukunft soll diese Anforderung erfüllt werden (Ziff. 7.1.2 DCGK).
- (b) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).
- (c) Die Amtszeit der durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 30. August 2007 bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG war nicht bis zur Hauptversammlung des Folgejahres befristet (Ziff. 5.4.3 DCGK).
- (d) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsabhängige Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).
- (e) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach auf zwei Jahresvergütungen einschließlich Nebenleistungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK).“

Vorstand und Aufsichtsrat
der Landesbank Berlin Holding AG

Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG

Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Dr. Johannes Evers

Landesbank Berlin AG

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorsitzender
Präsident des Deutschen Sparkassen-
und Giroverbands

Bärbel Wulff*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Gregor Böhmer

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
ehem. Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Dagmar Brose*

Landesbank Berlin Holding AG
Referentin im Bereich Finanzen
der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Landesbank Berlin Holding AG
Präsident des Deutschen Landkreistages

Christina Förster*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Artur Grzesiek

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,
 Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank
 Berlin AG

Jürgen Hilse

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

Claus Friedrich Holtmann

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen
 Sparkassenverbands

Michael Jänichen*

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Bereichsleiter Firmenkunden
 der Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,
 Kundenbetreuer Vertriebsbereich Ost

Thomas Mang

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

Astrid Maurer*

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,
 Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

Andreas Rohde*

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Peter Schneider

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Präsident des Sparkassenverbands
 Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

Landesbank Berlin Holding AG
 Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer
 Bayern

Joachim Tonndorf*

Landesbank Berlin Holding AG
 ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di
 Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Harald Vogelsang

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding
 und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Landesbank Berlin Holding AG
 Landesbank Berlin AG
 Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di
 Landesbezirk Berlin-Brandenburg

* Arbeitnehmersvertreter



Die Landesbank Berlin – zu jeder Zeit ein verlässlicher Partner

Die Weltwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Nahezu alle Branchen sind von den Entwicklungen auf den internationalen Märkten betroffen. Die Finanzmarktkrise geht uns inzwischen alle an: Als Bank, als Sparer, als Anleger. Viele Menschen sind verunsichert. Darauf haben wir uns mit unserem Beratungsangebot eingestellt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss sich der partnerschaftliche Umgang mit den Kundinnen und Kunden beweisen und bewähren. Neben den täglichen Gesprächen in unseren Vertriebsstellen organisieren wir Kundenveranstaltungen oder nehmen an Leser-Telefonaktionen zur aktuellen Finanzmarktsituation teil. Diese Serviceangebote werden intensiv genutzt, denn der Informationsbedarf ist groß. Verantwortung zeigt sich aber auch darin, dass wir unsere Kriterien für die Vergabe von Krediten an den Mittelstand und an private Kunden unverändert beibehalten haben. Wir haben uns das Ziel gesetzt, unsere Kunden sicher durch diese unruhige Zeit zu navigieren. Unser Engagement und der tatkräftige Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden anerkannt. Darauf sind wir stolz.





Innovativ – mit modernen Finanzdienstleistungen

Wir bieten unseren Kunden ein ganzheitliches Service- und Beratungsangebot mit spezialisierten Produkten und flexiblen Banking-Möglichkeiten. Wir wollen unsere Produkte und Services kontinuierlich verbessern und dadurch unsere bereits führende Marktstellung ausbauen. Im Privatkundengeschäft ist die Berliner Sparkasse unter den Anbietern umfassender Bankdienstleistungen mit Abstand die Nummer eins in der Hauptstadt. Im Firmkundengeschäft sind wir in Berlin ebenfalls Marktführer. Im Finanzierungsgeschäft für gewerbliche Immobilien haben wir uns auch überregional eine nachhaltig solide Position erarbeitet. Ausgewählte Kapitalmarktaktivitäten mit innovativen Produkten und Dienstleistungen runden unser ausgewogenes Geschäftsmodell ab.





Vertrauensvoll – die Nähe zum Kunden

Banken leben vom Vertrauen ihrer Kunden. Vertrauen entsteht allerdings nur dann, wenn wir es Tag für Tag wieder unter Beweis stellen und nach verlässlichen Prinzipien leben. Dies tun wir mit mehr als 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für rund zwei Millionen Kundinnen und Kunden. Die Anforderungen und Wünsche der Menschen und Unternehmen sind die Basis unserer Arbeit. Die Kundennähe einer Bank muss dabei mehr sein als ein dichtes Filialnetz und eine gute Erreichbarkeit. Sie bestimmt sich auch durch das Maß, in dem unsere Berater die individuellen Bedürfnisse jedes Kunden kennen und exakt darauf eingehen. Erst dann wird aus Kundenwünschen eine maßgeschneiderte Lösung mit Substanz.



Kompetent und fair – unser Anspruch

In unübersichtlichen Zeiten ist transparentes Handeln besonders wichtig. Wir wollen unseren Kundinnen und Kunden kompetente Beratung und attraktive Produkte bieten. Wenn sich Märkte verändern, gilt es, gemeinsam die Ziele in Geldanlage und Finanzierung zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen. Dies gelingt nur durch persönliche Gespräche, Offenheit im Umgang miteinander und gegenseitiges Vertrauen. Ob Arbeitnehmer, Student oder Rentner, ob Hightech-Betrieb, Bäckerei oder Mode-Boutique – die Vielfalt unserer Kunden macht unsere tägliche Arbeit so lebensnah. Unsere Spezialisten und Experten beraten, finanzieren und begleiten Lebenspläne – private und die des Mittelstands. Drei Ansprüchen fühlen wir uns dabei besonders verpflichtet: Qualität, Innovation und Fairness.

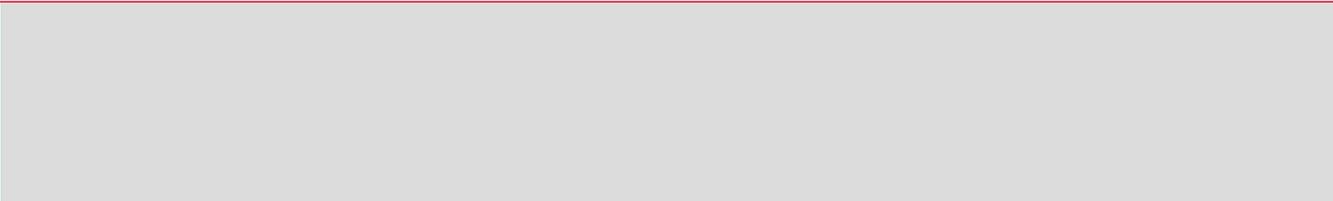






Bewährt – aus Tradition

Die Einheit von Sparkasse und Landesbank hat in Berlin eine lange Tradition. Seit 1818 ist die Berliner Sparkasse im öffentlichen Auftrag als Bankpartner für die Berlinerinnen und Berliner tätig. In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nahm die Bank erstmals auch Girozentrafunktionen wahr. Kurze Entscheidungswege und attraktive Angebote garantierte dieses Modell schon damals. Heute ist nahezu jeder zweite Berliner Kunde der Berliner Sparkasse, die sich seit nunmehr 200 Jahren in einer besonderen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Berlins sieht. Die Berliner Sparkasse will nicht nur Marktführer in Berlin sein. Sie bekennt sich auch klar zu ihrem Anspruch, Qualitätsführer im Berliner Bankenmarkt zu sein – mit erstklassigen Leistungen.



Aus dem Unternehmen

27	Strategische Geschäftsfelder
28	Private Kunden
32	Firmenkunden
36	Kapitalmarktgeschäft
39	Immobilienfinanzierung
42	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
43	Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

Strategische Geschäftsfelder

Das Geschäftsmodell der Landesbank Berlin basiert unverändert auf den vier Geschäftsfeldern Private Kunden, Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung. Mit dieser strategischen Aufstellung ist die LBB eine leistungsstarke Universalbank für Berlin-Brandenburg. In allen Geschäftsfeldern nimmt sie in ihrer Kernregion führende Markt-

positionen ein. In Teilbereichen wie etwa dem Kreditkartengeschäft, bei Publikumsfonds oder bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen zählt sie auch überregional zu den führenden Anbietern. In der deutschen Hauptstadt ist die Landesbank Berlin die Nummer eins unter den Finanzdienstleistern. Sie steht für Kundennähe, Solidität und Innovation.

Das Privatkundengeschäft der Landesbank Berlin wird im Wesentlichen regional von der Berliner Sparkasse betrieben – gemessen an der Zahl der Kontoverbindungen ist sie die größte Sparkasse Deutschlands. Überregional ergänzt werden die Aktivitäten durch das Kreditkartengeschäft, die im Jahr 2008 erworbene Absatzfinanzierung sowie die netbank AG als reine Internetbank.

Das Geschäftsfeld Private Kunden verzeichnete im Jahr 2008 insgesamt eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung, trotz der teilweise massiven Verunsicherung vieler Kunden infolge der weltweiten Finanzkrise. Der gute Kundenkontakt unserer Beraterinnen und Berater, die offene Kommunikation mit den Kunden sowie die hohe Service- und Beratungsqualität in unseren Vertriebsstellen halfen, in dieser schwierigen und herausfordernden Marktsituation das Vertrauen in die Sparkasse als soliden und verlässlichen Finanzpartner zu sichern. Die Berliner Sparkasse ist im Privatkundengeschäft weiterhin unangefochtener Marktführer in Berlin. Im überregionalen Geschäft wurde Anfang 2008 durch den Erwerb der Absatzfinanzierung von der BHW Bank erneut eine Zukunftsinvestition mit Entwicklungspotenzial getätigt.

PRIVATE KUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Kontokorrent	292	298
Geldmarktnahe Kredite	541	400
Immobilienkredite	1.541	1.554
Andere Kredite (z. B. Konsumentenkredite)	1.583	1.003
Summe Forderungen an Kunden	3.957	3.255

PRIVATE KUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Sichteinlagen	3.159	3.441
Tagesgelder	506	17
Termineinlagen / Sparbriefe	483	572
Spareinlagen	7.185	6.718
Cash direkt	1.017	735
Summe Kundeneinlagen	12.350	11.483

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Berliner Konjunktur schwächt sich ab

Nachdem im Vorjahr ein leichter Aufwärtstrend verzeichnet worden war, hat die Konjunktur in Berlin in der zweiten Jahreshälfte 2008 nachgegeben. Das Bruttoinlandsprodukt Berlins wuchs im Gesamtjahr nur noch um ca. 1,6 % nach 2,0 % im Jahr 2007.

Zwar erhöhte sich in Berlin die Zahl der Erwerbstätigen und die Arbeitslosenquote ging zurück, dennoch verbesserte sich die wirtschaftliche Situation der privaten Kunden insgesamt nur wenig: Die verfügbaren Einkommen lagen in Berlin unverändert unter dem Bundesdurchschnitt, ebenso die Sparquote. Die Zahl der Privatinsolvenzen ging lediglich aufgrund von Verfahrensänderungen um rund ein Viertel zurück.

Bestand an Ratenkrediten weiter gewachsen

Das Geschäft mit Ratenkrediten/Allzweckdarlehen der Landesbank Berlin wuchs 2008 planmäßig. Der Bestand dieser Kreditart lag per Jahresende mit 602,7 Mio. € um 10,9 % über dem Niveau am gleichen Stichtag des Vorjahres. Das Neugeschäft bei Ratenkrediten/Allzweckdarlehen erreichte dabei 416,8 Mio. € (Vorjahr: 363,4 Mio. €). Das private Baufinanzierungsgeschäft der Landesbank Berlin konnte 2008 ebenfalls gesteigert werden. Das valutierte Neugeschäft stieg um 10,3 % auf 183,2 Mio. €.

Das Kreditvolumen des Geschäftsfelds Private Kunden erreichte insgesamt 3,96 Mrd. € per 31. Dezember 2008 und lag damit um 21,6 % über dem Wert zum Vorjahresstichtag. Die neuen Aktivitäten in der Absatzfinanzierung ergänzen die Vertriebswege der Landesbank Berlin im Ratenkreditgeschäft und schaffen überregional weitere Geschäftspotenziale in Verbindung mit dem Kartengeschäft und dem Internetvertrieb über die netbank AG.

Börsenentwicklung begünstigt das Einlagengeschäft

Der negativen Börsenentwicklung konnte sich das Wertpapiergeschäft der Landesbank Berlin 2008 nicht entziehen. Das verwaltete Depotvolumen (inklusive LBB-Invest-Konten und DekaBank-Depots) sank aufgrund der Marktverwerfungen deutlich um 20 %. Auf der anderen Seite profitierte das Einlagengeschäft von dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Kunden. In der Folge steigerte die Landesbank Berlin die Einlagenvolumina insgesamt um 6 % auf 11,6 Mrd. €, inklusive der netbank AG sogar auf 12,35 Mrd. €.

Der Absatz von Zertifikaten war besonders in den letzten vier Monaten des Geschäftsjahres 2008 von der allgemeinen öffentlichen Diskussion über diese Wertpapierart in der Folge der Insolvenz von Lehman Brothers in den USA beeinträchtigt. Der Bruttoabsatz von Zertifikaten, unter anderem in der FlexInvest-Produktfamilie, ging deshalb im Gesamtjahr auf 254 Mio. € (Vorjahr: 351 Mio. €) zurück.

Private Kunden

Versicherungs- und Bauspargeschäft entwickeln sich planmäßig

Das Versicherungsgeschäft der Landesbank Berlin hat sich 2008 planmäßig entwickelt. Die nettopolicierte Beitragssumme (Lebens- und Rentenversicherungen inklusive fondsgebundener Verträge und Direktversicherungen öffentlicher Dienst) erhöhte sich um 15,3 % auf 283,4 Mio. €.

Das Bauspargeschäft erreichte einen Zuwachs der Bausparsumme um 10,0 % auf 336,5 Mio. €.

Überregionales Geschäft wächst aus eigener Kraft und durch Zukäufe

Die Landesbank Berlin hat als größte Emittentin von Kreditkarten in Deutschland ihr Kartengeschäft erfolgreich weitergeführt. Die zahlreichen Markenkooperationsprogramme sind dabei die Basis für kontinuierliches Wachstum und bieten überdies Potenziale für zusätzliche Geschäfte mit den Kooperationspartnern. So wird die Landesbank Berlin die Zusammenarbeit mit dem ADAC über das Co-Branding der Kreditkarten hinaus ausdehnen. Des Weiteren wird im Direktvertrieb die Kooperation mit der netbank AG forciert.

Die Zahl der ausgegebenen Kreditkarten stieg im Berichtsjahr auf mehr als 1,97 Mio. Karten nach 1,78 Mio. Karten zum Ende des Vorjahres, ein Zuwachs von 10,7 %. Durch den Erwerb der Absatzfinanzierung von der BHW Bank wurde auch deren Kreditkartenportfolio mit 113.000 ausgegebenen Kreditkarten übernommen.

Kundenorientiertes Vertriebsnetz

Gerade in der Finanzkrise hat sich unser leistungsfähiges und enges Vertriebs- und Servicenetz als Basis für Kundenkontakte bewährt. Der stationäre Vertrieb der Berliner Sparkasse verfügte im Jahr 2008 über 146 PrivatkundenCenter, 27 Vermögensanlage-Center, 3 ImmobilienCenter sowie 1 Center für Private Banking. Damit steht die Berliner Sparkasse ihren Kunden flächendeckend als Ansprechpartner für Informationen sowie mit hochqualifizierten Beratungsleistungen und individuellen Problemlösungen zur Seite. Hinzu kommen 20 Selbstbedienungsstandorte, an denen die Kunden unabhängig von den Öffnungszeiten der Filialen Bankgeschäfte vornehmen können, welche durch weitere 81 Geldautomaten ergänzt werden.

Im Online Banking haben wir durch die Einführung der per SMS versendeten TAN-Nummern und der Chip-TAN die Mobilität und die Sicherheit für unsere Kunden weiter erhöht. Das verbesserte, sprachgesteuerte Telefon Banking der Sparkasse wurde zum Jahresende 2008 eingeführt.

PERSPEKTIVEN 2009

Zu Beginn des Jahres 2009 erfolgte die Markteinführung eines neuen Konzepts für Girokonten. Dieses wurde auf Basis umfangreicher Befragungen unserer Kunden und Mitarbeiter bedarfsgerecht ausgestaltet. Das überarbeitete Kernprodukt Girokonto des Geschäftsfelds Private Kunden unterstützt das Ziel, die Zahl der Kundenverbindungen zu erhöhen und damit die Vorrangstellung im Berliner Markt weiter zu festigen. An der bewährten Qualitätsstrategie der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse werden wir festhalten. Das bedeutet, dass wir für attraktive Produkte und ein hohes Service- und Beratungsniveau angemessene Konditionen und Preise verlangen und uns somit dezidiert von der teilweise aggressiven Preispolitik des Wettbewerbs absetzen. Gerade in Zeiten, in denen die Verlässlichkeit und Solidität der Beziehung zwischen Bank und Kunde wieder verstärkt ins Licht rückt, sind wir überzeugt, mit dieser Strategie weiterhin auf eine positive Marktresonanz zu treffen.

Bereits im abgelaufenen Jahr hat das Deutsche Institut für Service-Qualität in seiner Untersuchung der Beratung zur Altersvorsorge bei 15 großen Kreditinstituten die Leistungen der Berliner Sparkasse durch einen führenden Platz in der Gesamtwertung und das Urteil „gut“ für die Servicequalität bestätigt.

Firmenkunden

Die Landesbank Berlin ist im Firmenkundengeschäft Marktführer in der Kernregion Berlin-Brandenburg. Sie betreut rund 63.400 Gewerbetunden und mittelständische Unternehmen mit einem breitgefächerten Produkt- und Leistungsangebot. Präsenz vor Ort gepaart mit umfassender Marktkenntnis, Kompetenz und hohen Qualitätsansprüchen ist Basis des Geschäftsmodells. Dabei ist das Betreuungskonzept in allen Phasen des Unternehmenszyklus auf die individuellen Belange der Kunden zugeschnitten.

Das Firmenkundensegment verzeichnete auch 2008 einen stabilen Geschäftsverlauf. Die Marktposition im Firmenkundengeschäft entwickelte sich erfreulich. So ist nach einer im Jahr 2008 erneut durchgeführten Studie zum Firmenkundenmarkt in Berlin und Umland der Markenverbund Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse Marktführer in der Kernregion. Im Vergleich zur letzten Erhebung wählten deutlich mehr Unternehmen die Landesbank Berlin beziehungsweise die Berliner Sparkasse als ihre Hausbank. Im Jahr 2008 stieg die Kundenzahl um fast 1.000. Dieses Vertrauen

FIRMENKUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Tages- und Termingelder	511	926
Kontokorrent	254	183
Immobilienkredite	875	957
Andere Kredite	3.843	3.770
Summe Forderungen an Kunden	5.483	5.836

FIRMENKUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Sichteinlagen	1.089	1.287
Tagesgelder	1.083	588
Termineinlagen / Sparbriefe	1.230	1.081
Spareinlagen	245	260
Cash direkt / Flexgeld	526	299
Summe Kundeneinlagen	4.173	3.515

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

der Firmenkunden werten wir als Gütesiegel für unser Geschäftsmodell und unsere Prinzipien in der Kundenbetreuung. Gerade in konjunkturell schwierigen Situationen halten wir daran fest. Bei der Beratung und der Finanzierung von Unternehmensgründungen ist die Berliner Sparkasse deutschlandweit eine der führenden Sparkassen.

Das operative Ergebnis konnte erneut gesteigert werden. Trotz des intensiven Konditionenwettbewerbs, der im Einlagenbereich zum Margenrückgang führte, lag der Zinsüberschuss 3,6 % über dem Vorjahresniveau. Die Risikokosten entwickelten sich auch 2008 erfreulich. Beim Provisionsüberschuss wurde der Vorjahreswert deutlich übertroffen. Dies ist auf die erstmals im Berichtsjahr erfolgte Zurechnung der Exportfinanzierung zum Firmenkundensegment zurückzuführen.

Anhaltend anspruchsvolles Marktumfeld

In unserer Kernregion hat sich 2008 der konjunkturelle Aufwärtstrend abgeschwächt. Wachstumstreiber waren vor allem die innovationsgetriebenen Technologiebranchen und unternehmensnahe Dienstleistungen. Die Wirtschaftskraft der vorwiegend kleinteiligen Unternehmenslandschaft blieb jedoch im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich. Dagegen lag die Insolvenzhäufigkeit bei Unternehmen über dem Bundesdurchschnitt. Teilweise verzeichnete Auftragsrückgänge, die Energiepreisentwicklung sowie angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise schwieriger einzuschätzende Geschäftsaussichten trugen dazu bei, dass geplante Investitionsvorhaben zumindest teilweise zurückgestellt wurden.

Das Firmenkundengeschäft war auch 2008 in allen Kundensegmenten von einem intensiven Wettbewerb und einem hohen Margendruck geprägt. In diesem Marktumfeld ist es der Landesbank Berlin gelungen, die Marktdurchdringung weiter zu verbessern. Diese Stärke zeigt sich erneut im Nettowachstum der Kundenzahlen im Mittelstand und im Gewerbekundensegment.

Aktivgeschäft im Jahresdurchschnitt ausgeweitet

Trotz der schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte im Jahr 2008 das Geschäftsvolumen bei der Landesbank Berlin ausgeweitet werden. Zwar ging das Volumen der Forderungen an Kunden wegen der Rückführung kurzfristiger Kredite stichtagsbezogen auf 5,5 Mrd. € zurück, im Jahresdurchschnitt wuchs jedoch der Bestand an Unternehmenskrediten im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 %. Auch das Neugeschäft wurde ausgeweitet. Unverändert haben wir an der stringenten Risikopolitik festgehalten.

Erfreuliches Wachstum der Einlagen

Das Einlagengeschäft der Firmenkunden der Landesbank Berlin zeigte erneut eine erfreuliche Entwicklung. Das Volumen der Kundeneinlagen am Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 übertraf den Vorjahreswert um 18,7 % und erreichte 4,2 Mrd. €. Die deutliche Ausweitung der Einlagen entsprach dem Branchentrend für inländische Unternehmen am Bankplatz Berlin-Brandenburg bis zum dritten Quartal. Im vierten Quartal 2008 war im Firmenkundengeschäft der Landesbank Berlin als Reaktion auf die Verwerfungen an den Finanzmärkten ein verstärktes Einlagenwachstum mittelständischer Unternehmen und Gewerbekunden zu verzeichnen. Diese Entwicklung bestätigt erneut das große Vertrauen unserer Kunden in die Sicherheit ihrer Einlagen und die Verlässlichkeit unseres Geschäftsmodells.

Firmenkunden

Bewährter Vertriebswegemix

Das differenzierte Betreuungskonzept der Landesbank Berlin mit klarer Kundensegmentierung und einem innovativen Vertriebswegemix hat sich bewährt: Den Firmenkunden stehen mit dem telefonischen Direktbankvertrieb BusinessLine, kundennahen stationären FirmenkundenCentern und Direktionen für mittelständische Firmenkunden drei Wege zur Verfügung, mit uns in Kontakt zu treten. Repräsentative Befragungen haben gezeigt, dass die Zufriedenheit der Gewerbekunden und der mittelständischen Unternehmen in allen Vertriebskanälen weiter gestiegen ist.

Weiterhin setzen wir auf eine hohe Qualität in der Betreuung unserer Firmenkunden. Dazu haben wir einen strukturierten Beratungsprozess eingeführt und 2008 weiterentwickelt. So erfolgte 2008 die Einführung der strukturierten „Bilanz-Rating-Kommunikation“, die wir verstärkt einsetzen wollen. Damit begegnen wir dem nach wie vor erhöhten Informationsbedarf der Firmenkunden. Die Kundenbetreuer erläutern bei Kreditentscheidungen die komplexen Rating-Zusammenhänge in Kombination mit betriebswirtschaftlichen Analysen. Der strukturierte Betreuungsansatz trug dazu bei, hohe Qualitätsstandards im Firmenkundengeschäft zu sichern und die Kundenbindung zu intensivieren. Die Aktivitätensteuerung wird in allen Vertriebswegen durch ein modernes Customer-Relationship-Management-System unterstützt.

Qualitätsstrategie erfolgreich ausgebaut

Im Jahr 2008 wurde die Qualitätsstrategie für Firmenkunden weiter ausgestaltet. Unabhängige, überregionale Prüfer vom TÜV Rheinland hatten bereits 2007 die Vertriebswege BusinessLine und FirmenkundenCenter zertifiziert, die das gesamte Gewerbe-kundensegment abdecken. Mit dieser Zertifizierung

setzt die Landesbank Berlin mit der Berliner Sparkasse im Wettbewerberumfeld anspruchsvolle Qualitätsmaßstäbe. Die erneute Prüfung im Berichtsjahr verlief ebenfalls erfolgreich. Im Kundenurteil wurden eine ausgeprägte Zufriedenheit, hohe Weiterempfehlungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Kompetenz bestätigt.

Als Teil der Qualitätsstrategie haben wir unsere Prozesse im Firmenkundengeschäft weiter optimiert, um dadurch unseren Kunden ambitionierte Leistungsversprechen geben zu können. Zum Beispiel sichert die Strukturierung der Kreditprozesse im Firmenkundensegment, dass bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Entscheidung über die Kreditvergabe in längstens 48 Stunden getroffen werden kann.

Produkt- und Leistungspalette weiter ausgestaltet

Die im Oktober 2007 eingeführten Firmenkundenmodelle, die sich nach Grundpreis, Freiposten und weiteren Leistungsmerkmalen unterscheiden, haben sich im Berichtsjahr als fester Bestandteil eines nachfrageorientierten Angebots etabliert. Die Bandbreite trägt dem unterschiedlichen Nachfrage- und Nutzungsverhalten der Unternehmen Rechnung. Dieses Konzept wurde von unseren Firmenkunden gut angenommen. Zugleich wurde damit die Basis für künftige Provisionsergebnisse im Zahlungsverkehr nachhaltig gesichert.

Für die Zielgruppe der Krankenhäuser hat die Landesbank Berlin 2008 das Modell der Krankenhausforfaitierung konzipiert und als neues Produktangebot eingeführt, bei dem Forderungen von Krankenhäusern gegenüber gesetzlichen Krankenkassen angekauft werden. Damit konnte das Branchen-Know-how gezielt zur Erweiterung der Produktpalette genutzt werden.

Enger Dialog mit der Regionalwirtschaft

Der enge Dialog mit der Regionalwirtschaft wurde im Firmenkundengeschäft weiter vorangetrieben. Zum zweiten Mal haben wir 2008 in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Mittelstandsumfrage vorgenommen. Die gestiegene Teilnahme zeigt das große Interesse der mittelständischen Unternehmen, über ihre wirtschaftliche Lage, Finanzierungspläne und Geschäftsaussichten zu berichten.

Im März 2008 wurde ein Kooperationsabkommen mit der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin zum Thema Unternehmensnachfolge abgeschlossen. Damit trägt die Landesbank Berlin mit ihrem Spezial-Know-how zur engeren Verbindung von Theorie und Praxis bei und fördert wirtschaftliches Engagement. Auch die intensive Begleitung des Innovationspreises Berlin-Brandenburg und des Business-Plan-Wettbewerbs durch die Landesbank Berlin haben Signalwirkung. Seit dem Jahr 2000 hat die Berliner Sparkasse rund 1.300 Gründungen und Unternehmensnachfolgen finanziert. Allein 2008 haben wir mehr als 300 Gründern beziehungsweise Nachfolgern den Start in ein eigenes Unternehmen ermöglicht.

PERSPEKTIVEN 2009

Die Landesbank Berlin steht den Gewerbekunden und mittelständischen Unternehmen in der Kernregion Berlin-Brandenburg mit ihrem etablierten und verlässlichen Geschäftsmodell weiterhin als kundennahe, kompetente Regionalbank mit einem umfassenden Finanzdienstleistungsangebot zur Verfügung. Um unsere bereits führende Marktposition weiter zu festigen, wollen wir bestehende Kundenverbindungen vertiefen und die Akquisition von Neukunden vorantreiben. Der Wettbewerbsfaktor Qualität wird bei den Betreuungsprozessen in allen Kundensegmenten – gerade nach den Erfahrungen der Kunden in Zeiten der Krise an den Finanzmärkten – weiter an Bedeutung gewinnen. Strategisches Ziel ist die weitere Stärkung der Ertragsbasis im operativen Geschäft. Dazu sollen die Verstärkung und der Ausbau des Aktivgeschäfts und des provisionstragenden Dienstleistungsgeschäfts durch marktgerechte Produkt- und Serviceangebote beitragen. Die Landesbank Berlin wird dabei an der strengen ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik der vergangenen Jahre festhalten.

Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft bietet die Landesbank Kapitalmarktprodukte und -lösungen, die sich an Finanzinstitute, institutionelle Anleger und auch an private Kunden richten. Trotz einer breiten Aufstellung mit umfassenden, produktübergreifenden Kundenaktivitäten und einer konservativen Anlagepolitik war das Geschäftsfeld im Jahr 2008 – wie die gesamte Bankenlandschaft – von der weltweiten Finanzkrise betroffen und verzeichnete signifikante Ergebnisbelastungen.

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft hat 2008 die strategische Ausrichtung auf kundenorientiertes Geschäft und weniger schwankungsanfällige Anlageformen fortgesetzt. Die Eskalation der globalen Finanzmarktkrise traf jedoch auch die Anlagestrategien der Landesbank Berlin. Der deutliche Anstieg der Risikoaufschläge (Credit-Spreads) führte zu massiven Wertverlusten, insbesondere infolge des Zusammenbruchs von Lehman Brothers und der isländischen Banken. Die Liquiditätseinschränkungen an den Märkten und bei den Produkten verschärften das Problem der Preisfindung bei vielen Assets. Die Eigenhandelsstrategien der Landesbank litten erheblich unter den Marktverwerfungen, so dass nur wenige Strategien erfolgreich waren. Die Erträge aus dem Kundengeschäft konnten die Bewertungsverluste aus den Anlagestrategien und die stark betroffenen Handelsaktivitäten nicht kompensieren.

KAPITALMARKTGESCHÄFT – KREDITE

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Forderungen an Kreditinstitute	15.952	18.156
Summe Forderungen an Kunden	1.659	2.199
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	16.136	12.817
Finanzanlagen	32.202	35.666

KAPITALMARKTGESCHÄFT – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.427	38.662
Summe Kundeneinlagen	3.483	3.540
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.202	5.742
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	16.400	9.972

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der Zinsüberschuss hat sich außerordentlich positiv entwickelt und stieg auf 381 Mio. €. Er liegt damit um 251 Mio. € über dem Vorjahreswert. Dieser Erfolg beruht im Wesentlichen auf Geldhandelsaktivitäten.

Aus den Verwerfungen an den Kreditmärkten resultierte eine Ergebnisverschlechterung aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten um 243 Mio. € auf –284 Mio. €. Bedingt durch Abschreibungen auf Engagements mit den Banken Lehman Brothers und Washington Mutual, auf isländische Kreditinstitute und Fonds ging das Ergebnis aus Finanzanlagen gegenüber dem Vorjahr um 267 Mio. € auf –293 Mio. € zurück.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag mit 53 Mio. € um 83 Mio. € über dem Vorjahreswert. Wesentliche Einflussfaktoren waren dabei der Zusammenbruch von Lehman Brothers und die Wertberichtigungen auf verbrieft US-Hypothekendarlehen sowie zu einem geringeren Teil die Verschlechterungen in Länderratings (zum Beispiel Ukraine, Kasachstan).

Das Provisionsergebnis wurde 2008 erstmalig durch eine Ertragsverrechnung aus der Neuordnung der Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden (–14 Mio. €) beeinflusst. Der Provisionsüberschuss liegt mit 30 Mio. € um 8 Mio. € unter dem Wert per 31. Dezember 2007 (bereinigt um die oben genannte Ertragsverrechnung), was im Wesentlichen aus sinkenden Brokerage-Erträgen resultiert.

Der Verwaltungsaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um 21 Mio. € auf 152 Mio. €. Neben den weiterhin erfolgreichen Maßnahmen zur Kostenreduktion führte auch die Zuordnung der Erfolge der Abteilung Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden zu Aufwandsentlastungen.

Insgesamt lag das Ergebnis des Kapitalmarktgeschäfts als Folge der marktbedingten Belastungen mit –391 Mio. € um 380 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Finanzmarktkrise beeinflusst LBB-INVEST

Bei den Spezial- und Publikumsfonds der LBB-INVEST konnte 2008 das Wachstum der vergangenen Jahre nicht fortgesetzt werden. Das Fondsvolumen verminderte sich von 12,8 Mrd. € per Ende 2007 auf 10,3 Mrd. € zum Ende des Jahres 2008. Der Rückgang des Publikumsfondsvolumens auf 3,4 Mrd. € ist insbesondere auf Kursverluste an den Aktienmärkten zurückzuführen.

Im Zuge der Finanzkrise sank das ausstehende Zertifikatevolumen, maßgeblich getrieben durch Preiseffekte, auf 2,3 Mrd. €. Der Bruttoabsatz in Zertifikaten und strukturierten Produkten belief sich im Berichtsjahr auf 1,2 Mrd. €.

Die Landesbank Berlin wird auf Basis ihrer langjährigen Erfahrung und im Markt anerkannten Kompetenz ihre Kunden auch weiterhin mit kreativen, maßgeschneiderten Produktlösungen versorgen, auch wenn noch nicht absehbar ist, wo nach den Verunsicherungen, die die globale Finanzkrise hervorgerufen hat, der Schwerpunkt der Kundennachfrage liegen wird.

Im internationalen Geschäft konnte 2008 das Geschäftsvolumen insbesondere bei der Exportfinanzierung zunächst deutlich ausgeweitet werden. Mit der Eskalation der Finanzkrise wurden im vierten Quartal die Limite und damit das Neugeschäft zurückgeführt. Im operativen Geschäft wurden im Vergleich zum Vorjahr um 4 Mio. € höhere Erträge erzielt.

Kapitalmarktgeschäft

Strategische Aufstellung des Kapitalmarktgeschäfts

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft umfasst die Tätigkeitsbereiche Treasury & Trading, Client Business und Internationales Geschäft.

Treasury & Trading bündelt die Handels- und Anlageaktivitäten aus Treasury und Eigenhandel. Es hat damit eine zentrale Funktion für die Liquiditätssicherung und Refinanzierung des Gesamtkonzerns.

Client Business fasst alle Kundenaktivitäten produktübergreifend zusammen.

Das Internationale Geschäft stellt Firmenkunden und Finanzinstituten maßgeschneiderte Finanzierungsinstrumente für die Märkte Zentral- und Südosteuropas sowie für die Länder der GUS einschließlich Zentralasien bereit.

PERSPEKTIVEN 2009

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass die seit Jahren verfolgte Fokussierung auf das kundenorientierte Geschäft der richtige strategische Ansatz für die Landesbank Berlin ist. Die Herausforderung für das Jahr 2009 besteht darin, die Produktpalette der Bank an die durch die Krise veränderten Erwartungen der Anleger marktgerecht anzupassen.

Aufgrund der Kernkompetenz des Kapitalmarktgeschäfts in diesem Sektor sehen wir gute Chancen, uns im Markt weiter gut zu positionieren. Mit dem Rückgang der kurzfristigen Zinsen und der Einführung der Abgeltungssteuer werden ertragsorientierte Produkte wieder verstärkt nachgefragt werden.

Eine Stabilisierung der Märkte und weiterhin bestehender Anlagebedarf werden auch der LBB-INVEST wieder Chancen eröffnen. Dabei ist vorgesehen, neue Produktkategorien anzubieten.

Allerdings ist die Entwicklung an den Finanzmärkten weiterhin nicht oder nur eingeschränkt prognostizierbar. Dies erschwert die Ausrichtung unserer Produktpalette und Vorhersagen über die Kundennachfrage. Die Entwicklung auf den Finanzmärkten und die von der Politik angestrebte stärkere Regulierung werden jedoch zusätzliche Parameter setzen, nach denen sich das Geschäftsfeld 2009 strategisch und operativ ausrichten muss.

Immobilienfinanzierung

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bündelt die Landesbank Berlin die Kompetenzen für individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp werden institutionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und Developer im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten betreut. Der Konzern Landesbank Berlin Holding zählt in Deutschland zu den größten und leistungsstärksten Anbietern im Markt für gewerbliche Immobilienfinanzierungen.

Das Geschäftsfeld setzte auch 2008 die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre fort. Das kontrahierte Neugeschäftsvolumen übertraf im Kerngeschäft mit 6,7 Mrd. € trotz des schwierigen Marktumfelds das Vorjahresniveau leicht. Die Situation an den Finanzmärkten eröffnete zwar im ersten Halbjahr zusätzliche Neugeschäftschancen, da die Finanzierungsnachfrage das Angebot übertraf. Immer schwieriger werdende Kapitalmarktbedingungen führten sukzessive zur Erhöhung der Bankeneinstände und damit zu deutlichen Erhöhungen der Zinsen. In der Folge ging die Nachfrage auf der Investorenseite zurück, da geplante Projekte in Anbetracht der Marktlage aufgegeben oder zurückgestellt wurden. Auflösungen der Risikovorsorge und ein erhöhter Provisionsüberschuss trugen dazu bei, dass das operative Ergebnis des Geschäftsfelds den hohen Vorjahreswert von 246 Mio. € nochmals übertraf und auf 259 Mio. € gesteigert wurde.

IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Immobilienkredite	25.563	24.405
Andere Kredite	8.165	8.635
Summe Forderungen an Kunden	33.728	33.040

IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾
Sichteinlagen	345	406
Tagesgelder	199	140
Termineinlagen / Sparbriefe	8.463	6.910
Spareinlagen / Cash direkt	2	4
Summe Kundeneinlagen	9.009	7.460
Verbriefte Verbindlichkeiten	22.638	21.010

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

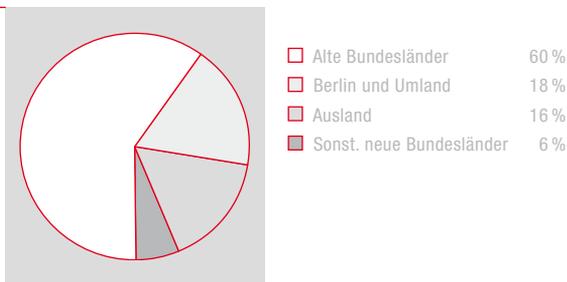
Immobilienfinanzierung

Neugeschäft auf Vorjahresniveau und über Erwartungen

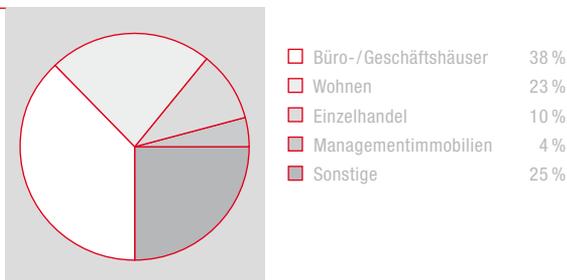
Das Geschäftsfeld erreichte 2008 ein kontrahiertes Neugeschäft von 6,7 Mrd. € nach 6,6 Mrd. € im Geschäftsjahr 2007. Damit wurden die Erwartungen für 2008 übertroffen. Im Vorjahr kamen Sondergeschäfte, insbesondere Avale, in Höhe von 3,6 Mrd. €

hinzu. Im Inland konzentrierte sich die LBB unverändert auf wirtschaftliche Ballungszentren als Zielmärkte. Das gute Neugeschäft führte trotz hoher Tilgungen und weiteren Abbaus der Risikokredite zur leichten Erhöhung des Bestands an Immobilienkrediten auf 25,6 Mrd. € per 31. Dezember 2008 (2007: 24,4 Mrd. €). Die Qualität des Bestands wurde insgesamt weiter verbessert.

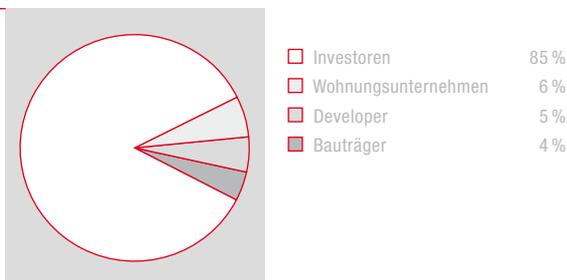
Neugeschäft 2008 nach Beleihungsgebieten



Neugeschäft 2008 nach Objektarten



Neugeschäft 2008 nach Kundensegmenten



In der Struktur des Neugeschäfts nach Kundensegmenten blieb der Schwerpunkt auf Finanzierung von Investoren bestehen. Durch die neuen Standorte konnten 2008 rund 16 % des Neugeschäftsvolumens im Ausland kontrahiert werden. Der Umfang der Geschäfte in den alten Bundesländern stieg auf 60 % gegenüber 47 % im Vorjahr. Die Neugeschäftsverteilung nach Objektarten hat sich 2008 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Einzelheiten dazu sind den nebenstehenden Grafiken zu entnehmen.

Schwierige Refinanzierungsbedingungen

Das Geschäft war zunächst von einem anhaltend großen Interesse ausländischer Investoren am deutschen Immobilienmarkt geprägt. Die Landesbank Berlin und die Berlin Hyp konnten dabei die sich bietenden Geschäftschancen nutzen und die Kundenbasis weiter ausbauen. Garant für den Erfolg im Wettbewerb waren weiterhin Fachkompetenz und kurze Abstimmungswege, die zügige Entscheidungen ermöglichten.

In der zweiten Jahreshälfte führten die erschwerten Refinanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten zu Konditionenerhöhungen und abflauernder Nachfrage der Investoren. Die durchschnittliche Marge im Neugeschäft stieg leicht an.

Risikostruktur erneut verbessert

Die LBB hat auch 2008 konsequent an dem Grundsatz festgehalten, auf Geschäfte, die nicht den internen Rentabilitäts- und Risikokriterien entsprechen, zu verzichten. Insgesamt haben die Verwerfungen an den Finanzierungsmärkten das Verständnis der Marktteilnehmer für eine adäquate Bepreisung von Risiken verstärkt – eine Entwicklung, die der Grundeinstellung der LBB entgegenkommt. Mehr als 90 % des Neugeschäfts wurde an Kreditnehmer mit guten oder sehr guten Risikoklassen vergeben.

Das Volumen an risikobehafteten Finanzierungen (Work-out-Portfolio) haben wir 2008 nochmals reduziert. Grundlage dafür waren erfolgreiche Sanie-

rungs- oder Abwicklungstätigkeiten insbesondere von zwei Großobjekten und der Verkauf kleinerer Portfolien. Die insgesamt verbesserte Risikostruktur erlaubte die Auflösung von Risikovorsorgepositionen, die zu einem positiven Risikovorsorgesaldo führte.

Auslandsgeschäft stabil

Die LBB führte das im Jahr 2007 erfolgreich aufgenommene Geschäft in ausgewählten Regionen im benachbarten Ausland fort. Die erfolgreiche Vertriebskooperation in den Niederlanden für die Abdeckung des gesamten Benelux-Marktes wurde in eine eigene Repräsentanz umgewandelt. Der Anteil der Auslandsfinanzierungen im Neugeschäft liegt bei rund 16 %.

PERSPEKTIVEN 2009

Die Landesbank Berlin wird in der Immobilienfinanzierung ihre im Markt erfolgreiche Strategie weiterverfolgen. Das Rückgrat der Aktivitäten bildet unverändert ein leistungsfähiger und kundennaher Vertrieb in den inländischen Ballungsräumen, der je nach regionalen Marktpotenzialen gezielt verstärkt wird. Daneben werden wir das Auslandsgeschäft weiter vorantreiben, dabei aber mit Augenmaß und unter strenger Beachtung der regionalen Gegebenheiten vorgehen.

Eine wichtige Aufgabe ist zudem die kontinuierliche Anpassung der Produkt- und Servicepalette des Geschäftsbereichs an die sich wandelnden Kundenbedürfnisse. Diesem Aspekt kommt angesichts struktureller Veränderungen in der gewerblichen Immobilienfinanzierung im Zuge der Veränderungen an den internationalen Finanzmärkten künftig besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang wollen wir zum Beispiel die Beratung rund um das Thema Zahlungsverkehr intensivieren.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahr 2008 haben wir unsere Maßnahmen für die Mitarbeiterqualifizierung, die Nachwuchsförderung und Beschäftigungsfähigkeit konsequent fortgeführt sowie das betriebliche Gesundheitsmanagement ausgebaut.

Im Fokus der Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen die kontinuierliche Erweiterung und Vertiefung von Fachwissen sowie die Entwicklung von Persönlichkeits- und Methodenkompetenzen. Die Potenziale von Führungskräften, Fachspezialisten und Nachwuchskräften werden in maßgeschneiderten Programmen systematisch weiterentwickelt.

Die Zahl der Einstellungen junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Ausbildung zu Bankkaufleuten wurde 2008 nochmals erhöht. Nunmehr beginnt die Ausbildung zusätzlich zum Februar auch im August jedes Jahres. In vielen Geschäftsfeldern der Bank werden außerdem im Rahmen spezifischer Programme Hochschulabsolventen bedarfsgerecht eingearbeitet. Jene Nachwuchskräfte, die während ihrer Ausbildung das Unternehmen kennen lernen konnten und durch ihr Engagement und ihre Erfolge überzeugten, werden übernommen. Sie sichern eine ausgewogene und zukunftsorientierte Mitarbeiterstruktur der Bank.

Darüber hinaus haben wir unser betriebliches Gesundheitsmanagement weiter ausgebaut. Um langfristig die Leistungsfähigkeit und die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in Zeiten eines sich verschärfenden Wettbewerbs zu erhalten, haben wir die Arbeitsbedingungen in unserem Hause nach Gesundheitsaspekten analysiert. Über eine gezielte Befragung waren daran alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt. Die gesammelten Erkenntnisse bieten die Möglichkeit, zielgerichtet Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zu entwickeln und umzusetzen.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement in einem von sehr schwierigen Markteinflüssen geprägten Jahr 2008. Er dankt auch den Arbeitnehmervertretern des Konzerns für deren konstruktive Begleitung bei der Umsetzung der geschäftlichen Anforderungen.

Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

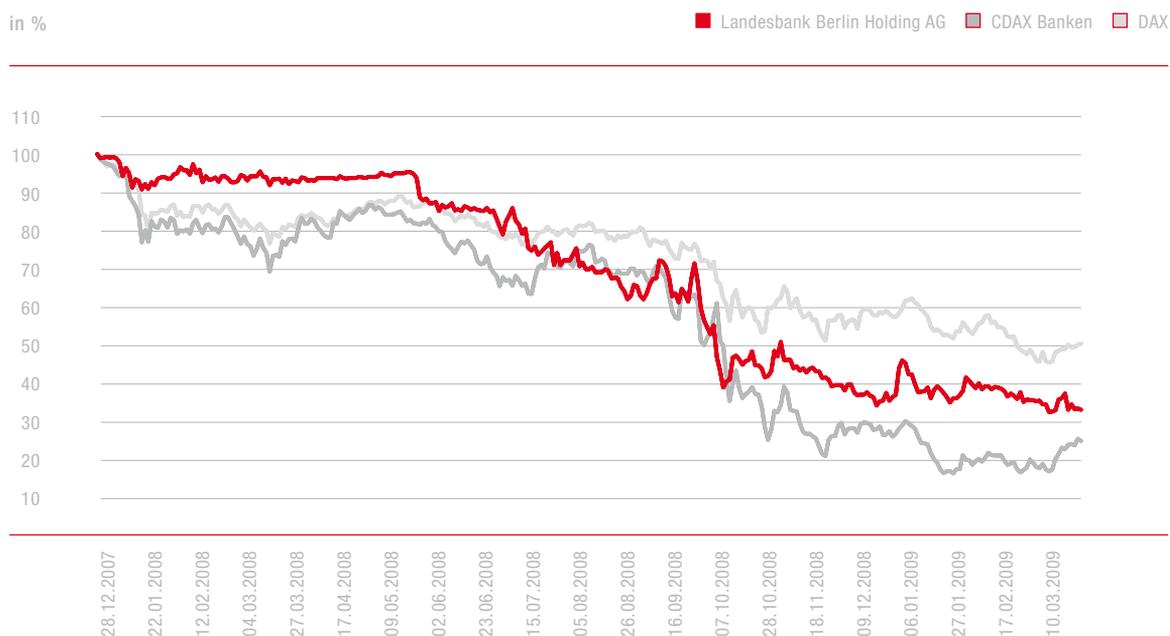
Der Aktienkurs der Landesbank Berlin Holding AG 2008 spiegelt ein schwieriges Jahr für die gesamte Bankenbranche wider.

Konnte sich der Kurs im ersten Halbjahr 2008 noch leicht über dem Branchendurchschnitt behaupten, so geriet er danach in den allgemeinen Abwärtssog der Bankenwerte. Zum Jahresende 2008 lag die Aktie bei 2,93 €, was einem Kursrückgang auf etwa

die Hälfte des Wertes am gleichen Vorjahresstichtag entsprach. Die Entwicklung verlief weitgehend parallel zum Vergleichsindex CDAX Banken, der jedoch im Berichtsjahr sogar rund zwei Drittel seines Werts einbüßte.

Angesichts des Ergebnisses der Landesbank Berlin Holding AG werden Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung keinen Vorschlag zur Ausschüttung einer Dividende machen.

KURSENTWICKLUNG IM VERGLEICH ZU DAX UND CDAX BANKEN Schlusskurs 28.12.2007 = 100%



Die Aktie der Landesbank Berlin Holding AG ist an den Börsen Berlin-Bremen, Frankfurt und Düsseldorf im amtlichen Handel (General Standard) notiert.



Konzernlagebericht

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick	46
Unternehmensdarstellung	46
Allgemeiner Verlauf im Überblick	50
Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat	52
Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB	57
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008	60
Ertragslage	61
Segmentergebnisse	65
Vermögenslage	69
Finanzlage	72
Auswirkungen der Konsolidierung	72
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008	73
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	73
Risikobericht	74
Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling	75
Gesamt-Risikosteuerung	75
Adressenausfallrisiken	79
Liquiditätsrisiken	89
Marktpreisrisiken	92
Immobilienrisiken	96
Operationelle Risiken	96
Sonstige Risiken	102
Prognosebericht / Ausblick	103
Erwartete Entwicklung/ Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	103
Geschäftliche Ausrichtung	104
Entwicklung der Geschäftssegmente	104
Soll/ Ist-Vergleich	106
Schätzverfahren/ Mittelfristplanung	106
Zusammenfassung/ Gesamtaussage	106

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) stellt sich zum 31. Dezember 2008 wie folgt dar:



■ Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) mit Sitz in Berlin. Mehrheitsaktionärin ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,0 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG

(S-Beteiligungsgesellschaft), die seit dem 1. Januar 2008 10,6 % der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft zum 31. Dezember 2008 somit 98,6 %. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft mbH die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.
- Die LBB hält die wichtigen strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService) und an der netbank AG (netbank). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008/1. Januar 2009 von der LBB an die Holding übertragen.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge, inklusive der kompletten Bearbeitung des Kreditgeschäfts, ist zu einem großen Teil beim BankenService der LBB gebündelt. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Kapitalmarktgeschäft	Immobilienfinanzierung
Corporate Center			
Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 5.999 am 31. Dezember 2008 leicht über dem Vorjahreswert von 5.965. Der Frauenanteil lag bei 62,5 % der Gesamtbelegschaft und

blieb damit nahezu unverändert (31. Dezember 2007: 62,1 %). Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 2,7 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 1,6 % sehr gering und gegenüber den jeweiligen Vorjahreswerten rückläufig.

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Vorstand und Ressortverteilung

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding setzte sich zum 31. Dezember 2008 aus den Herren Hans-Jörg Vetter und Dr. Thomas Veit zusammen.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2008 wie folgt geregelt:

Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender)
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Unternehmensentwicklung
Personal
Revision
Recht

Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Immobilienfinanzierung
Finanzen
Organisation
Informationstechnologie

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG
Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers

Landesbank Berlin AG
Private Kunden

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG
Firmenkunden

Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG
Risiko und Controlling
Compliance
Kreditgeschäft
Risikobetreuung
BankenService GmbH

Segmente

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftssegmenten sowie den unterstützenden Corporate Centern betrieben.

Private Kunden

Das Geschäft mit Privaten Kunden wird am Standort Berlin mit der Marke „Berliner Sparkasse“ betrieben. Die LBB ist dabei in ihrer Kernregion Berlin klarer Marktführer. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit

Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten. Über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG (netbank) ist die LBB zudem im Direktbankgeschäft aktiv.

Firmenkunden

Das Firmenkundengeschäft umfasst das Geschäft mit Gewerbetreibenden und mittelständischen Unternehmen sowie mit der öffentlichen Hand. Kernmarkt ist die Region Berlin-Brandenburg. Die Kundenbetreuung erfolgt im Markenverbund „Landesbank Berlin“ und „Berliner Sparkasse“. Im Firmenkunden-segment werden mit dem Zahlungsverkehr und dem

Anlagegeschäft klassische Bankdienstleistungen für Gewerbetreibende und für den Mittelstand angeboten. Zudem offeriert die LBB Betriebsmittel-, Investitions- und weitere Finanzierungslösungen. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch Leistungen für das Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie durch Beratung und Begleitung bei Unternehmensgründungen und -nachfolgen. Die Landesbank Berlin ist im Gewerbekunden- und im mittelständischen Firmenkundengeschäft Marktführer in der Kernregion.

Kapitalmarktgeschäft (KMG)

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft der LBB umfasst die Tätigkeitsbereiche Client Business (Distribution und Production), Treasury & Trading und Internationales Geschäft sowie die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Holding an der LBB-INVEST.

Client Business konzipiert (Client Production) und vertreibt (Client Distribution) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren.

Treasury & Trading steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien.

Das Internationale Geschäft konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedekte und -ungedekte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen.

Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Die Aktivitäten des Geschäftsfelds Private Kunden am Standort Luxemburg wurden im Geschäftsjahr an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) veräußert, so dass sich in Luxemburg nur noch Aktivitäten des Geschäftsfelds KMG befinden.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches durch die LBB und die Berlin Hyp in enger vertrieblicher und organisatorischer Verbindung betrieben wird. Neben den 2007 gegründeten Auslandsgeschäftsstellen in London, Warschau und Prag wurde 2008 die erfolgreiche Vertriebskoordination in den Niederlanden als eigene Repräsentanz für die Abdeckung des gesamten Benelux-Marktes ausgebaut. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Segment vollständig abgebildet (Ausnahme: Buchwertänderungen aus Derivaten zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos). Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbau-gesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen besondere Stärken des Segments sind. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld unverändert im oberen Mittelfeld der Branche.

Sonstiges / Konsolidierung

Neben den Geschäftssegmenten wird in der Konzern-Segmentrechnung das Segment „Sonstiges / Konsolidierung“ ausgewiesen. Dieses Segment beinhaltet die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten des Konzerns.

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einer insgesamt noch guten ersten Jahreshälfte trübte sich die Wirtschaftslage in Deutschland im Verlauf des zweiten Halbjahres und vor allem im vierten Quartal 2008 erheblich ein. Zum Jahresende befand sich die Gesamtwirtschaft in einer tiefen Rezession. Die Absatzchancen auf den Exportmärkten für deutsche Produkte verschlechterten sich, und auf dem Binnenmarkt blieb der Konsum aufgrund des starken Kaufkraftschwunds schwach. Eine Verbesserung der Lage zeichnete sich zum Ende des Jahres 2008 nicht ab. Die Privathaushalte setzten die insgesamt langsamer gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht in zusätzliche Ausgaben um, da sie ihre Beschäftigungsaussichten zunehmend pessimistisch beurteilten.

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten gewann im dritten Quartal des Berichtsjahres an Intensität, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen staatlicher Institutionen für das Finanzsystem eingeleitet wurden. Insbesondere die Insolvenz von Lehman Brothers im September hatte zu einer Neubewertung von Ausfallrisiken auch systemrelevanter Adressen geführt, in deren Folge gängige Refinanzierungsquellen weitgehend versiegten und eine Reihe größerer Marktteilnehmer illiquide wurde. Die Wertabschläge in nahezu allen Asset-Klassen belasteten die Ertragsrechnungen im Finanzgewerbe durchgreifend.

Mit dem vierten Quartal verzeichneten die Volkswirtschaften in den wichtigsten Industriestaaten einen stark beschleunigten Abwärtstrend. Weltweit standen die Finanzdienstleister unter starkem Druck, Risiken abzubauen und ihre Bilanzen zu restrukturieren. In den USA und einigen europäischen Ländern zwang der beschleunigte Wertverfall bei Wohnimmobilien die Verbraucher zu verstärkten Sparanstrengungen. In wichtigen Schwellenländern gerieten die export-

orientierten Wachstumsstrategien auf den Prüfstand. In einigen Fällen kam es zum Rückzug ausländischer Anleger. Insgesamt wurde die Investitionstätigkeit in diesem Länderkreis zunehmend beeinträchtigt.

Im Inland wie im Ausland passten die Banken ihre Kreditvergabebedingungen der Marktlage an. Allerdings ist es hierzulande in den Vorjahren weder bei Unternehmen noch den Privathaushalten zu Übertreibungen gekommen. Die Wirkungen auf den Investitionszyklus hielten sich dementsprechend zunächst noch in Grenzen.

In der Berliner Wirtschaft zeigten sich ebenfalls Bremsspuren. Im Gesamtjahr 2008 wuchs das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr zwar noch um 1,6 %. Im Tourismus gingen die Zuwachsraten jedoch zurück, und im Exportgeschäft waren sogar Einbußen hinzunehmen. Die Region profitiert aber von den in den Vorjahren gefestigten wirtschaftlichen Strukturen. So hebt sich die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen weiterhin positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Zudem sorgt auch die anhaltend gute Auftragslage im Baugewerbe noch für Wachstumsimpulse.

Den Belastungen in der Finanzwirtschaft konnte sich auch der Konzern nicht entziehen. Vor allem das Kapitalmarktgeschäft litt unter dem schwierigen Umfeld und hatte erhebliche Wertkorrekturen zu verkraften. Die erfreuliche Entwicklung im Kundengeschäft sowie ein weiterhin gutes Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung unterstreichen jedoch die gute Positionierung der Bank im Marktumfeld.

Das Geschäftsmodell mit vier strategischen Geschäftsfeldern erweist sich in einer Krise außergewöhnlicher Art als besonders tragfähig.

Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung

Die LBB setzte auch im Jahr 2008 Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnisstruktur konsequent um.

Im Geschäftsfeld **Private Kunden** bewährten sich die auf Ertragssteigerung gerichteten Maßnahmen auch in dem schwierigen Umfeld des Geschäftsjahres 2008. Die in den vergangenen Jahren aufgebaute Prozesseffizienz und die konsequente Ausrichtung auf die Kundenbedürfnisse förderten das Vertrauen der Kunden in die Berliner Sparkasse. Die Umsetzung ihres Qualitäts- und Serviceverständnisses wurde zum Beispiel bestätigt durch einen führenden Platz der Berliner Sparkasse in der Untersuchung des Deutschen Instituts für Service-Qualität über die Beratung von 15 Kreditinstituten zur Altersvorsorge. Die Überarbeitung des Kernprodukts Girokonto war ein weiterer Schritt, um die führende Marktstellung zu sichern.

Im Jahr 2008 wurde die Qualitätsstrategie im Geschäftsfeld **Firmenkunden** weiter ausgestaltet. Mit einem wertorientierten Steuerungsansatz sowie fortgesetzten Prozessoptimierungen standen die Erfüllung hoher Qualitätsansprüche in der Kundenbetreuung sowie die Verbesserung der Kundenbindung und Marktdurchdringung im Mittelpunkt. Das differenzierte Betreuungskonzept mit klarer Kundensegmentierung und einem innovativen Vertriebswegemix aus BusinessLine, FirmenkundenCentern und Direktionen Firmenkunden hat sich bewährt. Die strukturierten Beratungsprozesse, die weitere Optimierung des Service- und Leistungsangebots und dessen Ausrichtung auf die individuelle Nachfrage der jeweiligen Kunden führten erneut zu einem stabilen Beitrag zum Konzernergebnis. Die Landesbank Berlin verfügt für zwei komplette Vertriebswege (BusinessLine, FirmenkundenCenter) über ein TÜV-Zertifikat für geprüfte Service- und Beratungsqualität. Dies untermauert den hohen Anspruch an Qualität und Leistung im Firmenkundengeschäft.

Das Geschäftsfeld **Kapitalmarktgeschäft** war im gesamten Jahr 2008 geprägt vom Ausmaß und Verlauf der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Die Aktivitäten und Strategien in den einzelnen Bereichen des Geschäftsfelds wurden plangemäß weiterentwickelt. Neuengagements, insbesondere in Treasury und Trading sowie im Internationalen Geschäft, wurden aufgrund des Marktumfelds jedoch sukzessive kritischer beurteilt und teilweise auch eingestellt.

Die Emission und Distribution speziell strukturierter Produkte hat die Landesbank Berlin fortgeführt. Durch die Eskalation der Finanzmarktkrise verzeichnete die Produktklasse Zertifikate aber deutliche Rückgänge. In der Folge wurde die Produktpalette an das veränderte Risikobewusstsein der Anleger angepasst. Der Bereich Client Business sieht sich auf dieser Basis für die nächsten Jahre gut positioniert.

Das Geschäftsfeld **Kapitalmarktgeschäft** hat 2008 Umfang und operative Sicherheit des Risikomanagements weiter erhöht. Zudem wurden neue Verfahren zur internen Steuerung entwickelt und eingeführt.

Das Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** hat im Jahr 2008 das Neugeschäft im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter trotz eines schwierigen Marktumfelds erfolgreich fortgesetzt. Weiterhin wurde die Vertriebskooperation in den Niederlanden zu einer Repräsentanz ausgebaut und durch einen eigenen Mitarbeiter besetzt. Daneben hat das Geschäftsfeld seine Vertriebsstruktur neu gegliedert (Alte Bundesländer, Neue Bundesländer/Berlin, Ausland/Konsortialgeschäft). Für die Messung und Steuerung der Vertriebsleistung wurden neben den Neugeschäftsvolumina verstärkt auch wertorientierte Parameter herangezogen.

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) sowie ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) sind weitgehend personenidentisch besetzt. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichts nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Konzernlageberichts nach § 315 Abs. 2 Nr. 4 HGB und des Konzernanhangs nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 HGB sind.

Vergütung des Vorstands

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Für die Vorschläge zur Struktur sowie die Festlegung der Höhe der Vergütungsbestandteile ist der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse festgesetzt, die die Einkommen zum Gegenstand

hat, die in der eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Den Vorstand der Holding bilden der Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter und Herr Dr. Thomas Veit. Sie sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdienstverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge von Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied beziehungsweise 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahr 2008 132 T€ (Vorjahr: 132 T€) als Aufwandsersatz an die LBB erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Kriterien sind dabei die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen sind und ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Höhe der Tantieme richtet sich nach den Kriterien für das feste Jahresgehalt sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der Holding und der LBB und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrags garantiert. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere nach Beurteilung der individuellen Leistung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern, der sich durch die private Nutzung des Fahrzeugs ergibt.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Martin K. Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2008 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 6.861 T€ bezogen (Vorjahr: 7.496 T€). Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.092 T€, die im Geschäftsjahr 2009 zur Auszahlung kommen (Vorjahr: 2.242 T€). Ferner sind in der Gesamtvergütung die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 2.015 T€ enthalten, die im Jahr 2008 gezahlt wurden (Vorjahr: 2.325 T€). Die Höhe solcher Vergütungen kann für das Geschäftsjahr 2008 nicht verlässlich geschätzt werden.

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Für die Tätigkeit in Tochtergesellschaften der Holding und der LBB haben die Mitglieder des Vorstands keine zusätzlichen Leistungen, insbesondere weder Sitzungsentgelt noch Aufwandsentschädigungen, erhalten.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Versorgungszusagen:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Hans-Jörg Vetter, Herrn Dr. Thomas Veit und Herrn Serge Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Johannes Evers, Herrn Hans Jürgen Kulartz und Herrn Martin K. Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Serge Demolière, Herrn Dr. Johannes Evers und Herrn Hans-Jörg Vetter oder die LBB gekündigt werden. Herr Dr. Thomas Veit und Herr Hans Jürgen Kulartz können ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Martin K. Müller setzt die Zahlung des Ruhegehalts im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltfähige Anteil der Festbezüge, der grundsätzlich 100 %, bei Herrn Serge Demolière 69 % beträgt.

Im Einzelnen:

	Erworbener Versorgungs- anspruch per 31.12.2008 in %	Höchstsatz in %
Herr Demolière	49	60
Herr Dr. Evers	58	75
Herr Kulartz	56	75
Herr Müller	42	70
Herr Dr. Veit	52	60
Herr Vetter	58	60

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit steht entsprechend ihren Dienstverträgen unter der Voraussetzung, dass über die künftige Geschäftspolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vorstandsmitgliedern einerseits und dem Aufsichtsrat oder dem Mehrheitsaktionär andererseits bestehen, die sich nicht beilegen lassen, ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Mit Herrn Martin K. Müller wurde im Januar 2009 ein neuer Dienstvertrag geschlossen, der eine Anpassung des ruhegehaltstfähigen Grundgehalts mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Inhalt hat.

Im Jahr 2008 erhöhten sich die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands nach IFRS um 1.255 T€ (Vorjahr: 754 T€). Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für den Vorstand betrug zum Bilanzstichtag 13.095 T€ (Vorjahr: 11.840 T€).

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorstüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden zum 31. Dezember 2008 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 344 T€ (Vorjahr: 388 T€).

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 8.046 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.160 T€). Hierin enthalten sind Nachzahlungen an ein ehemaliges Organmitglied für mehrere Jahre.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für diese Personengruppe betrug zum Bilanzstichtag 86.735 T€ (Vorjahr: 90.661 T€).

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen beziehungsweise Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für den Aufsichtsrat der Holding nicht mehr vorgesehen. Eine entsprechende Satzungsänderung wurde in der Hauptversammlung am 4. Juli 2008 beschlossen.

Die für den Aufsichtsrat der LBB geltenden Vergütungsregeln sind in § 11 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung; eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

■ **Feste Jahresvergütung:**

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,- € beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10.500,- €.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

■ **Ausschussvergütung:**

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils 15.000,- €, die Stellvertreter jeweils 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

■ **Aufsichtsrat LBB Holding AG:**

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von 389 T€ zu zahlen (Vorjahr: 374 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ **Aufsichtsrat LBB AG:**

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von 268 T€ zu zahlen (Vorjahr: 251 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ **Aufsichtsrat LBB Holding AG (Konzern):**

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding und der Aufsichtsräte anderer Konzernunternehmen einschließlich der Ausschüsse sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für das Geschäftsjahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von 657 T€ zu zahlen (Vorjahr: 636 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2008 insgesamt im Volumen von 2 T€ (Vorjahr: 98 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.554 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennbetragslose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg (Käuferin) hat sich bei Erwerb ihrer Aktien (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn, bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe, und diese Person (und gegebenenfalls alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG beziehungsweise andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

Das Stimmrecht der Aktionäre ist, von folgenden Ausnahmen abgesehen, weder durch ein Gesetz noch durch die Satzung beschränkt. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Stimmrechtsmitteilungen gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 und Abs. 1a WpHG hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, unmittelbar 88,0 % der Stimmrechte; sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die Regionalverbands-gesellschaft mbH, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, vertreten, welcher die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, hält unmittelbar 10,6 % der Stimmrechte, sie wird durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, vertreten, so dass auch deren Stimmrechte mittelbar der Regionalverbands-gesellschaft mbH, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Sonderrechte, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder vom Aufsichtsrat bestimmt, er besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholdinggesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, gemäß § 2d KWG müssen die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt. Für die Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die Hauptversammlung vom 23. August 2007 hatte die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass die Erwerbspreise den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien im XETRA-Handelsystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten dürfen und der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Daneben bestand gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 23. August 2007 bis zum 30. September 2008 die Befugnis zum Erwerb eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2009 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass der Kaufpreis je Aktie den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im XETRA-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten darf und insgesamt aufgrund dieser Ermächtigung nur Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden dürfen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des

Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde jeweils ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den oben genannten vier Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Das beherrschende Thema 2008 war die Eskalation der weltweiten Finanzmarktkrise. Die sich im zweiten Halbjahr deutlich verschärfende Finanzkrise greift nun auf die Realwirtschaft über. In der Folge verlor die Weltwirtschaft im Laufe des Jahres 2008 deutlich an Fahrt. Die wichtigsten Industrieländer befinden sich fast ausnahmslos in der Rezession, und in den Emerging Markets schwächte sich das kräftige Wirtschaftswachstum vergangener Jahre deutlich ab. So steht der weitere Konjunkturausblick der deutschen Wirtschaft unter negativen Vorzeichen. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung belastet auch die Berliner Industrie. Während für 2008 insgesamt eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % zu verzeichnen war, wird für 2009 allenfalls eine Stagnation der wirtschaftlichen Leistung erwartet.

Ausgelöst durch den Vertrauensverlust an den Finanzmärkten ist der Geld- und Kapitalmarkt im vierten Quartal 2008 de facto zum Stillstand gekommen. In konzertierten Zinsaktionen haben die Notenbanken weltweit die Zinsen gesenkt. Während die EZB noch zur Jahresmitte unter Verweis auf gestiegene Inflationsraten die Zinsen erhöhte, kam es in der zweiten Jahreshälfte zu starken Leitzinssenkungen. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds in einem Umfang von 500 Mrd. € brachte die Bundesregierung ein Sofortprogramm zur Stabilisierung des Finanzsektors auf den Weg, um den Interbankenmarkt wiederzubeleben. Es bleibt abzuwarten, ob durch die staatlichen Maßnahmen Vertrauen in den Märkten geschaffen und damit ein Wendepunkt in der Krise erreicht wird.

Zur Rettung der in Not geratenen Hypo Real Estate Group beteiligt sich die Landesbank Berlin an einer Liquiditätshilfe der deutschen Finanzwirtschaft in zwei Stufen und an einer Rückgarantie der S-Finanzgruppe. Daneben ist sie seit 2007 an konzertierten Aktionen für die SachsenLB und die IKB Deutsche Industriebank AG beteiligt.

Der Konzern konnte sich den Turbulenzen an den Geld- und Kapitalmärkten während des abgelaufenen Geschäftsjahres nicht entziehen. Signifikant rückläufige Handelsaktivitäten, reduzierte Handelsvolumina, eine gesunkene Anzahl von Transaktionen bis hin zur völligen Umsatzlosigkeit sowie gestiegene Preisspannen prägten die Märkte. Hinzu kam eine deutlich gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, was sowohl auf gesunkene Bonität als auch gestiegene Illiquidität einiger Märkte zurückzuführen ist. Insgesamt war ein gestiegenes Misstrauen im Wertpapier- wie im Geldmarkt zu beobachten.

Die Zuspitzung der Finanzkrise und die schwierige Preisfindung bei Finanzinstrumenten – insbesondere auf inaktiven Märkten – beeinflussten in erheblichem Umfang den Erfolg des Kapitalmarktgeschäfts des Konzerns. Diese negativen Einflüsse konnten durch die erfreuliche Entwicklung der anderen Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden sowie Immobilienfinanzierung kompensiert werden.

In den Segmenten Private Kunden und Firmenkunden wurde die starke Marktposition gefestigt oder sogar ausgebaut. Hervorzuheben sind die Ausweitung des Neugeschäfts bei Ratenkrediten und der weitere Ausbau der Marktführerschaft im bundesweiten Kreditkartengeschäft. Im Geschäfts-

feld Immobilienfinanzierung konnte trotz des schwierigen Marktumfelds durch anhaltendes Neugeschäft ein weiterer Ausbau der Kundenbeziehungen und ein Aufbau des Bestands erreicht werden.

Im Anschluss an die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 wurde eine Dividende von 0,10 € je Aktie an die Aktionäre ausgeschüttet (Vorjahr: 0,06 €). Das entspricht einer Ausschüttungssumme von 100 Mio. € (Vorjahr: 60 Mio. €).

Mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 hat die Landesbank Berlin AG den Verkauf des Privatkundengeschäfts der Luxemburger Tochtergesellschaft Landesbank Berlin International S.A. beschlossen. Die Umsetzung erfolgte im vierten Quartal 2008.

Ferner hat die Landesbank Berlin AG im Januar 2008 den Kommanditanteil an der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG und somit ein Portfolio von Konsumentenkrediten sowie Kreditkartenforderungen und -verbindlichkeiten erworben. Dieses Portfolio wurde während des Berichtsjahres auf die Landesbank Berlin AG übertragen.

Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit Vertrag vom 22. Dezember 2008 und dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der Landesbank Berlin AG an die Landesbank Berlin Holding AG übertragen.

Ertragslage

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	Veränderung in %
Zinsüberschuss	1.247	815	53
Zinserträge	6.919	6.210	11
Zinsaufwendungen	5.672	5.395	5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	63	-68	> 100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.184	883	34
Provisionsüberschuss	302	297	2
Provisionserträge	439	429	2
Provisionsaufwendungen	137	132	4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-18	3	<-100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	-344	-45	<-100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-308	-4	<-100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-18	12	<-100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	139	119	17
Verwaltungsaufwendungen	940	965	-3
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	-3	300	<-100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	12	6	100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	9	306	-97
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-20	76	<-100
Konzernjahresüberschuss / Ergebnis nach Steuern	29	230	-87
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	12	19	-37
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	17	211	-92

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Das **operative Ergebnis/Ergebnis vor Steuern** von 9 Mio. € lag aufgrund der zu verarbeitenden Belastungen aus der Finanzmarktkrise, die sich vor allem in den Ergebnissen aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten und im Ergebnis aus Finanzanlagen niederschlugen, deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres. Weiterhin erfreulich entwickelten sich dagegen Zins- und Provisionsüberschuss, welche die Erfolge im Kundengeschäft widerspiegeln.

Der Konzern erzielte ein **Ergebnis nach Steuern** von 29 Mio. € nach 230 Mio. € im Vorjahr.

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten des Konzerns dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** entwickelte sich im Vorjahresvergleich weiterhin überdurchschnittlich und stieg um rund 53 % auf 1.247 Mio. €. Im Wesentlichen waren das gute Neugeschäft und Bestandserhöhungen mit guten Margen, insbesondere in den Segmenten Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung, für das positive Ergebnis verantwortlich. Zum Teil stehen diesen Entwicklungen gegenläufige Effekte beim Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	3.578	3.205	12
Zinserträge aus Finanzanlagen	2.092	1.868	12
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	46	25	84
Sonstige Zinserträge	1.203	1.112	8
Summe der Zinserträge	6.919	6.210	11
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	3.998	3.807	5
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	20	63	-68
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	2	-100
Sonstige Zinsaufwendungen	1.654	1.523	9
Summe der Zinsaufwendungen	5.672	5.395	5
Zinsüberschuss	1.247	815	53

Bei der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wurde insgesamt ein Aufwand von 63 Mio. € ausgewiesen. Den Wertberichtigungen wurden 337 Mio. € zugeführt. Dem stehen Auflösungen von 274 Mio. € gegenüber. Die Risikovorsorge ist auch Ausdruck für die sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie ist jedoch aufgrund eines weiterhin

konsequenten Risikomanagements, des fortgeführten Abbaus risikobehafteter Positionen und vorzunehmender Auflösungen insgesamt niedriger als erwartet.

Im Vorjahreszeitraum war bei der Risikovorsorge vor allem aufgrund höherer Auflösungen ein positiver Saldo von 68 Mio. € ausgewiesen worden.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	274	449	-39
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	337	381	-12
Gesamt	63	-68	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der **Provisionsüberschuss** stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5 Mio. € auf 302 Mio. € (+2 %). Durch die Ausweitung des Avalgeschäfts stiegen die Überschüsse aus dem Kreditgeschäft deutlich. Die mit den großen Absatzerfolgen verbundenen erhöhten Akquisitionsaufwendungen im Kreditkarten-

geschäft wurden bereits durch die daraus resultierenden Erträge deutlich überkompensiert. Die Struktur des Provisionsüberschusses ist im Weiteren geprägt durch Ergebnisbeiträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft sowie dem Zahlungsverkehr.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	147	176	-16
Zahlungsverkehr / Kontoführung	116	115	1
Kreditgeschäft	48	35	37
Kartengeschäft	95	76	25
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	18	14	29
Sonstige Provisionserträge	15	13	15
Summe der Provisionserträge	439	429	2
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	43	53	-19
Zahlungsverkehr / Kontoführung	12	9	33
Kreditgeschäft	9	7	29
Kartengeschäft	53	45	18
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	15	14	7
Sonstige Provisionsaufwendungen	5	4	25
Summe der Provisionsaufwendungen	137	132	4
Provisionsüberschuss	302	297	2

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Das **Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen** (Hedge Accounting) verringerte sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 21 Mio. € auf –18 Mio. € und zeigt das Bewertungsergebnis aus effektiven Fair Value-Hedges.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten** weist mit –344 Mio. € einen deutlichen Aufwand aus. In der Vergleichsperiode 2007 war insgesamt ein Aufwand von 45 Mio. € zu verzeichnen gewesen. Die Ergebniskomponenten sind wesentlich von den Verwerfungen an den internationalen Kapitalmärkten geprägt. Der Verbesserung des Handelsergebnisses um 475 Mio. € auf 102 Mio. € steht im damit verbundenen Ergebnis aus der Fair Value-Veränderung von Finanzinstrumenten eine Reduzierung um 774 Mio. € auf –446 Mio. € gegenüber. Hier spiegelt sich besonders die schwierige Lage an den Kapitalmärkten wider. Die Verringerung des Ergebnisses aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten korrespondiert teilweise mit gegenläufigen Effekten im Zinsüberschuss.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 304 Mio. € auf –308 Mio. €. Der Saldo ist dabei ganz wesentlich durch das Bewertungsergebnis (–294 Mio. €) geprägt. Neben

Abschreibungen auf das Engagement bei der Investmentbank Lehman Brothers waren auch Wertkorrekturen auf Island- und Washington Mutual-Forderungen sowie für Fonds zu berücksichtigen.

Das **Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen** verringerte sich auf –18 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €). Neben dem laufenden Ergebnis von 5 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) waren Effekte aus Bewertungsveränderungen von –23 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) zu berücksichtigen.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** hat sich um 20 Mio. € auf 139 Mio. € verbessert. Für Substanz- und Verkehrssteuern sowie für Zinsen aus Ertragsteuern ergab sich im Geschäftsjahr insgesamt ein Ertragsausweis von 8 Mio. €. Für die Veräußerung von Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten wurden Erträge von 29 Mio. € ausgewiesen. Weiterhin waren Erträge und Kostenerstattungen aus dem Drittgeschäft in Höhe von 35 Mio. € angefallen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** blieben mit 940 Mio. € wie bereits in den Vorjahren unter dem Vorjahresniveau von 965 Mio. € und setzten sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Personalaufwendungen	492	511	–4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	62	66	–6
Andere Verwaltungsaufwendungen	386	388	–1
Gesamt	940	965	–3

Der Personalaufwand belief sich auf 492 Mio. € nach 511 Mio. € im Vergleichsjahr (–4 %). Die Abschreibungen und die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6 Mio. €. Insgesamt ist die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen im Berichtsjahr erfreulich und liegt deutlich unter den Erwartungen.

Der **Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen** resultierte aus Aufwendungen aus der Aufzinsung von Restrukturierungsrückstellungen sowie aus Erträgen aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen; er erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 6 Mio. € auf 12 Mio. €.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** enthielten neben den tatsächlichen Steuern in Höhe eines Ertragsaldos von 28 Mio. € auch Aufwendungen aus latenten Steuern von 8 Mio. €.

Das **vierte Quartal des Geschäftsjahres 2008** war unverändert von den Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise beeinflusst. Dennoch konnte im Vergleich zum dritten Quartal 2008 eine Verbesserung des operativen Ergebnisses um 141 Mio. € auf 6 Mio. € erreicht werden. Der weiteren erfreulichen Entwicklung des Zinsüberschusses standen marktbedingte erhöhte Aufwendungen bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und bei den Ergebnissen aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber. Nach den im dritten Quartal ausgewiesenen hohen Abschreibungen und Wertkorrekturen auf Forderungen hat sich das Ergebnis aus Finanzanlagen im letzten Quartal des Berichtsjahres stabilisiert.

Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** lag der Zinsüberschuss mit 365 Mio. € um 7,0 % beziehungsweise 24 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Darin enthalten sind Sondererträge aus dem Börsengang des Kreditkartenanbieters Visa in Höhe von 19,4 Mio. €, positive Effekte aus dem Drittkartengeschäft (+8,7 Mio. €) sowie negative Sondereffekte aus der Expansion im Absatzfinanzierungsgeschäft (–7,9 Mio. €).

Das Volumen zum Bilanzstichtag, insbesondere der Einlagen, wuchs im Vergleich zum 31. Dezember 2007 um 6,0 %, was auch auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen ist, weil das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Kunden zu Einlagenrückflüssen an die Berliner Sparkasse führte. Gleichzeitig stieg das bewilligte Neugeschäft bei den Allzweckkrediten um 14,7 % sowie das valutierte Neugeschäft bei Hypothekendarlehen um 10,3 % im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen.

Der Provisionsüberschuss lag 2008 aufgrund von Ertragssteigerungen im Kreditkartengeschäft um 1,0 % beziehungsweise 2 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Ein wesentlicher Anteil des Provisionsüberschusses wurde aus dem Wertpapiergeschäft erzielt, das jedoch 13,1 % unter dem Vorjahresergebnis blieb. Das Geschäftsfeld Private Kunden musste wegen des schwierigen Marktumfelds gegenüber dem 31. Dezember 2007 einen Rückgang beim Bestand der hauseigenen Zertifikate auf 865 Mio. € (–8,3 %) hinnehmen. Der Bruttoabsatz lag 2008 mit 254 Mio. € unter dem Vorjahreswert in Höhe von 351 Mio. € (–27,6 %). Positiv entwickelte sich hingegen der Absatz von Versicherungsprodukten mit einer Steigerung der nettopolicierten Beitragssumme von 15,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Das Wachstum im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) zeigt sich sowohl in gestiegenen Provisionserträgen als auch dem überdurchschnittlichen Wachstum bei den Kreditkarten (+15,9 %).

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde durch eine gemäß IFRS erforderliche Portfoliowertberichtigung in Höhe von 7,6 Mio. € auf den deutlich erhöhten Bestand an Konsumentenkrediten belastet und durch das hinzugekommene, von der BHW-Bank übernommene Konsumentenkreditportfolio erhöht.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen aufgrund des gestiegenen Geschäfts (Drittkarten und Konsumentenkreditportfolio der Absatzfinanzierung) mit 412 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert (+3 Mio. €). Der Aufbau der Mitarbeiterkapazitäten (+75) erfolgte sowohl durch Übernahme der Auszubildenden als auch durch externe Einstellungen im Rahmen des Betriebsübergangs der Mitarbeiter des akquirierten BHW-Portfolios.

Das Segment **Firmenkunden** konnte seine starke Marktposition festigen. Dazu beigetragen hat der Ausbau der zinstragenden Forderungen an Kunden, die im Jahresdurchschnitt um 10 % gewachsen sind. Wegen der Rückführung kurzfristiger Kredite lag jedoch das zum 31. Dezember 2008 ausgewiesene Segmentvermögen unter dem Vorjahresniveau. Auch die Kundeneinlagen konnten gegenüber dem Vorjahr um 13 % gesteigert werden. Dies spiegelte sich auch im Anstieg der Segmentverbindlichkeiten wider.

Die Kundenzahl wurde im Berichtsjahr um fast 1.000 Kunden auf rund 63.400 erhöht. Der Zinsüberschuss konnte trotz eines wettbewerbsintensiven Umfelds um 3,6 % gesteigert werden und lag bei 114 Mio. €. Das Geschäftsfeld profitierte wie im Vorjahr vom günstigen Verlauf der Kreditrisikovorsorge. Der Provisionsüberschuss lag über dem Vorjahreswert, da im Jahr 2008 die Erträge der Exportfinanzierung erstmals im Segment Firmenkunden und nicht mehr im Segment Kapitalmarktgeschäft abgebildet wurden.

Aus diesem Grund erhöhten sich auch die Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr, bereinigt um diesen Effekt wurde ein Rückgang verzeichnet. Das sonstige betriebliche Ergebnis erhöhte sich durch den Abgang eines Vermögensgegenstands in der Beteiligung HILOG.

Die weltweite Finanzkrise beeinträchtigte im Geschäftsjahr 2008 massiv die Aktivitäten und das Ergebnis des Segments **Kapitalmarktgeschäft**. Die Marktverwerfungen haben bei allen Aktivitäten des Segments Spuren hinterlassen – durch eingeschränkte Liquidität, massive Ausweitungen der Risikoaufschläge (Credit Spreads) und extreme Volatilität an den Zins- und Aktienmärkten. Dies führte zu Verlusten im Handel sowie zu Bewertungsverlusten auf Anlagepositionen infolge nicht mehr funktionierender Märkte. Die Erträge aus dem Kundengeschäft waren dagegen annähernd unverändert.

Die Entwicklung der Credit Spreads führte bei unseren diversen Investitionsstrategien (zum Beispiel Tender Option Program, Asset Backed Securities, Credit Investment Portfolio) zu erheblichen Bewertungsverlusten, die nur zu Teilen ergebniswirksam waren.

Trotz eines breiten Spektrums an Strategien und Portfolien haben auch die Handelsaktivitäten massiv gelitten, allerdings wurden hier durch rechtzeitige risikoreduzierende Maßnahmen die Verluste begrenzt. Die aufgetretenen Handels- und Bewertungsverluste konnten durch die stetigen, nicht volatilen Erträge aus dem Kundengeschäft und die Zinserträge aus den Investitionsstrategien nicht kompensiert werden.

Das operative Ergebnis des Kapitalmarktgeschäfts betrug –391 Mio. € und lag damit um –380 Mio. € unter dem des Vorjahres.

Aufgrund von Impairments auf Engagements bei Lehman Brothers, Washington Mutual, isländischen Banken und Fonds wurde das Ergebnis aus Finanzanlagen mit –293 Mio. € stark belastet (2007: –26 Mio. €).

Außerdem wurden durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers Zuführungen zu Wertberichtigungen auf das Kreditgeschäft notwendig. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich entsprechend und lag mit 53 Mio. € um 83 Mio. € über dem Vorjahreswert. Darin enthalten sind Wertberichtigungen auf verbrieft US-Hypothekendarlehen (CDO of ABS) sowie zu einem geringen Teil Länderwertberichtigungen für Risiken aus der Ukraine und Kasachstan.

Der Zinsüberschuss entwickelte sich außerordentlich positiv und wuchs, im Wesentlichen beruhend auf Geldhandelsaktivitäten, auf 381 Mio. € (+ 251 Mio. € gegenüber 2007).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten wurde insbesondere in der zweiten Jahreshälfte durch die hohen Kursverluste extrem belastet und erreichte –284 Mio. € (Vorjahr: –41 Mio. €).

Erstmals wurde 2008 eine Ertragsverrechnung aus der Neuordnung der Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden (–14 Mio. €) durchgeführt. Der Provisionsüberschuss lag mit 30 Mio. € um 8 Mio. € unter dem Wert des Jahres 2007 (bereinigt um die oben genannte Ertragsverrechnung), was im Wesentlichen aus sinkenden Brokerage-Erträgen resultierte.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken durch konsequente Umsetzung der beschlossenen Sparmaßnahmen sowie der Neuordnung der Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden um 21 Mio. € auf 152 Mio. €.

Die Maßnahmen zur Kundengewinnung und Vertriebsintensivierung wurden 2008 kontinuierlich ausgebaut und führten zu einem nochmals erweiterten Kundenkreis. Im Zuge der Finanzkrise sank das ausstehende Zertifikatevolumen auf 2,3 Mrd. €. Der Bruttoabsatz in Zertifikaten belief sich per 31. Dezember 2008 auf 1,2 Mrd. €. Die LBB-INVEST konnte 2008 das Wachstum bei Spezial- und Publikumsfonds nicht fortsetzen. Das Fondsvolumen verminderte sich von 12,8 Mrd. € per 31. Dezember 2007 auf 10,3 Mrd. € per 31. Dezember 2008. Der Rückgang des Publikumsfondsvolumens auf 3,4 Mrd. € ist insbesondere auf Kursverluste an den Aktienmärkten zurückzuführen.

Im Auslandskreditgeschäft, das im Wesentlichen durch staatliche Exportkreditversicherungen (ECA) gedeckt ist, konnte das Kreditvolumen im Jahresverlauf deutlich ausgeweitet werden. Mit der Eskalation der Finanzkrise wurden im vierten Quartal die Limite und damit das Neugeschäft zurückgeführt. Die operativen Zins- und Provisionserträge lagen über dem Vorjahresergebnis.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erreichte im Berichtszeitraum ein erfreuliches operatives Ergebnis von 259 Mio. €, eine Steigerung von 5,3 % gegenüber dem Vorjahr (246 Mio. € per 31. Dezember 2007). Der Saldo aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten stieg dabei um 33 Mio. €. Zur positiven Entwicklung der Kreditrisikovorsorge trugen außerordentliche Auflösungen bei, die die Neubildung deutlich übersteigen. Der Provisionsüberschuss wurde gegenüber dem Vorjahr um 73,7 % auf 33 Mio. € verbessert.

Das Neugeschäft übertraf trotz des schwierigen Marktumfelds mit rund 6,7 Mrd. € den Vorjahreswert von rund 6,6 Mrd. € (ohne Sondergeschäft in Höhe von 3,6 Mrd. €) nochmals. Die positive Neugeschäftsentwicklung der Vorjahre konnte durch die konsequente Nutzung von Marktchancen fortgesetzt werden. Die Neugeschäftsverteilung nach Objekt-nutzungsarten, Beleihungsgebieten und Kundensegmenten wie auch die Entwicklung der Neugeschäftsmargen entsprach den Zielen des Segments. An der risikobegrenzenden Strategie des Segments wurde weiterhin konsequent festgehalten.

Der Forderungsbestand gegenüber Kunden stieg im Kerngeschäft Immobilienfinanzierung im Berichtszeitraum um 1 Mrd. €. Im deutschen Markt hat sich das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung damit als einer der führenden Anbieter fest etabliert.

Im Segment **Sonstiges/Konsolidierung** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €).

Das operative Ergebnis verzeichnete im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 44 Mio. € auf –84 Mio. €.

Die Anzahl der Mitarbeiterkapazitäten im Segment **Sonstiges/Konsolidierung** beträgt 2.513 gegenüber 2.083 im Vorjahr. Davon entfallen 1.158 (31. Dezember 2007: 1.190) auf die Zentralstäbe (inklusive Organisation und Informationstechnologie) und 1.332 auf Marktfolgefunktionen, zu denen neben der BankenService GmbH seit 1. Juli 2008 auch die Back-Office-Funktionen der Kreditbereiche der Geschäftsfelder Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung gehören. Zusätzlich gibt es noch einige Mitarbeiter in anderen, dem Segment **Sonstiges/Konsolidierung** zugeordneten Konzerngesellschaften. Die Umgliederung der Back-Office-Funktionen erklärt den Anstieg der Mitarbeiterkapazitäten per 31. Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahr. Entsprechend rückläufig sind die Mitarbeiterkapazitäten in den Geschäftsfeldern Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung. Durch die Rückverrechnung der Leistungen haben diese Umgliederungen keine Auswirkungen auf die Gesamtergebnisse der betroffenen Geschäftsfelder.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** zum Jahresende 2008 betrug 145,4 Mrd. € und lag damit geringfügig über dem entsprechenden Vorjahreswert (31. Dezember 2007: 142,2 Mrd. €).

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 22,4 Mrd. € um 16 % unter dem Vorjahresvergleichswert. Dies ist auf die verringerten Ausleihungen beziehungsweise Anlagen am Geld- und Kapitalmarkt zurückzuführen. Während sich Termin- und Sichteinlagen gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mrd. € verringerten, reduzierten sich die Bestände an Schuldscheindarlehen um 1,0 Mrd. €. Die Kommunaldarlehen gingen um 0,4 Mrd. € auf 3,2 Mrd. € zurück.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag leicht um 0,4 Mrd. € beziehungsweise 1 % auf 47,5 Mrd. €, was den erfreulichen Verlauf im Kundengeschäft widerspiegelt.

Im Rahmen der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** war ein Rückgang um 0,2 Mrd. € auf 1,2 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €) zu verzeichnen.

Die **positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** lagen mit 0,7 Mrd. € um 0,3 Mrd. € über dem Vorjahresniveau (0,4 Mrd. €).

Neben den Bestandsveränderungen wirkte sich die Veränderung des Zinsniveaus auf die Wertansätze der derivativen Finanzinstrumente aus. Die Marktwerte der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte** erhöhten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2007 (13,6 Mrd. €) um 4,7 Mrd. € auf 18,3 Mrd. €.

Die **Finanzanlagen** blieben mit 50,5 Mrd. € nahezu unverändert (Vorjahr: 50,7 Mrd. €).

AKTIVA

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Barreserve	1.727	986	75
Forderungen an Kreditinstitute	22.369	26.514	-16
Forderungen an Kunden	47.462	47.026	1
Risikovorsorge	-1.245	-1.411	12
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	749	397	89
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	18.295	13.637	34
Finanzanlagen	50.466	50.696	0
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	98	129	-24
Immaterielle Vermögenswerte	650	665	-2
Sachanlagen	578	583	-1
Investment Properties	65	82	-21
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	99	85	16
Latente Ertragsteueransprüche	913	793	15
Sonstige Aktiva	3.074	1.915	61
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abganggruppen	71	66	8
Gesamt	145.371	142.163	2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile beliefen sich auf 98 Mio. € nach 129 Mio. € im Vorjahr. Veränderungen ergaben sich insbesondere durch den Abgang von drei Gesellschaften.

Die immateriellen Vermögenswerte verringerten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag nur geringfügig auf 650 Mio. € und beinhalteten im Wesentlichen Geschäfts- und Firmenwerte von 592 Mio. €.

Die Sachanlagen reduzierten sich leicht von 583 Mio. € auf 578 Mio. € (–1 %).

Fremdgenutzte Immobilien (Investment Properties) wurden mit 65 Mio. € und damit mit 17 Mio. € geringer ausgewiesen als im Vorjahr (82 Mio. €). Der Hauptgrund für den Rückgang sind Verkäufe und Umgliederungen in zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen (14 Mio. €).

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche lagen mit insgesamt 99 Mio. € um 14 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die latenten Ertragsteueransprüche erhöhten sich um 120 Mio. € auf 913 Mio. €.

Der Anstieg der Sonstigen Aktiva um 1.159 Mio. € auf 3.074 Mio. € ist größtenteils auf die um 1.186 Mio. € erhöhten zu hinterlegenden Barsicherheiten zurückzuführen.

Der Ausweis unter zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenständen und Abgangsgruppen betraf hauptsächlich die beabsichtigte Veräußerung von Beteiligungen und Gebäuden/Objekten.

PASSIVA

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45.950	50.686	–9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.720	29.552	11
Verbriefte Verbindlichkeiten	29.826	30.517	–2
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.340	985	36
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	27.097	21.893	24
Rückstellungen	1.168	1.270	–8
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	157	199	–21
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	33	32	3
Sonstige Passiva	1.915	1.018	88
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	83	1	> 100
Nachrangkapital	3.137	3.163	–1
davon: Stille Einlagen	687	700	–2
Eigenkapital	1.945	2.847	–32
Gesamt	145.371	142.163	2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Mrd. € oder 9 % auf 46,0 Mrd. €. Der Rückgang basiert vor allem auf geringeren Termin- und Sichteinlagen (-3,1 Mrd. €).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mrd. € oder 11 % auf 32,7 Mrd. €. Einen hohen Anteil an dem Anstieg hatten mit 2,1 Mrd. € die Termin-, Sicht- und Spareinlagen sowie mit 1,0 Mrd. € die begebenen Namensschuldverschreibungen.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mrd. € oder 2 % auf 29,8 Mrd. €. Hiervon entfielen auf die begebenen Öffentlichen Pfandbriefe 13,9 Mrd. €, auf Hypothekendarlehen 7,9 Mrd. € und auf Schuldverschreibungen 7,8 Mrd. €.

Die **negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** erhöhten sich im Stichtagsvergleich um 0,3 Mrd. € auf 1,3 Mrd. €.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen** stieg unter anderem aufgrund von Bestandsveränderungen und des veränderten Zinsniveaus um 5,2 Mrd. € auf 27,1 Mrd. €.

Die **Rückstellungen** reduzierten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 0,1 Mrd. € auf 1,2 Mrd. €. Auflösungen und Inanspruchnahmen in Höhe von insgesamt 149 Mio. € standen Zuführungen von 42 Mio. € gegenüber.

Die **Ertragsteuerverpflichtungen** in Höhe von 190 Mio. € verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 41 Mio. €. Sie setzten sich aus den tatsächlichen Verpflichtungen (157 Mio. €) und den latenten Verpflichtungen (33 Mio. €) zusammen.

Der Posten **Sonstige Passiva** erhöhte sich im Vergleich mit dem Vorjahr um 0,9 Mrd. € auf 1,9 Mrd. € und beinhaltete insbesondere Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten (1,7 Mrd. €).

Die **zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordneten Verbindlichkeiten** erhöhten sich um 82 Mio. € auf 83 Mio. € und betrafen Verpflichtungen aus zur Veräußerung anstehenden Abgangsgruppen.

Bei der Bewertung der **Pensionsverpflichtungen** nach IAS 19 wurden die Entwicklungen des Rechnungszinses (auf 5,8 %, 31. Dezember 2007: 5,7 %), des Gehaltstrends (3,0 bis 3,5 %, 31. Dezember 2007: 2,5 bis 3,0 %) sowie des Rententrends (unverändert 1,0 bis 3,0 %) sowie die Fluktuationsrate (unverändert) berücksichtigt. Die Änderungen erhöhten das Eigenkapital – vor latenten Steuern und Anteilen anderer Gesellschafter – um insgesamt 28 Mio. €.

Die per 31. Dezember 2008 auf Ebene der RVG-Gruppe gemeldete **Gesamtkennziffer** für das haftende Eigenkapital betrug 16,41 %; die **Kernkapitalquote** lag bei 13,74 %. Die per 31. Dezember 2007 nach Feststellung der Jahresabschlüsse gemeldete Gesamtkennziffer betrug 15,04 %; die Kernkapitalquote lag bei 11,80 %. Für die Holding betrug die Gesamtkennziffer per 31. Dezember 2008 10,96 %, die Kernkapitalquote 7,76 %.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Der Posten **Nachrangkapital** beinhaltet nachrangige Verbindlichkeiten und stille Einlagen.

Das **Konzerneigenkapital** gemäß IFRS belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 1,9 Mrd. €. Das entspricht im Vergleich zum 31. Dezember 2007 einem Rückgang um 0,9 Mrd. €. Dies war hauptsächlich auf die Minderung der Neubewertungsrücklage und die Reduzierung der Anteile im Fremdbesitz um 0,5 Mrd. € sowie 0,3 Mrd. € zurückzuführen. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Darstellung der Entwicklung des Konzerneigenkapitals verwiesen.

Der Bestand zum 31. Dezember 2008 an außerbilanziellen Finanzierungsinstrumenten nach Risikovorsorge beläuft sich auf 6,0 Mrd. € (Vorjahr: 9,9 Mrd. €). Die außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente beinhalten überwiegend Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Finanzlage

Auf eine detaillierte Analyse der Kapitalflussrechnung wird verzichtet, da aus dieser keine steuerungsrelevanten Impulse abgeleitet werden. Ziele des Finanzmanagements sind das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben sowie aufsichtsrechtlicher Normen. Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen, die wir im Risikobericht dargestellt haben. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Infolge der Finanzmarktkrise hat sich 2008 die Situation an den Refinanzierungsmärkten weiter verschärft. Hiervon ist auch die LBB durch einen eingeschränkten Zugang zu diesen Märkten betroffen. Durch reduzierte Investitionen in Finanzanlagen wurde die Liquiditätsbereitstellung für den Geschäftsbetrieb und das Halten ausreichender Reserven sichergestellt. Die Refinanzierungsmärkte haben sich seit Januar 2009 so weit entspannt, dass der Bedarf unserer Kunden voll gedeckt werden kann. Da den Credit- und Liquiditätsspreads, insbesondere im kurzfristigen Bereich, reduzierte Basiszinssätze gegenüberstehen, hängt die Realisierung von Investitionsplänen unserer Kunden zurzeit vorrangig davon ab, ob ausreichend Eigenkapital zur Verfügung steht und unsere Kunden positive Marktentwicklungen erwarten.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Die Sparkasse wird in ihrem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation der LBB erlaubte – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

Auswirkungen der Konsolidierung

Die Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Konzern-Bilanzvolumen werden maßgeblich durch die LBB und die Berlin Hyp bestimmt. Bezogen auf den Summenabschluss entfielen 90,2 % der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften (Vorjahr: 88,3 %).

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008

Für die Ermittlung des Fair Value zahlreicher Finanzinstrumente wurde zum 31. Dezember 2008 auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen, da es aufgrund der extremen Marktsituation, die wesentlich durch nicht aktive Märkte gekennzeichnet ist, in diesen Fällen faktisch unmöglich war, den Fair Value aufgrund von notierten Preisen beziehungsweise anhand von Schätzungen auf Basis von jüngsten Transaktionen oder aktuell verfügbaren Marktkursen zu bestimmen. Weitestgehend und soweit verfügbar wurden beobachtbare Marktdaten verwendet.

Unsere Einschätzung zur vorliegenden besonderen Marktsituation, die dominiert war durch stark nachlassende Handelsaktivitäten, teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit sowie eine gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, ist unverändert. Trotz erkennbar erhöhter Aktivitäten am Primärmarkt sind die Finanzmärkte unverändert gestört. Wir sehen ein immer noch geringes Markt-

volumen am Sekundärmarkt, eine hohe Geld-Brief-Spanne, eine geringe Bereitschaft zur Durchführung von tatsächlichen Transaktionen und Quotierungen verschiedener Anbieter, die teils stark voneinander abweichen und in sich widersprüchlich waren. Dies lässt keine beziehungsweise lediglich indikative Preisnotierungen erkennen. Die Märkte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die bisher beobachtbaren Emissionsaktivitäten, sind zudem stark von staatlichen Rettungsmaßnahmen geprägt, die nur zu begrenzten Markteinschätzungen herangezogen werden können.

Der mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 erfolgte Verkauf des Privatkundengeschäfts der Luxemburger Tochtergesellschaft Landesbank Berlin International S.A. wurde im Januar 2009 durch Erhalt der Kaufpreiszahlung und Übertragung der Vermögenswerte und Verpflichtungen abgeschlossen.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2008 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsge-

schäften und sonstigen Maßnahmen mit der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, der Regionalverbandsgesellschaft mbH und mit ihnen verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Der Risikobericht des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) enthält sowohl die nach DRS 5-10 als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 61 (Risikomanagement) enthalten.

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligung an der Landesbank Berlin AG (LBB).

Aufgrund der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding.

Der Konzern musste infolge der ab September 2008 eingetretenen dramatischen Verschärfung der internationalen Finanzkrise seine Erwartungen für das Geschäftsjahr 2008 revidieren.

Seit Mitte September 2008 haben sich die Rahmenbedingungen für Kreditinstitute weltweit mit bisher unbekannter Dynamik nachhaltig verschlechtert, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen der staatlichen Institutionen für das Finanzsystem eingeleitet wurden. Namentlich die Insolvenz von Lehman Brothers führte zur Neubewertung von Ausfallrisiken auch systemrelevanter Adressen, in deren Folge gängige Refinanzierungsquellen weitgehend versiegt und eine Reihe größerer Marktteilnehmer illiquide wurde. Diesen Marktverwerfungen im Jahr 2008 konnte sich der Konzern nicht entziehen. Sie führten insgesamt zu spürbaren Belastungen und setzten unsere Methoden, Verfahren und Systeme zum Risikomanagement im Berichtsjahr einer harten Bewährungsprobe aus. Auch unter diesen extremen Bedingungen haben unsere Prozesse des Risikomanagements im Wesentlichen ihre Angemessenheit gezeigt. Auf dieser Basis wurden Steuerungsmaßnahmen initiiert, die jedoch im Umfeld funktionsgestörter Kapitalmärkte Bewertungsverluste (bei strukturierten Produkten, Verbriefungstransaktionen und insbesondere bei Finanzwerten) und Wertberichtigungen nicht verhindern konnten. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht gegeben.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamt-Risikosteuerung des Konzerns. Die Risikosteuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch festgehaltenen Risikopolitik des Vorstands.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese mit Blick auf die Übernahme von Risiken. Hierzu zählt die Festlegung konzern-einheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Anhand des Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert der Vorstand monatlich die Gesamt-Risiko- und Ertragslage und prüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikoarten unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
(inklusive Anteilseignerrisiken)
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken
(Cashflow und Fair Value),
Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken/ Restrisiken

Die Risikoarten werden in monetäre und nicht monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt. Die nicht monetären Risiken (zum Beispiel das Liquiditätsrisiko und das strategische Risiko) werden qualitativ gesteuert.

Risikobericht

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller Vermögenswertverluste, die noch nicht berücksichtigt sind, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen. Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept (interner Konsolidierungskreis), das regelmäßig überprüft wird.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtrisiko sowie dem Krisenszenario auf Gesamtbankenebene gegenübergestellt wird.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt. Darüber hinaus wird der Wegfall jeglicher Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten als ein Krisenszenario auf Gesamtebene definiert. Im Berichtsjahr wurden die Szenario-betrachtungen für die einzelnen Risikoarten weiterentwickelt und in das Reporting integriert.

Interne Kapitaladäquanz

Um die Gesamtbanksteuerung noch effektiver zu gestalten, wird Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Das 2007 eingeführte Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

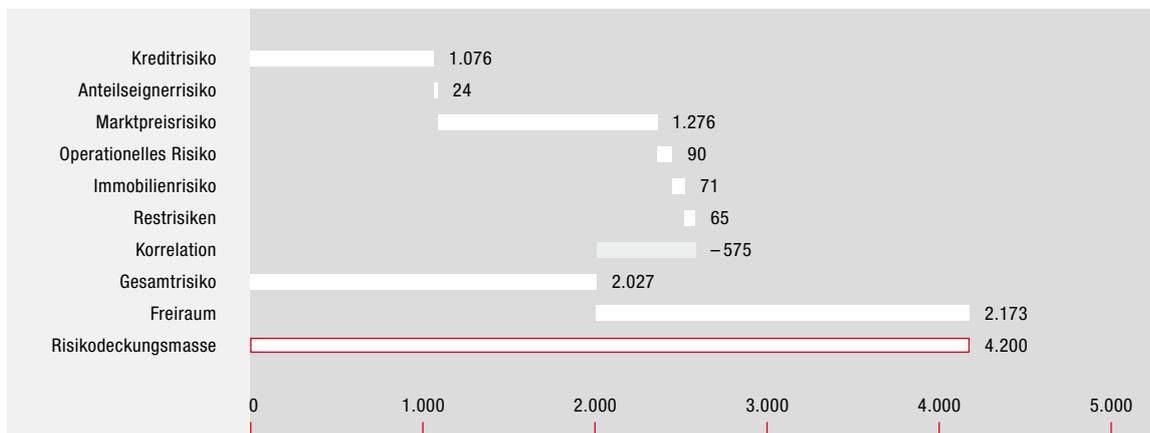
Die Zusammensetzung der internen Risikodeckungsmasse wurde 2008 neu definiert und wird nunmehr auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich 70 % des Nachrangkapitals bestimmt. Damit wird eine verbesserte und zeitnähere Abbildung der Risikosituation und der ihr gegenüberstehenden Vermögenswerte erreicht. Auf Basis der neuen, leicht reduzierten Risikodeckungsmasse ist weiterhin Raum für strategiekonformes Neugeschäft vorhanden. Die Risikotragfähigkeit in Stresssituationen wie auch bei der theoretischen Vollausslastung des aktuellen Gesamtlimits ist gegeben. Per 31. Dezember 2008 ergab sich auf Konzernebene eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 4.200 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2008 4.511 Mio. €.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

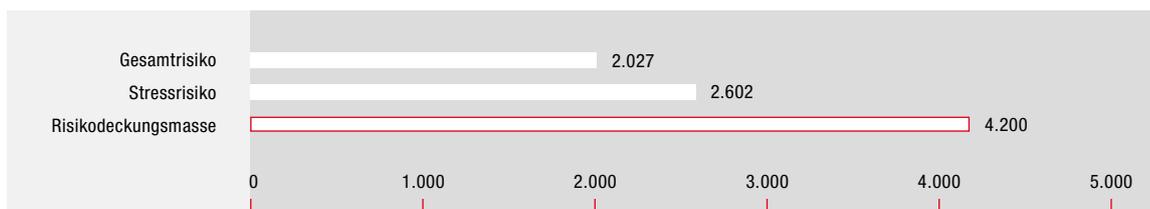
Auf Konzernebene gab es im Berichtsjahr auch im Zeitraum erhöhter Risikowerte im Zusammenhang mit der Finanzkrise jederzeit einen ausreichenden Freiraum zur Risikodeckungsmasse, sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2008 im Konzern wie folgt dar:

in Mio. €

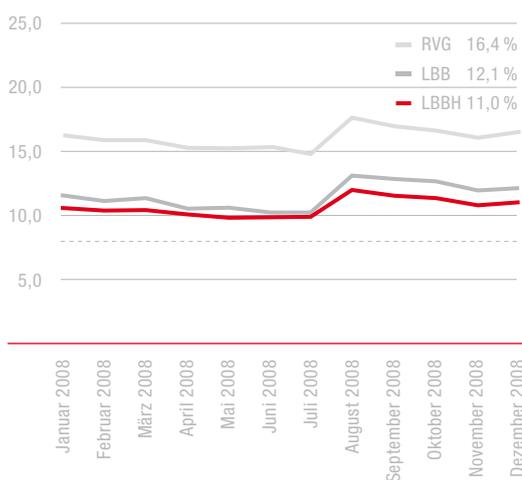


Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern zum 31. Dezember 2008

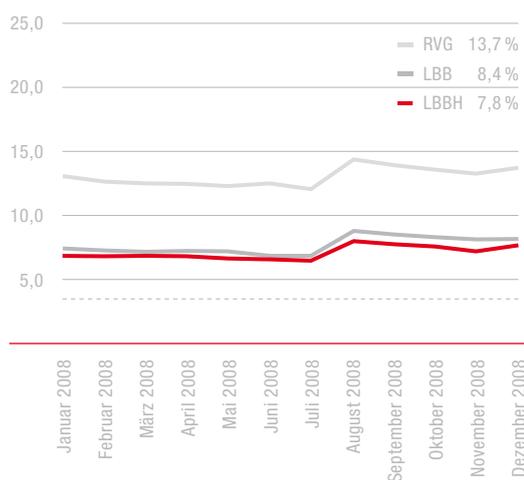


Risikobericht

GESAMTKENNZIFFER (SOLVV)



KERNKAPITALQUOTE (SOLVV)



Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGV ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen hier die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Holding und auf Ebene der RVG aus.

Die RVG-Gruppe und die Teilbanken haben im Berichtsjahr die Meldungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolV) erstellt. Die Berlin Hyp und die netbank berichten seit Jahresbeginn 2008 ebenfalls nach der SolV.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2008 werden für die LBB und LBBH die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt.

Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

In den Meldungen zur SolV bis Juli 2008 wurde die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Quote (Gesamtkennziffer) unter Einbeziehung der zusätzlichen Eigenkapitalanforderung (Floor) gemäß § 339 SolV vorgenommen. Dieser Floor resultierte im Wesentlichen aus der Skalierung der SolV-Eigenmittelanforderung auf 90 % (Floor 2008) der Eigenmittelanforderung nach Grundsatz I.

Entsprechend der Auslegungsempfehlung der BaFin zur Berechnung und zum Ausweis des Floors hat die Bank ab September die Methode zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Quoten angepasst. Anpassungsbeträge aus der Parallelrechnung des Grundsatzes I (Floor) werden nach dem neuen Verfahren nicht mehr einbezogen.

Die Floorbetrachtung wird als Nebenrechnung durchgeführt. Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 90 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung regelmäßig eingehalten.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wird im Wesentlichen auf Basis dieser Größe bestimmt. Unter diesem Gesichtspunkt werden im Folgenden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen übernommen.

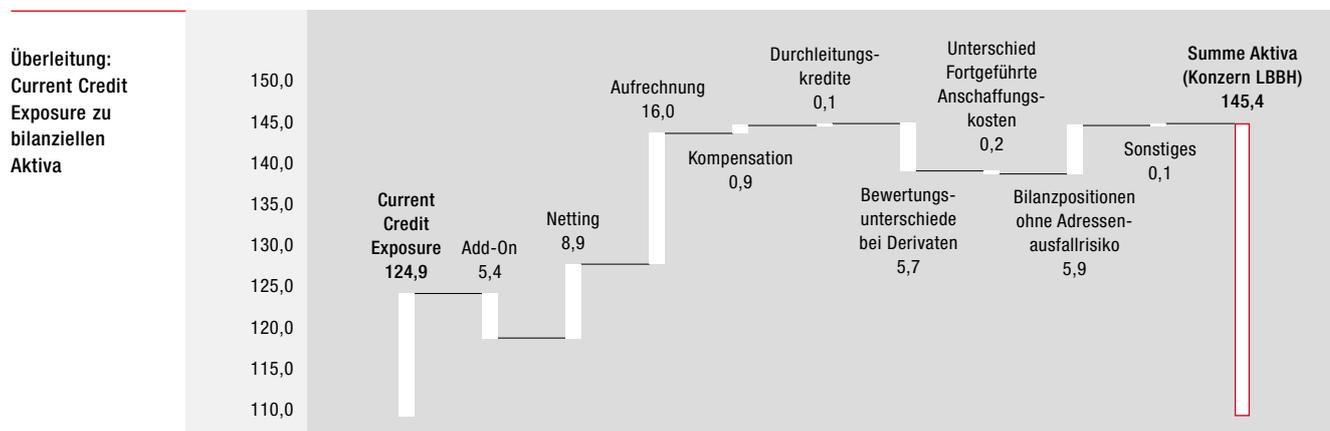
Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem Current Credit Exposure und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Wertpapiere und Derivate wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das Current Credit Exposure berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für den Konzern darstellen, werden nicht einbezogen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten methodischen Unterschiede ist eine Überleitung des Current Credit Exposure auf die bilanziellen Aktiva möglich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den bilanziellen Aktiva auch Bilanzpositionen ohne Adressenausfallrisiko – zum Beispiel immaterielle Vermögensgegenstände oder Sachanlagen – enthalten sind. In der folgenden Grafik werden die wesentlichen Unterschiedseffekte zu den bilanziellen Aktiva dargestellt.

Risikobericht

in Mrd. €



Das gesamte Current Credit Exposure des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2008 124,9 Mrd. €. Dabei entfielen 41,5 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von 83,4 Mrd. € im Current Credit Exposure enthalten.

Der überwiegende Teil des Current Credit Exposure entfiel auf die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft, Immobilienfinanzierung und Sonstige.

Neben dem Current Credit Exposure wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des Current Credit Exposures ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2008 folgende Aufteilung nach den Strategischen Geschäftsfeldern:

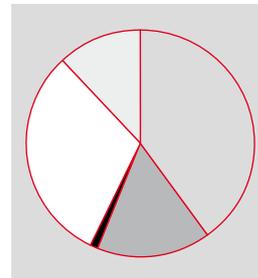
STRATEGISCHES GESCHÄFTSFELD

in Mio. €	Current Credit Exposure			Summe
	Credit Exposure	Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer-risiken	
Privatkunden	10.194	3.868	395	4.262
Firmenkunden	6.720	5.448	0	5.448
Immobilien	54.944	28.180	22.992	51.173
davon: Hypothekendarlehen	28.805	26.043	0	26.043
Kapitalmarktgeschäft	50.627	3.979	46.258	50.237
Sonstige	13.738	2	13.735	13.737
Konzern LBBH	136.223	41.477	83.380	124.857

Hier und in allen folgenden Tabellen werden Werte kaufmännisch gerundet, so dass es dazu kommen kann, dass die angegebenen Summenwerte geringfügig von der Summe der Einzelpositionen abweichen.

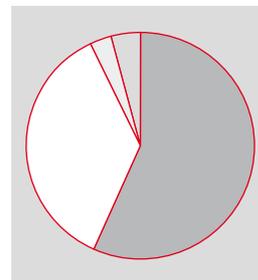
Entsprechend seiner Risikostrategie geht der Konzern vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland ein. Dagegen führt das Kapitalmarktgeschäft strategiekonform überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im Ausland und den alten Bundesländern.

Alte Bundesländer	31 %
Neue Bundesländer	12 %
Berlin	40 %
Ausland	16 %
Sonstige	1 %



Regionale Verteilung der Kreditrisiken (41,5 Mrd. €)

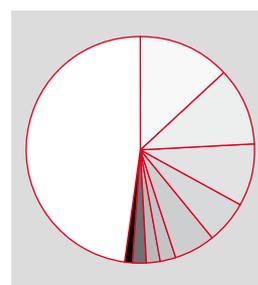
Alte Bundesländer	36 %
Neue Bundesländer	3 %
Berlin	4 %
Ausland	56 %
Sonstige	0 %



Regionale Verteilung der Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken (83,4 Mrd. €)

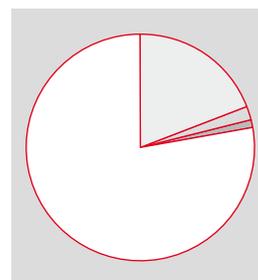
Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

Immobilienfinanzierung	48 %
Kreditgewerbe	13 %
Enthaftetes Geschäft	11 %
Privatpersonen	9 %
Handel & Gewerbe	6 %
Dienstleistungen	6 %
Gesundheit & Soziales	2 %
Gebietskörperschaften	2 %
Beteiligungsgesellschaften	2 %
Sonstige	1 %



Kreditrisiken (41,5 Mrd. €)

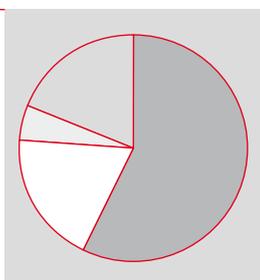
Kreditgewerbe	78 %
Gebietskörperschaften	19 %
Dienstleistungen	2 %
Handel & Gewerbe	1 %
Sonstige	0 %



Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken (83,4 Mrd. €)

Risikobericht

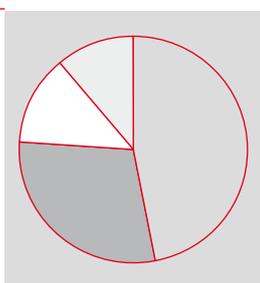
Restlaufzeiten
der Kreditrisiken
(41,5 Mrd. €)



0 bis 3 Monate	19 %
3 Monate bis 1 Jahr	5 %
1 Jahr bis 5 Jahre	19 %
über 5 Jahre	57 %

Die volumengewichtete Restlaufzeit liegt bei Kreditrisiken über der bei Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken.

Restlaufzeiten
der Emittenten-,
Kontrahenten-,
Kreditnehmer-
risiken
(83,4 Mrd. €)



0 bis 3 Monate	13 %
3 Monate bis 1 Jahr	11 %
1 Jahr bis 5 Jahre	47 %
über 5 Jahre	29 %

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen.

Kreditrisikomessverfahren

Als wesentlicher Parameter für die Bestimmung der Kreditrisiken wird die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Engagements unter Zuhilfenahme von Rating- und Scoringverfahren ermittelt. Jedes dieser Ratingverfahren dient dem Zweck, für bestimmte Kreditnehmergruppen die Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis statistischer Verfahren valide zu schätzen. Alle im Konzern eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren unterliegen einer permanenten Qualitätskontrolle durch das Kreditrisikocontrolling.

Für Privatkunden, inländische Firmenkunden und inländische Immobilienfinanzierungen werden sparkasseninterne Rating- und Scoringverfahren der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH verwendet. Für Großkunden und internationales Geschäft werden Ratingverfahren der Rating Service Unit GmbH & Co. KG eingesetzt. Die LBB war an den Entwicklungsprojekten beteiligt und wirkt in den Gremien und Arbeitskreisen der beiden Dienstleister mit.

Die Ratingverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß der Ausfalldefinition nach Basel II kalibriert. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit werden sie einer der 25 Klassen der DSGVO Masterskala zugeordnet.

Die wesentlichen Ratingverfahren wurden im Rahmen der Zulassungsprüfung zum „Internal Rating Based Approach“ unter Basel II durch die Bankenaufsicht analysiert und abgenommen.

Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Die Zuordnung der Ratingklassen zu Ausfallwahrscheinlichkeiten gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg. Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Sub-Performing Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Non-Performing Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für

die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die Abbildung des Risikos wird durch eine stochastische Modellierung der Verlustquoten (zum Beispiel der Sicherheitenerlöse) verfeinert. Die Risikobeiträge der einzelnen Kreditnehmer werden berechnet und im Rahmen des Kreditrisikoreportings dargestellt.

Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

CURRENT CREDIT EXPOSURE KREDITQUALITÄT

Risikoklassen	Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer- risiken
	in Mio. €	in Mio. €
1 bis 3	25.132	78.359
4 bis 7	6.717	3.963
8 bis 12	4.497	624
13 bis 15	698	16
keine Risikoklasse verfügbar	562	213
Konzern LBBH	37.606	83.175
Anteil am gesamt CCE	90,7 %	99,8 %

Kreditüberwachung

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und proaktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, in denen separat zu untersuchende Kreditnehmer aufgeführt werden.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert. Hierfür werden neben der Portfoliobetrachtung auf Grundlage des Credit-Value-at-Risk-Modells Länderrisiken über eigene Limite gesteuert.

Einzelkreditnehmer-Limite

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer bei den Parametern Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

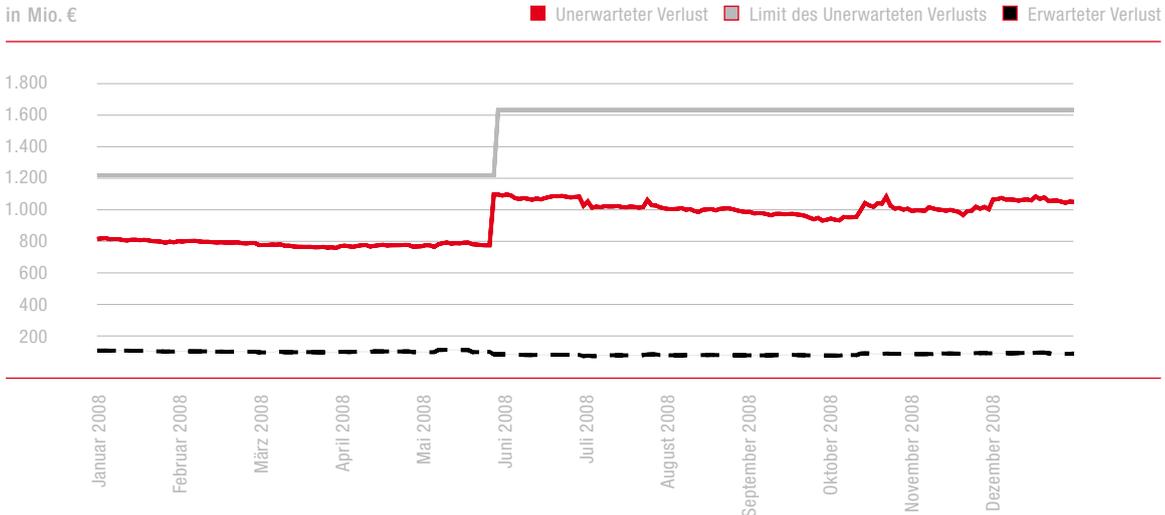
Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2008 dargestellt. Der Anstieg des unerwarteten Verlusts ist auf eine Anpassung der Parametrisierung des Kreditportfoliomodells zurückzuführen und ist mit einer Anpassung des Limits verbunden.

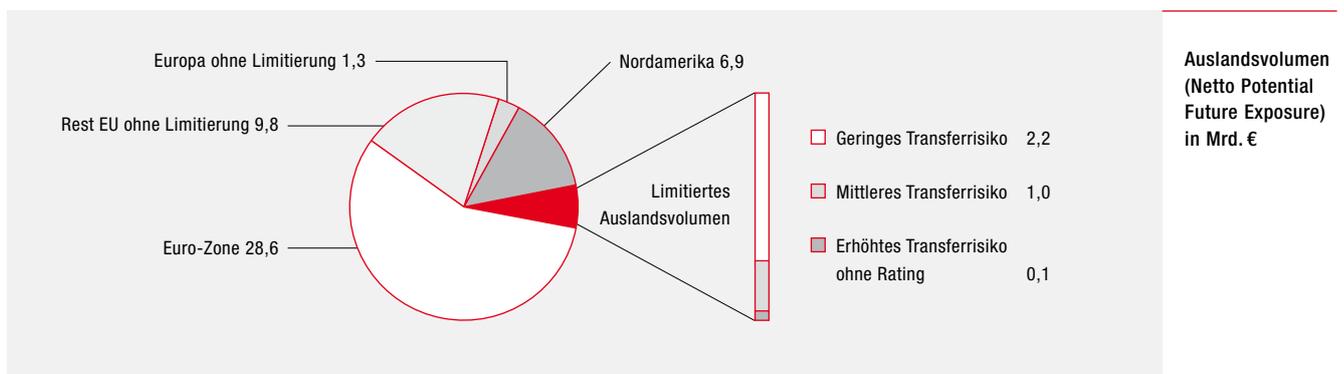
CREDIT-VALUE-AT-RISK-KENNZAHLEN KONZERN



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Im Geschäftsjahr 2008 wurde die Limitsystematik dahingehend angepasst, dass nur die Länder der Euro-Zone, die USA, Kanada, die Schweiz, die Kanalinseln, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Norwegen keiner Limitierung unterliegen. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen

Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure. Dies entspricht dem Current Credit Exposure inklusive Add-Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Wie im Folgenden dargestellt, entfallen von diesem Auslandsvolumen 94 % auf unlimitierte Länder mit bester Bonität (das heißt mit einer internen Ratingeinstufung besser als 1 (AA-)).



Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risiko-

controllings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Risikobericht

Risikoprävention

Im Geschäftsjahr 2008 hat die Abteilung Risiko- prävention ihre Tätigkeiten aufgenommen. Sie ist im Direktbankservice angesiedelt. Die Abteilung soll gezielt Kunden des Geschäftsfelds Private Kunden mit absehbaren Zahlungsschwierigkeiten beziehungsweise erhöhtem Ausfallrisiko ansprechen und dadurch Kündigungsvolumina im Bereich Private Kunden mindern.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem Current Credit Exposure in Höhe von 52 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung. Rettungserwerbe waren im Geschäftsjahr 2008 nicht zu verzeichnen.

Im Folgenden findet sich eine Unterteilung des Portfolios mit Kreditrisiken nach Good Loans, Sub-Performing Loans und Non-Performing Loans sowie nach Alter der Forderung. Zusätzlich werden die Exposure von Kreditnehmern, die in Verzug sind, aber nicht wertberichtigt wurden, ausgewiesen. Gleichzeitig wird die Höhe der rückständigen Leistungen für diese Teilportfolien wiedergegeben. Das Current Credit Exposure und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Non-Performing Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

CURRENT CREDIT EXPOSURE DES KREDITRISIKOS

per 31.12.2008 in Mio. €	Alter < 1 Jahr	Alter 1 bis 5 Jahre	Alter 5 bis 10 Jahre	Alter > 10 Jahre	Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
Good Loans	8.496,9	13.510,5	5.573,8	10.149,1	37.730,3	29.023,3	
davon in Verzug	100,3	197,5	75,7	448,6	822,1		
davon rückständige Leistungen	1,2	12,4	2,2	149,1	164,8		152,5
Sub-Performing	102,8	328,5	54,5	501,3	987,1	658,3	
davon in Verzug	7,1	62,8	12,1	207,5	289,6		
davon rückständige Leistungen	0,5	0,3	1,4	93,0	95,1		
Non-Performing	79,9	807,6	478,9	1.394,1	2.760,6	1.587,6	1.117,2
davon in Verzug	25,7	84,2	21,5	155,5	287,0		
davon rückständige Leistungen	0,1	0,3	6,5	28,8	35,7		
Konzern LBBH	8.679,6	14.646,7	6.107,2	12.044,6	41.478,0		
davon in Verzug	133,2	344,6	109,3	811,6	1.398,7		
davon rückständige Leistungen	1,8	12,9	10,1	270,9	295,6		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Absicherungen

²⁾ bei Good Loans und Sub-Performing Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;
bei Non-Performing Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

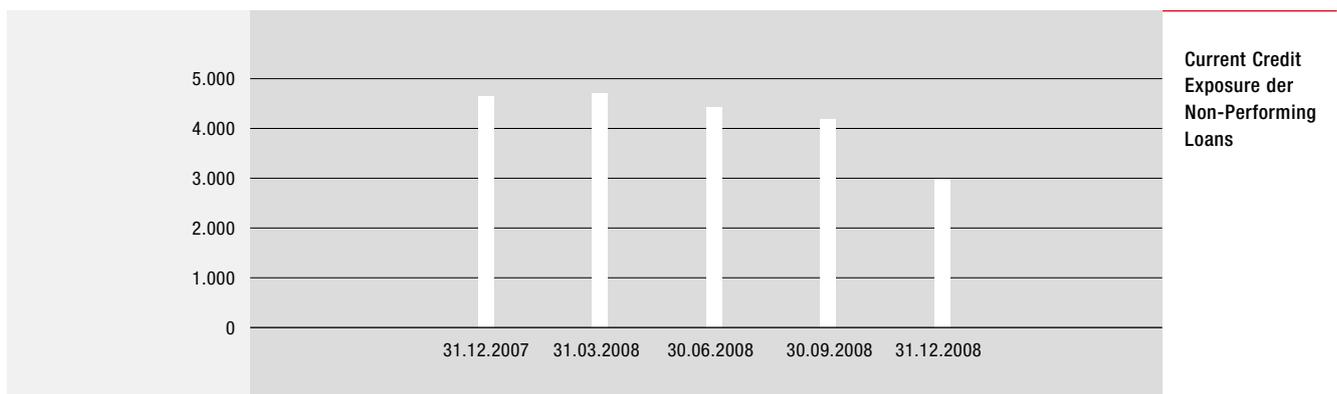
Aufgrund der weitgehend risikoarmen Struktur der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken bestehen in diesen Bereichen so gut wie keine Sub- oder Non-Performing Loans.

CURRENT CREDIT EXPOSURE DER EMITTENTEN-, KONTRAHENTEN- UND KREDITNEHMERRISIKEN

in Mio. €	Alter	Alter	Alter	Alter	Summe	in %
	0 bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Sub-Performing	0,0	0,0	14,9	1,2	16,0	0,02
Non-Performing	0,0	26,1	120,3	58,4	204,7	0,25
Summe	0,0	26,1	135,2	59,5	220,8	0,26

Der Anteil der Non-Performing Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, am Gesamtexposure des Konzerns ging auch 2008 weiter zurück. Er betrug zum 31. Dezember 2008 2,4 % des Current Credit Exposure (Vorjahresstichtag: 3,6 %). Die folgende Grafik verdeutlicht den Rückgang der Non-Performing Loans in den letzten Quartalen.

in Mio. €



Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisiko-Messverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

Anteilseignerrisiken

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung. Im Reporting sind Szenariobetrachtungen, zum Beispiel „Ausfall der Gesellschaft mit dem höchsten Exposure“, integriert.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortlich werden. Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand der LBB wird monatlich über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, werden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert. Das Anteilseignerrisiko hat sich gegenüber dem Vorjahr im Konzern um 11 Mio. € beziehungsweise 32 % reduziert.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Auswirkungen der Finanzkrise

Infolge der Finanzmarktkrise hat sich die Situation an den Refinanzierungsmärkten im Jahr 2008 weiter verschärft. Umfangreiche Staatshilfen zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit beeinflussten das allgemeine Marktgeschehen. Auch unter diesen extremen Bedingungen haben sich die Methoden und Verfahren des Liquiditätsrisikomanagements bewährt und die Liquiditätssituation der LBB stellt sich geordnet dar.

Durch reduzierte Investitionen in strategische Anlagen wird die Liquiditätsbereitstellung für den Geschäftsbetrieb und das Halten ausreichender Reserven sichergestellt. Bei dauerhaftem Anhalten der Störungen an den Refinanzierungsmärkten sind auch Einschränkungen im geplanten Neugeschäft mit institutionellen Kunden nicht auszuschließen, um sicherzustellen, dass in der LBB auch auf einen Betrachtungshorizont von einem Jahr ausreichende Liquiditätsreserven vorhanden sind. Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit Retailkunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar.

Grundlagen und Liquiditätskennziffer

Innerhalb des internen Liquiditätsrisikocontrollings wird in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko unterteilt.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisiko-Messverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffern im Konzern gemäß „Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung)“ betragen per 31. Dezember 2008:

Teilinstitut	2008	2007
Landesbank Berlin	1,64	1,61
Berlin Hyp	1,37	1,19

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern werden mit einem komfortablen Freiraum eingehalten. Die niedrigste Kennziffer der LBB im Jahr 2008 belief sich auf 1,45, bei der Berlin Hyp lag sie bei 1,15.

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für den Konzern ein deutlich über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das den bank-internen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzern-internen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zwecke der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus, als sie durch die Liquiditätsverordnung angenommen werden, und sind somit bei der Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand seit Herbst 2008 wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätssituation an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2008 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.

Im Kontext der allgemeinen Finanzmarktkrise wurden von der deutschen Bankenaufsicht erweiterte Offenlegungsvorschriften erlassen. Die LBB übermittelt in diesem Zusammenhang detaillierte Auswertungen auf wöchentlicher und täglicher Basis an die Bundesbank und BaFin.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei wird das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu ca. 80 % im deutschen Raum. Hierbei ist durch den im Berichtsjahr krisenbedingt kollabierten Interbanken-Geldmarkt die Deutsche Bundesbank derzeit der wichtigste Refinanzierungspartner. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird. Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte nicht wirtschaftlich nutzen ließen, beschränkten sich die Neuemissionen der LBB im Jahr 2008 fast vollständig auf Pfandbriefe. Während die kleinteiligen Abschnitte überwiegend im Inland abgesetzt wurden, lag der Auslandsanteil der einzigen Jumbotransaktion der LBB im Jahr 2008 bei 47 %. Die existenzielle Krise der Hypo Real Estate Group hat dazu geführt, dass die Marktverwerfungen im September 2008 auch das Pfandbriefsegment voll erfassten. Infolgedessen ist die

Investorennachfrage nach Pfandbriefen stark zurückgegangen. Großvolumige Transaktionen waren 2008 nicht möglich. Die Pfandbriefspreads weiten sich stark aus, und ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar.

ANGABEN AUS DER BILANZ (PASSIVA):

in %	2008	2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31,6	35,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22,5	20,8
Verbrieftete Verbindlichkeiten	20,5	21,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	18,6	15,4
Andere Passiva	6,7	6,6
Bilanzsumme Konzern	100,0	100,0

Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2008 gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisiko-Controllings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zum Beispiel zukünftige Zinszahlungen. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

in Mio. €	2008	2007
<= 1 Monat	41.021	43.907
> 1 Monat bis <= 12 Monate	39.009	36.350
> 1 Jahr	80.727	75.750
Verpflichtungen des Konzerns	160.757	156.007

Risikobericht

Marktpreisrisiken

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstiger Preisrisiken (insbesondere Credit Spread-Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Bereiche des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des

Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimits (Value-at-Risk (VaR)-Limits; 10-tägiges Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen im Konzern 2008

In der Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limiten gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

MARKTPREISRISIKOLIMITS UND -INANSPRUCHNAHMEN IM KONZERN 2008

in Mio. €	Capital-at-Risk Konzern 2008							
	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
Einheit	2008	2007	2008	2007	2008	2007	31.12.2008	31.12.2007
Trading	20	24	10	14	37	43	15	81
Client Business	13	6	5	3	24	27	25	25
Treasury	121	47	49	12	195	110	160	160
Internationales Geschäft	1	3	1	2	5	4	5	5
Kapitalmarktgeschäft	137	67	56	30	221	128	175	175
Bankbuch Landesbank	39	22	17	8	98	42	150	150
Bankbuch Berlin Hyp	67	6	8	1	127	21	130	90
Sonstige Bankbücher	3	2	2	1	5	3	12	12
Bankbuch	98	25	23	9	210	56	290	252
Konzern	199	78	85	35	370	145	420	427
Aktienrisiko	27	24	14	13	58	41		
Währungsrisiko	12	5	4	1	28	12		
Zinsrisiko	78	41	32	17	153	79		
Credit Spread-Risiko	170	42	74	11	401	98		
Konzern	199	78	85	35	370	145		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommt eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie szenarioweise Risikoberechnungen mit veränderten Korrelationen. Diese Darstellungen dienen dazu, Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2008 gegenüber Zinsschwankungen weitgehend neutral aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Darüber hinaus werden unterschiedliche Szenario-Berechnungen angestellt, bei denen unter anderem die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100, +130 beziehungsweise –190 Basispunkte ermittelt werden. Dispositive Swaption-Positionen über das Jahresende hinweg führen sowohl bei einer Erhöhung als auch bei einer Senkung der Zinsen zu negativen Werten in der LBB und dem Konzern.

	+ 100 BP		+ 130 BP		– 190 BP	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Konzern	–94	–177	–133	–232	–85	315
LBB	–4	–153	–17	–200	–149	272
Berlin Hyp	–79	–22	–103	–28	38	38
Andere	–10	–3	–13	–4	25	5

Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen bei Währungen ein. Das aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus einer barwertigen Inkongruenz zwischen Assets und deren Refinanzierung aufgrund der 2008 beobachteten Preisabschläge in vielen Positionen nach der Ausweitung von Credit Spreads. Ferner stammen sie aus Restbeträgen bei Kundengeschäften, aus der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

Aktien- und Fondsrisiken

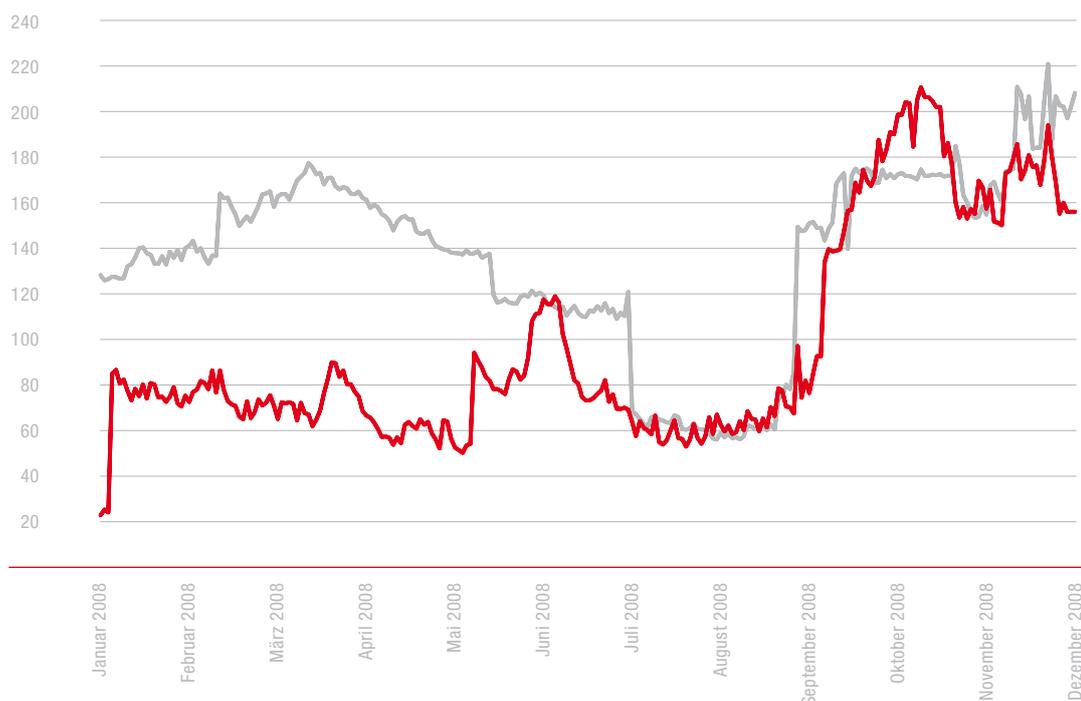
Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2008 hielt der Konzern ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

MARKTPREISRISIKO DES KONZERNS

in Mio. €

■ Bankbuch ■ Kapitalmarktgeschäft



Marktpreisrisiko des Konzerns

Mit der Verschärfung der Finanzkrise stieg auch das Marktpreisrisiko im Kapitalmarktgeschäft ab September 2008 deutlich an und verletzte zum Jahresende das Marktrisikolimit. Besondere Treiber waren hier zur langfristigen Liquiditätssicherung gehaltene Anlageportfolien im Treasury. Wegen der als kurzfristig eingeschätzten exzessiven Marktvolatilität, der Bedeutung der Portfolien für die Liquiditätssicherung und wegen der mangels Marktliquidität nur im geringen Umfang gegebenen Veräußerungsmöglichkeiten hat die Bank entschieden, diese Überschreitung zeitlich begrenzt bei intensiver Beobachtung und Berichterstattung zu tolerieren. Im Jahresverlauf 2008 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit 175 Mio. €) und das Bankbuch (Limit 290 Mio. €).

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimit/-auslastungen, der Stress-tests und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risikocontrolling sowie für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für das Bankbuch erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten des Konzerns auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung des Konzerns wurde dadurch erheblich reduziert.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeines-Produkt-Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen-Produkt-Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spread-Risiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt den Konzern in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der ca. 2.000 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstände berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das Marktrisiko-System des Konzerns deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Risikobericht

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf

Die im Konzern eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen durch die Finanzmarktkrise. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten (inklusive Wertveränderungen) aus dem Portfolio der dem Konzern direkt oder indirekt zuzuordnenden Immobilien.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem VaR-Verfahren gemessen. Das Exposure – aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte – der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Berichtsjahr wurden Szenario-Analysen, zum Beispiel Veränderung der Volatilitäten, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis der eigenständigen Risikoart „Immobilienrisiken“, für die sowohl für den Konzern als auch die strategischen Geschäftsfelder Limite festgelegt worden sind und deren Auslastung turnusmäßig überwacht wird. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2008 aufgrund von Parameteranpassungen und der Veräußerung mehrerer Objekte um ca. 46 Mio. € beziehungsweise 39 % gesunken.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken verstehen wir Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung eines Rahmenwerks operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Risikovorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäfts- sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle detaillierte Reports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenario-Analyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- einen Risikotransfer durch Versicherungsschutz; der Einsatz einer speziellen OpRisk-Police befindet sich in Prüfung.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung / Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken –

Angemessenheit der Eigenmittelausstattung

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet der Konzern derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2008 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung in Höhe von 167 Mio. € ermittelt.

Der Konzern hat sein Modell zur Berechnung des internen Kapitals (ökonomischen Kapitals) weiter verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des künftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

Insbesondere zur besseren Einschätzung des Risikos aus Großschäden wurde die Szenarioanalyse durch den Einbezug von Großschäden aus einer öffentlichen Verlustdatenbank verbessert. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthöhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in

der Aggregation über alle Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2008 einen Wert von 90 Mio. €, der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt wird.

Personalrisiken

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- Fluktuationsrisiko: Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- Verfügbarkeitsrisiko: Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- Qualifikationsrisiko: Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- Motivationsrisiko: Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreize beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung der IT-Infrastruktur und -Verfahren ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit wird durch Orientierung an der ISO-Norm 27002 ständig aktualisiert und verfeinert. Der Konzern hat hierfür ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2008 stand die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur:

- Erfüllung geänderter gesetzlicher Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Reduzierung struktureller Komplexität,
- Modernisierung, Konsolidierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Verfahren sowie
- Vorbereitung der Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik in den nächsten Jahren.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallpläne

Für das Management von Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab etabliert, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Hierzu werden regelmäßig Übungen vorgenommen.

Weiterhin verfügt der Konzern vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für seine kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse.

Risikobericht

Der Konzern hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Aufgrund der Anpassung und Integration bestehender Outsourcing-Richtlinien in die MaRisk hat der Konzern im Jahr 2008 das interne Regelwerk turnusmäßig überarbeitet und eine weitergehende Risikoanalyse zur Bestimmung wesentlicher Auslagerungen eingeführt.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von der Einhaltung der beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz.

Im Dezember 2008 kam es durch kriminelle Handlungen von Mitarbeitern eines Logistikunternehmens zu einer Fehlleitung von Kreditkartendaten der LBB. Die betreffenden Daten wurden umgehend sichergestellt. Das Risiko eines Missbrauchs der Daten war aus Sicht des Konzerns von Anfang an gering und wurde durch zusätzliche Maßnahmen weiter minimiert.

Um das Vertrauen unserer Kunden auf den Schutz ihrer uns anvertrauten Daten auch in Zukunft zu rechtfertigen, wurden interne und externe Sachverständige mit der Überprüfung der betreffenden Geschäftsprozesse und der Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Datenschutzes beauftragt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Im Vorfeld des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch im Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Dies führte zur Geltendmachung von Ansprüchen diverser Gläubiger auf Sicherheitsleistung gegen Konzerngesellschaften. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert.

Klage einer Fondsgesellschaft

Wie schon in den Vorjahren berichtet, hat die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die Holding, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die Holding und die LBB haben der BOB und der IBV – Letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die Holding, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die Holding und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Risikobericht

HV-Beschlussanfechtungen

Fünf Aktionäre haben in insgesamt vier Verfahren gegen Beschlüsse, die auf der ordentlichen Hauptversammlung am 4. Juli 2008 gefasst wurden, Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage erhoben. Hierbei ist einer der Aktionäre gegen sämtliche auf der zuvor genannten Hauptversammlung gefassten Beschlüsse vorgegangen, während die anderen vier Aktionäre jeweils nur einzelne Beschlüsse angegriffen haben. Die Bank hält die Erfolgsaussichten für gering.

In drei der Verfahren wurde ein Vergleich geschlossen, nachdem die Klagen zurückgenommen wurden. Bezüglich der vierten erstinstanzlichen Klage steht die Gesellschaft derzeit noch in Vergleichsverhandlungen.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Zu Beginn des Jahres 2009 gehen die meisten Marktteilnehmer nicht von einer schnellen Trendwende bei der weltweiten Krise der Kapital- und Finanzmärkte aus. Die Rücknahme der Leitzinsen gleicht insbesondere bei den kurzfristigen Finanzierungen inzwischen einen wesentlichen Teil der Aufschläge aus, die aus der Zuspitzung der Finanzkrise resultieren. Die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wird jedoch ganz wesentlich von den Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst.

In wichtigen Auslandsmärkten wie den USA, Großbritannien oder Frankreich kommt es ebenfalls zu teilweise tiefgreifenden konjunkturellen Einschnitten, worauf die nationalen Regierungen mit Konjunkturprogrammen teilweise erheblichen Ausmaßes reagieren. Die Auftragsbestände inländischer Hersteller schmelzen rasch, ihre Exportaussichten schwinden dramatisch. Dies wird auch am Arbeitsmarkt zu einer Trendwende führen. Trotz des Kaufkraftrückgewinns im Zuge sinkender Energie- und Nahrungsmittelpreise werden die Privathaushalte im Ausgabeverhalten nach Einschätzung von Experten zurückhaltend bleiben. Stimulierende Maßnahmen der Öffentlichen Hand mildern die Rezession. Insgesamt ist 2009 mit einem signifikanten Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland zu rechnen.

Die Wirtschaft in der Region Berlin-Brandenburg wird sich der schwachen Konjunktur nicht entziehen können. Aufgrund des auch in Mittel- und Osteuropa zu verzeichnenden Konjunkturreinbruchs werden Exporterfolge ausbleiben. Als vergleichsweise stabil dürften sich die Wachstumskerne in den Bereichen unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, der Verkehrstechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik erweisen. In diesen Branchen profitiert Berlin von der Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen. Für positive konjunkturelle Impulse sorgt die Umsetzung großer Bauvorhaben. Ansonsten werden aber Rezessionstendenzen überwiegen; Rückwirkungen aus dem internationalen Umfeld werden sich insbesondere auch im Tourismus ergeben. Dies belastet den Einzelhandel und das Gastgewerbe.

Das Kreditgewerbe wird sich auch 2009 in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bessern sich die Ertragspotenziale aus der Fristentransformation mit steilerer Zinsstruktur, doch bleiben die Refinanzierungskosten aufgrund des anhaltenden Misstrauens der Marktakteure, insbesondere im langfristigen Bereich, weiterhin mit hohen Liquiditätsaufschlägen belastet. Die schwache Konjunktur wird die Ergebnisse der Finanzinstitute zusätzlich belasten. Die durch die Finanzkrise entstandene Forderung nach höheren Eigenkapitalquoten der Finanzinstitute lässt eine Fortsetzung der Bilanzverkürzungen erwarten. Der ohnehin große Druck zur Konsolidierung am deutschen Bankenmarkt nimmt folglich eher noch zu.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) ist unverändert darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern hat eine starke Marktposition in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte, Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen und durch einen zwar wieder belebten, aber noch immer schwächer entwickelten Immobilienmarkt. Die inzwischen erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion des Konzerns ausgleichen.

Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert: Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „Operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „Gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittelausstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der Geschäftssegmente

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktfelds sowie der beschriebenen allgemeinen Ausrichtung werden in den einzelnen Geschäftssegmenten im Jahr 2009 folgende Entwicklungen erwartet.

Private Kunden

Die neu entwickelten Girokontomodelle, die zum Jahresbeginn 2009 am Markt eingeführt wurden, unterstützen die Aktivitäten zur Kundenbindung und zur Ausweitung der marktführenden Stellung im Regionalgeschäft. Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt. Mit der Intensivierung der Kundenbeziehungen und dem weiteren Wachstum des Geschäftsvolumens sollen entsprechende Ertragssteigerungen einhergehen. Im überregionalen Geschäft stärkt die 2008 erworbene Absatzfinanzierung unter der Marke „LBB Finanzkauf“ das Konsumentenkreditgeschäft, führt aufgrund von Integrationsmaßnahmen allerdings zu einer vorübergehenden Ergebnisbelastung. Im überregionalen Geschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird weiter ausgebaut.

Das Geschäft mit privaten Kunden der Berliner Sparkasse soll sich auch künftig stabil entwickeln und in den nächsten zwei Jahren zu einer Eigenkapitalrentabilität in der Größenordnung von 40 % führen.

Firmenkunden

Die Landesbank Berlin AG will auch in Zukunft für die Gewerbekunden und mittelständischen Unternehmen im Kernmarkt Berlin-Brandenburg die kundennahe, kompetente Regionalbank mit einem umfassenden Finanzdienstleistungsangebot sein. Strategisches Ziel bleibt die Festigung der starken Marktposition, verbunden mit einer weiteren Stärkung der Ertragsbasis.

Dieses Ziel soll durch Maßnahmen zur Stärkung der Kundenbindung, die Erweiterung der Potenzialerschöpfung bei bestehenden Kundenverbindungen und die Akquisition von Neukunden erreicht werden. Ohne die strenge ertrags- und risikoorientierte Geschäftspolitik aufzugeben, sollen durch marktgerechte Produkt- und Serviceangebote das Aktivgeschäft und das provisionstragende Dienstleistungsgeschäft weiter ausgebaut werden.

Dabei hat die Umsetzung der Qualitätsstrategie in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen auch in Zukunft eine zentrale Bedeutung. Das Firmenkundengeschäft soll sich auch künftig stabil entwickeln und in den nächsten zwei Jahren auch ohne Sondereffekte eine Eigenkapitalrentabilität von mehr als 20 % erzielen.

Kapitalmarktgeschäft

Im Bereich Client Business wird eine Intensivierung der Geschäftsbeziehungen zu den Sparkassen und anderen Unternehmen der Sparkassenorganisation erwartet. Hier sollten die gemeinsamen Gespräche und Aktivitäten des Jahres 2008 erste positive Effekte zeigen. Infolge der öffentlichen Diskussion über Risiken und Nutzen von Zertifikaten wird künftig die Konzeption von strukturierten Anlageprodukten in anderen Rechtsmängeln relevant. Die LBB wird hierzu die entsprechenden Angebote für ihre Kunden bereitstellen.

Die Positionierung LBB-INVEST als Nischenanbieter („Boutique“) wird weiter vorangetrieben. Innerhalb der Sparkassenorganisation wird eine Etablierung der LBB-INVEST als Anbieter von Speziallösungen neben dem großen Standardangebot der Deka als führender Fondsgesellschaft der Sparkassen angestrebt. Die LBB erwartet 2009 eine Erholung des Fondsvolumens nach den marktbedingten Rückgängen im Jahr 2008.

Das Internationale Geschäft wird in der bisherigen Zielregion Zentral- und Osteuropa mit unverändertem Schwerpunkt in Handels- und Exportfinanzierungen und mit besonderem Augenmerk auf die Länderrisiken der Zielregion fortgeführt. Auch hier sind spezielle Aktivitäten für und mit Sparkassen bereits in Umsetzung.

In Treasury und Trading wird die in Vorjahren eingeleitete Reduzierung der Bedeutung kurzfristiger Handelsstrategien fortgesetzt, jedoch werden diese Handelsaktivitäten auch weiterhin die Palette der Anlagestrategien gezielt im kurzfristigen Bereich ergänzen. Anlage- und Handelsstrategien werden stärker differenziert aufgesetzt und reportet werden, aber unverändert einem übergreifenden Risikomanagement unterliegen. Die Ergebnisentwicklung und auch die Ergebnisvolatilität werden allerdings von der weiteren Entwicklung der Finanzmärkte 2009 abhängen. Die Risikopositionen sollten als Reaktion auf das Marktumfeld stagnieren oder sogar leicht rückläufig sein. Aufgrund erhöhter Margen wird unverändert eine Eigenkapitalrentabilität von etwa 15 % angestrebt.

Prognosebericht / Ausblick

Immobilienfinanzierung

Die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bleibt unverändert auf bundesweite Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen ausgerichtet. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen mit dem Ziel einer ausgewogenen Durchmischung und breiteren Risikostreuung des Portfolios. Das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft wird sich auch künftig positiv entwickeln und auch ohne Sondereffekte eine Eigenkapitalrentabilität von mehr als 15 % erzielen.

Soll / Ist-Vergleich

Das operative Ergebnis des Konzerns im Jahr 2008 ist deutlich hinter der ursprünglichen Planung zurückgeblieben. Die Finanzmarktkrise ist dafür ausschlaggebend, dass im Kapitalmarktgeschäft die Ergebnisse trotz einer besseren Entwicklung im zweiten Quartal 2008 die Planung verfehlten. Dies konnten die anderen Segmente trotz einer zum Teil deutlich über Plan liegenden Entwicklung nicht ausgleichen.

Schätzverfahren / Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2009 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2013 erwartet der Vorstand keine nachhaltigen negativen Auswirkungen für den Konzern und unterstellt die Existenz funktionierender Märkte. Gleichzeitig geht er davon aus, dass die Zinsstrukturkurve sich wieder normalisieren wird. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmen-

bedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträgen und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung unserer Kerngeschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2013 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Grundsätzlich geht die Bank davon aus, ihre positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Gleichzeitig sind die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten unverändert groß. In Kombination mit den noch nicht absehbaren Folgen des konjunkturellen Abschwungs ist eine weitergehende Prognose seriös zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Jahresabschluss des Konzerns

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding	108
Der Konzern im Quartalsvergleich	109
Bilanz des Konzerns Landesbank Berlin Holding	110
Entwicklung des Konzerneigenkapitals	111
Kapitalflussrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding	112
Notes	114

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

in Mio. €	Notes	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	Veränderung	
					in %
Zinsüberschuss	21	1.247	815	432	53
Zinserträge		6.919	6.210	709	11
Zinsaufwendungen		5.672	5.395	277	5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	63	-68	131	> 100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.184	883	301	34
Provisionsüberschuss	23	302	297	5	2
Provisionserträge		439	429	10	2
Provisionsaufwendungen		137	132	5	4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	-18	3	-21	< -100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	-344	-45	-299	< -100
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-308	-4	-304	< -100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	-18	12	-30	< -100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	139	119	20	17
Verwaltungsaufwendungen	29	940	965	-25	-3
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung		-3	300	-303	< -100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	30	12	6	6	100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern		9	306	-297	-97
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	-20	76	-96	< -100
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern		29	230	-201	-87
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		12	19	-7	-37
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		17	211	-194	-92
Ergebnis je Aktie	Notes	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	Veränderung	
					in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	32	17	211	-194	-92
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	32	999.327.870	999.327.870	0	0
Gewinn je Aktie (€)²⁾		0,02	0,21	-0,19	-92

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ verwässertes / unverwässertes Ergebnis

Der Konzern im Quartalsvergleich

in Mio. €	IV / 2008	III / 2008	II / 2008	I / 2008	IV / 2007 ¹⁾	III / 2007 ¹⁾	II / 2007 ¹⁾	I / 2007 ¹⁾
Zinsüberschuss	369	315	287	276	234	179	217	185
Zinserträge	1.596	1.701	1.789	1.833	1.527	1.406	1.663	1.614
Zinsaufwendungen	1.227	1.386	1.502	1.557	1.293	1.227	1.446	1.429
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	50	-6	32	-13	-38	-1	12	-41
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	319	321	255	289	272	180	205	226
Provisionsüberschuss	67	77	75	83	76	74	71	76
Provisionserträge	106	110	107	116	114	109	103	103
Provisionsaufwendungen	39	33	32	33	38	35	32	27
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-21	2	6	-5	4	-5	1	3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	-116	-115	-12	-101	-84	-18	9	48
Ergebnis aus Finanzanlagen	-56	-234	-2	-16	-34	-1	11	20
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-6	-4	-3	-5	1	3	7	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	64	34	17	24	29	35	31	24
Verwaltungsaufwendungen	243	216	241	240	244	222	256	243
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	8	-135	95	29	20	46	79	155
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	-2	0	0	14	5	-2	4	-1
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	6	-135	95	43	25	44	83	154
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-34	-7	15	6	-4	32	17	31
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	40	-128	80	37	29	12	66	123
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne/Verluste	9	2	-11	12	5	-5	12	7
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	31	-130	91	25	24	17	54	116

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Bilanz des Konzerns Landesbank Berlin Holding

zum 31. Dezember 2008

Aktiva

in Mio. €	Notes	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung	in %
Barreserve	8, 33	1.727	986	741	75
Forderungen an Kreditinstitute	7, 34	22.369	26.514	-4.145	-16
Forderungen an Kunden	7, 35	47.462	47.026	436	1
Risikovorsorge	7, 36	-1.245	-1.411	166	12
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 37	749	397	352	89
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	7, 38	18.295	13.637	4.658	34
Finanzanlagen	7, 39	50.466	50.696	-230	0
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	98	129	-31	-24
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	650	665	-15	-2
Sachanlagen	11, 12, 42	578	583	-5	-1
Investment Properties	14, 43	65	82	-17	-21
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	17, 44	99	85	14	16
Latente Ertragsteueransprüche	17, 44	913	793	120	15
Sonstige Aktiva	45	3.074	1.915	1.159	61
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	15, 46	71	66	5	8
Gesamt		145.371	142.163	3.208	2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Passiva

in Mio. €	Notes	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7, 47	45.950	50.686	-4.736	-9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7, 48	32.720	29.552	3.168	11
Verbriefte Verbindlichkeiten	7, 49	29.826	30.517	-691	-2
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 50	1.340	985	355	36
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	7, 51	27.097	21.893	5.204	24
Rückstellungen	16, 52	1.168	1.270	-102	-8
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	157	199	-42	-21
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	33	32	1	3
Sonstige Passiva	54	1.915	1.018	897	88
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	55	83	1	82	> 100
Nachrangkapital	18, 56	3.137	3.163	-26	-1
davon: Stille Einlagen		687	700	-13	-2
Eigenkapital	19, 57	1.945	2.847	-902	-32
Gezeichnetes Kapital	19, 57	2.554	2.554	0	0
Kapitalrücklage	19, 57	77	77	0	0
Gewinnrücklagen	19, 57	-93	-14	-79	< -100
Neubewertungsrücklagen	19, 57	-664	-182	-482	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	19, 57	-9	-2	-7	< -100
Anteile im Fremdbesitz	19, 57	80	414	-334	-81
Gesamt		145.371	142.163	3.208	2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2006	2.554	77	-395	1	137	97	153	2.624
Veränderung Gewinnrücklagen			90				-90	0
Ausschüttungen							-60	-60
Konzernjahresüberschuss						19	201	220
Erfasste Erträge und Aufwendungen			72		-308			-236
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			90	-3	-11	298 ¹⁾	-91	283
Eigenkapital zum 31.12.2007	2.554	77	-143	-2	-182	414	113	2.831

¹⁾ darunter 187 Mio. € aus Erstkonsolidierung Albatros Select Fund und 68 Mio. € aus Erstkonsolidierung Keppler Global Value

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2007	2.554	77	-143	-2	-182	414	113	2.831
Anpassungen gemäß IAS 8			129				-113 ³⁾	16
Eigenkapital zum 31.12.2007 angepasst	2.554	77	-14	-2	-182	414	0	2.847
Ausschüttungen			-100					-100
Konzernjahresüberschuss						12	17	29
Erfasste Erträge und Aufwendungen			20	-7	-482			-469
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			1			-346 ²⁾	-17 ³⁾	-362
Eigenkapital zum 31.12.2008	2.554	77	-93	-9	-664	80	0	1.945

²⁾ darunter aus Entkonsolidierungen -187 Mio. € Albatros Select Fund, -68 Mio. € Keppler Global Value, -116 Mio. € Lingohr Alpha

³⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen (vgl. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze)

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen

Die direkt im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen umfassen die Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus Marktbewertung der Available-for-Sale-Papiere mit -478 Mio. € und Cashflow-Hedge-Veränderungen in Höhe von -135 Mio. €, Veränderungen der Gewinnrücklagen aufgrund der Neubewertung der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 28 Mio. € sowie Veränderungen der Rücklage aus Währungsumrechnung in Höhe von -7 Mio. €. Die latenten Steuern auf direkt mit dem Eigenkapital verrechnete Wertänderungen betragen 123 Mio. €, so dass sich saldiert eine Minderung des Eigenkapitals um 469 Mio. € ergibt.

Unter Berücksichtigung des Konzernjahresüberschusses ergibt sich ein Gesamtwert gemäß IAS 1.96 für das Geschäftsjahr in Höhe von -440 Mio. €; davon entfallen auf Anteilseigner des Mutterunternehmens -449 Mio. € und auf konzernfremde Gesellschafter 9 Mio. €.

Kapitalflussrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

in Mio. €	2008	2007 ¹⁾
Konzernjahresüberschuss	29	230
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	419	22
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	45	70
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	551	-16
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-26	-34
Zinsüberschuss	-1.247	-815
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-580	157
Zwischensumme	-809	-386
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	4.081	1.885
Forderungen an Kunden	-622	3.486
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	-5.779	1.103
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.323	239
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	-10.967	-20.095
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	11.297	12.828
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-4.654	1.705
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.214	618
Verbriefte Verbindlichkeiten	-709	-1.895
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	5.101	645
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	972	-952
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.985	6.228
Gezahlte Zinsen	-5.873	-5.383
Ertragsteuerzahlungen	-29	86
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	885	112
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	86	96
Sachanlagen	33	5
Immateriellen Vermögenswerten	1	1
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	-23	-4
Sachanlagen	-34	-23
Immateriellen Vermögenswerten	-14	-16
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands	0	57
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands	0	-16
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	49	100
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	0
Dividendenzahlungen	-100	-60
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	170	40
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	-263	-161
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-193	-181
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Periode	986	955
Cashflow aus operativer Tätigkeit	885	112
Cashflow aus Investitionstätigkeit	49	100
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-193	-181
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.727	986

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden, sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Notes – Inhalt

Allgemeine Angaben (Notes)

1	Grundlagen der Berichterstattung	116
2	Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften	116
3	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	117
4	Konsolidierungsgrundsätze	119
5	Konsolidierungskreis	120
6	Segmentberichterstattung	122

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7	Finanzinstrumente	126
8	Barreserve	131
9	Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	131
10	Immaterielle Vermögenswerte	131
11	Sachanlagen	131
12	Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	132
13	Leasinggeschäft	133
14	Investment Properties	133
15	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	134
16	Rückstellungen	135
17	Ertragsteuern	135
18	Nachrangkapital	136
19	Eigenkapital	136
20	Außerbilanzielles Geschäft	137

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21	Zinsüberschuss	138
22	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	138
23	Provisionsüberschuss	139
24	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)	139
25	Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	140
26	Ergebnis aus Finanzanlagen	140
27	Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	141
28	Sonstiges betriebliches Ergebnis	141
29	Verwaltungsaufwendungen	142
30	Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	144
31	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	144
32	Ergebnis je Aktie	145

Angaben zur Bilanz (Notes)

33	Barreserve	146
34	Forderungen an Kreditinstitute	147
35	Forderungen an Kunden	148
36	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	149
37	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	152
38	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	152
39	Finanzanlagen	153
40	Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	155
41	Immaterielle Vermögenswerte	155
42	Sachanlagen	156
43	Investment Properties	157
44	Ertragsteueransprüche	157
45	Sonstige Aktiva	158
46	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	158
47	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	159
48	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	160
49	Verbriefte Verbindlichkeiten	161
50	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	162
51	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	162
52	Rückstellungen	164
53	Ertragsteuerverpflichtungen	170
54	Sonstige Passiva	170
55	Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	171
56	Nachrangkapital	171
57	Eigenkapital	171

Sonstige Erläuterungen (Notes)

58	Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8	172
59	Treuhandgeschäfte	173
60	Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen	173
61	Risikomanagement	175
62	Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	175
63	Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte	178
64	Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	178
65	Anzahl Arbeitnehmer	184
66	Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008	184
67	Anteilsbesitzliste	185
68	Corporate Governance	190

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin Holding AG (im Folgenden „Holding“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, ist oberste Konzerngesellschaft. Sie hält per 31. Dezember 2008 unmittelbar und mittelbar 98,6 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2008 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2008 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Eine Übersicht aller angewandten Standards ist in der nachfolgenden Note enthalten.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die Holding einen Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB. Auch hierbei wurden zusätzlich die relevanten DRS berücksichtigt.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

2 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern grundsätzlich alle gültigen und zum Stichtag verpflichtend anzuwendenden Standards. Der Konzernabschluss 2008 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und den folgenden relevanten IAS/IFRS:

Norm	Titel	Stand / Letzte Änderung	Tag der Erstanwendung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses	rev. 2003 / 18.08.2005	01.01.2007
IAS 7	Kapitalflussrechnungen	rev. 1992	01.01.1994
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	rev. 2003	01.01.2005
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	rev. 2003	01.01.2005
IAS 12	Ertragsteuern	rev. 2000	01.01.2001
IAS 14	Segmentberichterstattung	rev. 1997	01.07.1998
IAS 16	Sachanlagen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 17	Leasingverhältnisse	rev. 2003	01.01.2005
IAS 18	Erträge	rev. 1993 / Dez.1998	01.01.2001
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	rev. 2002 / 16.12.2004	01.01.2005
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	rev. 2003 / 15.12.2005	01.01.2006
IAS 23	Fremdkapitalkosten	rev. 1993	01.01.1995
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	rev. 2003	01.01.2005
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 31	Anteile an Joint Ventures	rev. 2003	01.01.2005
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	rev. 2003 / 18.08.2005	01.01.2007
IAS 33	Ergebnis je Aktie	rev. 2003	01.01.2005
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten	rev. 2004	31.03.2004
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	1998	01.07.1999
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte	rev. 2004	31.03.2004
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	rev. 2004 / 13.10.2008	01.01.2006 / 01.07.2008
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	rev. 2003	01.01.2005
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	rev. 2004	31.03.2004
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	2004	01.01.2005
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	18.08.2005 / 13.10.2008	01.01.2007 / 01.07.2008

Die Standards IAS 2, 11, 20, 26, 29, 34 und 41 sowie IFRS 1, 2, 4 und 6 waren für den Konzern nicht einschlägig und wurden daher im Konzernabschluss nicht angewendet. IAS 1 (rev. 2007), IFRS 3 (rev. 2008) sowie IFRS 8 waren noch nicht verpflichtend anzuwenden. Deren künftige Anwendung ab dem Geschäftsjahr 2009 wird keine materiellen Auswirkungen haben.

Neben den aufgeführten Standards werden im Konzernabschluss die folgenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet:

Norm	Titel	Bezug	Stand	Tag der Erstanwendung
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	IAS 27	1998	01.07.1999
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen	IAS 17	1998	01.01.1999
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten	IAS 12	1999	15.07.2000
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner	IAS 12	1999	15.07.2000
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen	IAS 1, 17, 18	2000	31.12.2001
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	IAS 17	02.12.2004	01.01.2006
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	IAS 39	01.03.2006	01.06.2006
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderungen	IAS 34, 36, 39	02.06.2007	01.11.2006
IFRIC 13	Kundenbetreuungsprogramme	IAS 8, 18, 37	28.06.2007	01.07.2008

Die Interpretationen SIC-7, 10, 13, 29, 31 und 32 beziehungsweise IFRIC 1, 2, 5–8, 11, 12 und 14–17 waren für den Konzern nicht einschlägig beziehungsweise noch nicht anzuwenden und wurden daher im Konzernabschluss nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die folgenden vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2008 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet:

DRS 2	Kapitalflussrechnung
DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3	Segmentberichterstattung
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 5	Risikoberichterstattung
DRS 5-10	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten
DRS 15	Lageberichterstattung
DRS 15a	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht
DRS 17	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss 2008 der Holding steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Details hierzu einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) ausgeführt.

Allgemeine Angaben (Notes)

Aufgrund der vorliegenden extremen Marktsituation, die wesentlich durch nicht aktive Märkte gekennzeichnet ist, war es seit Mitte des Geschäftsjahres 2008 bei zahlreichen Finanzinstrumenten faktisch unmöglich, den Fair Value aufgrund von notierten Preisen beziehungsweise anhand von Schätzungen auf Basis von jüngsten Transaktionen oder aktuell verfügbaren Marktkursen ähnlicher Finanzinstrumente zu ermitteln. Zur Ermittlung des Fair Value für diese Finanzinstrumente konnte nicht mehr auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73).

Der Fair Value-Bewertungshierarchie des IAS 39 folgend, musste in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen werden (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Die der Bewertung dieser Finanzinstrumente zugrunde liegenden angemessenen Bewertungsmodelle und deren Parametrisierung führen zu einer realistischeren Berechnung des Fair Value.

Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Bei den vorliegenden nicht aktiven Märkten erfolgt die Berechnung auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorien-spreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrumentspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps oder eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen, errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die durch die Modifizierung des IAS 39.50 (Oktober 2008) möglich gewordene Umgliederung von Finanzinstrumenten wurde seit dem 1. Oktober 2008 erfolgsneutral in Anspruch genommen. Details hierzu finden sich ebenfalls in den sonstigen Erläuterungen (Note 62).

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden. Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Währungsumrechnung

In den Abschlüssen der Gesellschaften werden Zahlungen in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Ersterfassung umgerechnet. Kursgewinne und -verluste aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Kursgewinne und -verluste aus nicht monetären Posten werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für die meisten ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2007 grundsätzlich – mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen – beibehalten.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 werden Finanzinstrumente auch in die Kategorie Held-to-Maturity eingeordnet. Hierbei wurde nur Neugeschäft berücksichtigt.

Der Ausweis des Bilanzgewinns in der „Entwicklung des Eigenkapitals“ stellt den Konzerngewinn dar, der nach IFRS-Vorschriften ermittelt wurde. Seit dem dritten Quartal 2008 erfolgt keine Anpassung auf den nach HGB-Vorschriften ermittelten Bilanzgewinn. Das erwirtschaftete und nicht ausgeschüttete Ergebnis des Konzerns wird den Gewinnrücklagen zugewiesen, da der Konzernabschluss keine Bestimmung der Ausschüttung vornimmt. Die Vorjahresvergleichszahlen wurden entsprechend angepasst.

Durch die Optimierung von Prozessabläufen in der Kreditbearbeitung sowie die Implementierung weiterer Maßnahmen zur Risikofrüherkennung im Strategischen Geschäftsfeld Privatkunden wurde der Zeitraum zwischen Eintreten eines Verlustereignisses und der Identifikation des Verlustes (Loss Identification Period – LIP) durch die Bank verkürzt. Im Ergebnis dieser Maßnahmen wurde der bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung verwendete LIP-Faktor für dieses Teilportfolio angepasst.

Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2008 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2007 vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 58) dieses Berichts.

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Holding wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden.

33 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 6 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden Wertkriterien wie die Bilanzsumme, das Eigenkapital und der Jahresüberschuss des Konzerns sowohl auf Ebene der Einzelgesellschaften als auch in Summe betrachtet und ausgewertet.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 67) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften (SPV) unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbzeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Erwerbe von Minderheitenanteilen werden genauso abgebildet (Modified Parent Company Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.24 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2008 aufgestellt. Fonds und SPVs, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2008 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

Allgemeine Angaben (Notes)

5 Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2008 sind neben der Landesbank Berlin Holding AG 106 Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden. Dieser Kreis von Unternehmen stellt den Konsolidierungskreis dar und ist aus der Anteilsbesitzliste ersichtlich. Die Veränderungen im Konsolidierungskreis stellen sich im Geschäftsjahr 2008 wie folgt dar:

	31.12.2007	Zugänge	Abgänge	31.12.2008
Tochterunternehmen	24	1	4	21
SIC-12-Gesellschaften				
Spezialfonds	13	1	2	12
Dotationsbestand Publikumsfonds	4	3	4	3
weitere SIC-12-Gesellschaften	69	3	2	70
Gesamt	110	8	12	106

Unternehmenserwerbe und -zusammenschlüsse

Erwerb der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG

Die Landesbank Berlin AG erwarb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 2. Januar 2008 ein Portfolio von Konsumentenkrediten sowie Kreditkartenforderungen und -verbindlichkeiten. Das Portfolio wurde dabei von der Verkäuferin nach § 123 UmwG auf die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG ausgegliedert, deren einzigen Kommanditanteil die LBB AG zu diesem Stichtag erwarb. Nach Eintragung der Ausgliederung in das Handelsregister und Austritt der Komplementärin aus der Gesellschaft wuchs das Geschäft der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG am 2. Juni 2008 der LBB AG an. Zu diesem Zeitpunkt erlangte die LBB AG die Verfügungsmacht über die erworbenen Bestände.

Durch den Unternehmenszusammenschluss wurden folgende Vermögenswerte und Schulden erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen:

in Mio. €	Buchwert zum Zeitpunkt der Einbeziehung
Forderungen Kreditinstitute	2
Forderungen Kunden, sonstige Vermögenswerte	581
Verbindlichkeiten Kunden und Rückstellungen	40
Passive Rechnungsabgrenzung	2
Erworbenes Nettovermögen	541

Da die Einbringung der Forderungen und Verbindlichkeiten in die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG zu Marktwerten erfolgt ist, entsprechen die Buchwerte im Wesentlichen den beizulegenden Zeitwerten, mit denen die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG gemäß IFRS 3.61 im Rahmen der erstmaligen Bilanzierung einbezogen wurde.

Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgte im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3.

in Mio. €	02.06.2008
Kaufpreis	540
Anschaffungsnebenkosten	0
Anschaffungskosten gesamt	540
abzgl. zum beizulegenden Zeitwert bewertetes anteiliges Nettovermögen	541
Firmenwert	-1

Der negative Firmenwert repräsentiert wirtschaftlich das seit dem 2. Januar 2008 aufgelaufene Ergebnis der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG. Dieser wurde erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Der Kaufpreis wurde vollständig mit Zahlungsmitteln beglichen.

Die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG hat vom 2. Januar 2008 bis zum Erwerbszeitpunkt nach lokaler Rechnungslegung (HGB) ein Ergebnis nach Steuern von 1,3 Mio. € erzielt. Dieser Betrag steht der LBB AG nach den vertraglichen Vereinbarungen bereits in voller Höhe zu und ist damit in voller Höhe im Konzernabschluss enthalten. Die Angabe von Umsätzen sowie Gewinnen und Verlusten für den Konzern unter der Annahme, dass der Erwerb zu Beginn der Berichtsperiode stattgefunden hat, ist aufgrund der alleinigen Rechnungslegung der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG nach HGB nicht möglich.

Sonstige Zugänge zum Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2007 wurden folgende Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

Zugänge	
FlexBond-Plus-INVEST, Berlin	Durch Rücknahme von Anteilen ist der relative Anteil der Bank wieder über 50 % gestiegen.
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg	Neugründung wegen Sitzverlegung der LBB Reinsurance Ltd., Dublin, nach Luxemburg
LBB-nb 08-Fonds, Berlin	Neuaufgabe durch die netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
RR II R-11305, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Programs
RR II R-11308, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Programs
RR II R-11310, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Programs
Private Banking FlexBond, Berlin	Neuaufgabe eines Publikumsfonds durch die LBB-INVEST, Berlin
Vermögensstruktur Chance / Inhaber-Anteile, Berlin	Neuaufgabe eines Publikumsfonds durch die LBB-INVEST, Berlin

Im dritten Quartal wurde der Spezialfonds GSIM Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main, umbenannt in GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf; gleichzeitig hat der Verwalter des Fondsvermögens gewechselt.

Unternehmensveräußerungen und sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis

Abgänge	
Albatros Select Fund, Luxemburg	Auflösung
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking	Beendigung der Gesellschaft
Check Point Charlie Inc., London	Übernahme des operativen Geschäfts der Check Point Charlie Inc., London, durch die Check Point Charlie Ltd., London
ConvertibleBond-INVEST, Berlin	kein Bestand mehr an diesem Fonds
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Immobilienleasing KG, München	Nach Veräußerung des wesentlichen Vermögensgegenstands wurde der Geschäftsbetrieb eingestellt.
Kepler-Global Value-LBB-INVEST, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 50 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode
LBB Reinsurance Ltd. I.L., Dublin	Die Geschäftsaktivitäten wurden auf die LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg, übertragen.
LBB-Spezialsituationen-Fonds, Berlin	Auflösung
LBB-TopPick-Fonds, Berlin	Auflösung
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 50 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode
Private Banking Flex Bond, Berlin	Abschmelzen der Quote auf unter 20 % und somit Ausweis als Beteiligung nach IAS 39
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg	Veräußerung der Anteile

Übriger Konsolidierungskreis

Mit Vertrag vom 22. Dezember 2008 und dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 verkaufte die Landesbank Berlin AG ihre 100-prozentige Beteiligung an der Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin, an die Landesbank Berlin Holding AG. Der Konsolidierungskreis des Konzerns bleibt davon unberührt.

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

Allgemeine Angaben (Notes)

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Universalbank; seine Geschäftstätigkeit umfasst die nachfolgend beschriebenen vier Geschäftsfelder. Die Darstellung der Segmentergebnisse erfolgt nach Geschäftsfeldern; auf eine sekundäre Segmentdarstellung wird verzichtet.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** lag der Zinsüberschuss mit 365 Mio. € um 7,0 % beziehungsweise 24 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Darin enthalten sind Sondererträge aus dem Börsengang des Kreditkartenanbieters Visa in Höhe von 19,4 Mio. €, positive Effekte aus dem Drittkartengeschäft (+8,7 Mio. €) sowie negative Sondereffekte aus der Expansion im Absatzfinanzierungsgeschäft (-7,9 Mio. €).

Das Volumen zum Bilanzstichtag, insbesondere der Einlagen, wuchs im Vergleich zum 31. Dezember 2007 um 6,0 %, was auch auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen ist, weil das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Kunden zu Einlagenrückflüssen an die Berliner Sparkasse führte. Gleichzeitig stieg das bewilligte Neugeschäft bei den Allzweckkrediten um 14,7 % sowie das valutierte Neugeschäft bei Hypothekendarlehen um 10,3 % im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen.

Der Provisionsüberschuss lag 2008 aufgrund von Ertragssteigerungen im Kreditkartengeschäft um 1,0 % beziehungsweise 2 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Ein wesentlicher Anteil des Provisionsüberschusses wurde aus dem Wertpapiergeschäft erzielt, das jedoch 13,1 % unter dem Vorjahresergebnis blieb. Das Geschäftsfeld Private Kunden musste wegen des schwierigen Marktumfelds gegenüber dem 31. Dezember 2007 einen Rückgang beim Bestand der hauseigenen Zertifikate auf 865 Mio. € (-8,3 %) hinnehmen. Der Bruttoabsatz lag 2008 mit 254 Mio. € unter dem Vorjahreswert in Höhe von 351 Mio. € (-27,6 %). Positiv entwickelte sich hingegen der Absatz von Versicherungsprodukten mit einer Steigerung der nettopolicierten Beitragssumme von 15,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Das Wachstum im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) zeigt sich sowohl in gestiegenen Provisionserträgen als auch dem überdurchschnittlichen Wachstum bei den Kreditkarten (+15,9 %).

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft wurde durch eine gemäß IFRS erforderliche Portfoliowertberichtigung in Höhe von 7,6 Mio. € auf den deutlich erhöhten Bestand an Konsumentenkrediten belastet und durch das hinzugekommene, von der BHW-Bank übernommene Konsumentenkreditportfolio erhöht.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen aufgrund des gestiegenen Geschäfts (Drittkarten und Konsumentenkreditportfolio der Absatzfinanzierung) mit 412 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert (+3 Mio. €). Der Aufbau der Mitarbeiterkapazitäten (+75) erfolgte sowohl durch Übernahme der Auszubildenden als auch durch externe Einstellungen im Rahmen des Betriebsübergangs der Mitarbeiter des akquirierten BHW-Portfolios.

Das Segment **Firmenkunden** konnte seine starke Marktposition festigen. Dazu beigetragen hat der Ausbau der zinstragenden Forderungen an Kunden, die im Jahresdurchschnitt um 10 % gewachsen sind. Wegen der Rückführung kurzfristiger Kredite lag jedoch das zum 31. Dezember 2008 ausgewiesene Segmentvermögen unter dem Vorjahresniveau. Auch die Kundeneinlagen konnten gegenüber dem Vorjahr um 13 % gesteigert werden. Dies spiegelte sich auch im Anstieg der Segmentverbindlichkeiten wider.

Die Kundenzahl wurde im Berichtsjahr um fast 1.000 Kunden auf rund 63.400 erhöht. Der Zinsüberschuss konnte trotz eines wettbewerbsintensiven Umfelds um 3,6 % gesteigert werden und lag bei 114 Mio. €. Das Geschäftsfeld profitierte wie im Vorjahr vom günstigen Verlauf der Kreditrisikoversorge. Der Provisionsüberschuss lag über dem Vorjahreswert, da im Jahr 2008 die Erträge der Exportfinanzierung erstmals im Segment Firmenkunden und nicht mehr im Segment Kapitalmarktgeschäft abgebildet wurden. Aus diesem Grund erhöhten sich auch die Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr, bereinigt um diesen Effekt wurde ein Rückgang verzeichnet. Das sonstige betriebliche Ergebnis erhöhte sich durch den Abgang eines Vermögensgegenstands in der Beteiligung HILOG.

Die weltweite Finanzkrise beeinträchtigte im Geschäftsjahr 2008 massiv die Aktivitäten und das Ergebnis des Segments **Kapitalmarktgeschäft**. Die Marktverwerfungen haben bei allen Aktivitäten des Segments Spuren hinterlassen – durch eingeschränkte Liquidität, massive Ausweitungen der Risikoaufschläge (Credit Spreads) und extreme Volatilität an den Zins- und Aktienmärkten. Dies führte zu Verlusten im Handel sowie zu Bewertungsverlusten auf Anlagepositionen infolge nicht mehr funktionierender Märkte. Die Erträge aus dem Kundengeschäft waren dagegen annähernd unverändert.

Die Entwicklung der Credit Spreads führte bei unseren diversen Investitionsstrategien (zum Beispiel Tender Option Program, Asset Backed Securities, Credit Investment Portfolio) zu erheblichen Bewertungsverlusten, die nur zu Teilen ergebniswirksam waren.

Trotz eines breiten Spektrums an Strategien und Portfolien haben auch die Handelsaktivitäten massiv gelitten, allerdings wurden hier durch rechtzeitige risikoreduzierende Maßnahmen die Verluste begrenzt. Die aufgetretenen Handels- und Bewertungsverluste konnten durch die stetigen, nicht volatilen Erträge aus dem Kundengeschäft und die Zinserträge aus den Investitionsstrategien nicht kompensiert werden.

Das operative Ergebnis des Kapitalmarktgeschäfts betrug –391 Mio. € und lag damit um –380 Mio. € unter dem des Vorjahres.

Aufgrund von Impairments auf Engagements bei Lehman Brothers, Washington Mutual, isländischen Banken und Fonds wurde das Ergebnis aus Finanzanlagen mit –293 Mio. € stark belastet (2007: –26 Mio. €).

Außerdem wurden durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers Zuführungen zu Wertberichtigungen auf das Kreditgeschäft notwendig. Die Risikoversorge im Kreditgeschäft erhöhte sich entsprechend und lag mit 53 Mio. € um 83 Mio. € über dem Vorjahreswert. Darin enthalten sind Wertberichtigungen auf verbriefte US-Hypothekendarlehen (CDO of ABS) sowie zu einem geringen Teil Länderwertberichtigungen für Risiken aus der Ukraine und Kasachstan.

Der Zinsüberschuss entwickelte sich außerordentlich positiv und wuchs, im Wesentlichen beruhend auf Geldhandelsaktivitäten, auf 381 Mio. € (+251 Mio. € gegenüber 2007).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten wurde insbesondere in der zweiten Jahreshälfte durch die hohen Kursverluste extrem belastet und erreichte –284 Mio. € (Vorjahr: –41 Mio. €).

Erstmalig wurde 2008 eine Ertragsverrechnung aus der Neuordnung der Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden (–14 Mio. €) durchgeführt. Der Provisionsüberschuss lag mit 30 Mio. € um 8 Mio. € unter dem Wert des Jahres 2007 (bereinigt um die oben genannte Ertragsverrechnung), was im Wesentlichen aus sinkenden Brokerage-Erträgen resultierte.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken durch konsequente Umsetzung der beschlossenen Sparmaßnahmen sowie der Neuordnung der Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden um 21 Mio. € auf 152 Mio. €.

Die Maßnahmen zur Kundengewinnung und Vertriebsintensivierung wurden 2008 kontinuierlich ausgebaut und führten zu einem nochmals erweiterten Kundenkreis. Im Zuge der Finanzkrise sank das ausstehende Zertifikatevolumen auf 2,3 Mrd. €. Der Bruttoabsatz in Zertifikaten belief sich per 31. Dezember 2008 auf 1,2 Mrd. €. Die LBB-INVEST konnte 2008 das Wachstum bei Spezial- und Publikumsfonds nicht fortsetzen. Das Fondsvolumen verminderte sich von 12,8 Mrd. € per 31. Dezember 2007 auf 10,3 Mrd. € per 31. Dezember 2008. Der Rückgang des Publikumsfondsvolumens auf 3,4 Mrd. € ist insbesondere auf Kursverluste an den Aktienmärkten zurückzuführen.

Im Auslandskreditgeschäft, das im Wesentlichen durch staatliche Exportkreditversicherungen (ECA) gedeckt ist, konnte das Kreditvolumen im Jahresverlauf deutlich ausgeweitet werden. Mit der Eskalation der Finanzkrise wurden im vierten Quartal die Limite und damit das Neugeschäft zurückgeführt. Die operativen Zins- und Provisionserträge lagen über dem Vorjahresergebnis.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erreichte im Berichtszeitraum ein erfreuliches operatives Ergebnis von 259 Mio. €, eine Steigerung von 5,3% gegenüber dem Vorjahr (246 Mio. € per 31. Dezember 2007). Der Saldo aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten stieg dabei um 33 Mio. €. Zur positiven Entwicklung der Kreditrisikoversorge trugen außerordentliche Auflösungen bei, die die Neubildung deutlich überstiegen. Der Provisionsüberschuss wurde gegenüber dem Vorjahr um 73,7% auf 33 Mio. € verbessert.

Das Neugeschäft übertraf trotz des schwierigen Marktumfelds mit rund 6,7 Mrd. € den Vorjahreswert von rund 6,6 Mrd. € (ohne Sondergeschäft in Höhe von 3,6 Mrd. €) nochmals. Die positive Neugeschäftsentwicklung der Vorjahre konnte durch die konsequente Nutzung von Marktchancen fortgesetzt werden. Die Neugeschäftsverteilung nach Objektnutzungsarten, Beleihungsgebieten und Kundensegmenten wie auch die Entwicklung der Neugeschäftsmargen entsprach den Zielen des Segments. An der risikobegrenzenden Strategie des Segments wurde weiterhin konsequent festgehalten.

Der Forderungsbestand gegenüber Kunden stieg im Kerngeschäft Immobilienfinanzierung im Berichtszeitraum um 1 Mrd. €. Im deutschen Markt hat sich das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung damit als einer der führenden Anbieter fest etabliert.

Im Segment **Sonstiges/Konsolidierung** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €).

Das operative Ergebnis verzeichnete im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 44 Mio. € auf –84 Mio. €. Die Anzahl der Mitarbeiterkapazitäten im Segment Sonstiges/Konsolidierung beträgt 2.513 gegenüber 2.083 im Vorjahr. Davon entfallen 1.158 (31. Dezember 2007: 1.190) auf die Zentralstäbe (inklusive Organisation und Informationstechnologie) und 1.332 auf Marktfolgefunktionen, zu denen neben der BankenService GmbH seit 1. Juli 2008 auch die Back-Office-Funktionen der Kreditbereiche der Geschäftsfelder Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung gehören. Zusätzlich gibt es noch einige Mitarbeiter in anderen, dem Segment Sonstiges/Konsolidierung zugeordneten Konzerngesellschaften. Die Umgliederung der Back-Office-Funktionen erklärt den Anstieg der Mitarbeiterkapazitäten per 31. Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahr. Entsprechend rückläufig sind die Mitarbeiterkapazitäten in den Geschäftsfeldern Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung. Durch die Rückverrechnung der Leistungen haben diese Umgliederungen keine Auswirkungen auf die Gesamtergebnisse der betroffenen Geschäftsfelder.

Allgemeine Angaben (Notes)

Ergebnisse der Segmente

in Mio. €	Private Kunden		Firmenkunden	
	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	1.1. – 31.12. 2008 ⁷⁾	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾
Zinsüberschuss	365	341	114	110
Risikovorsorge im Kreditgeschäft ¹⁾	37	26	-9	-25
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	328	315	123	135
Provisionsüberschuss	200	198	41	29
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen				
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten				
Ergebnis aus Finanzanlagen				
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	5	4		
Sonstiges betriebliches Ergebnis	4	9	28	6
Verwaltungsaufwendungen	412	409	92	88
davon Normalabschreibungen	13	12	2	4
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	125	117	100	82
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen				
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	125	117	100	82
Segmentvermögen ²⁾	4.972	4.031	5.355	5.863
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ²⁾	12.358	11.489	5.267	4.699
Risikopositionen KWG (Stichtag) ³⁾	3.334	2.652	3.130	4.234
Eigenmittelanforderungen nach SolV	267	k.A.	250	k.A.
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ^{1) 4)}	242	245	232	263
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag) ⁷⁾	2.330	2.255	293	636
Eigenkapitalrentabilität ^{1) 5)}	51,7 %	47,8 %	43,1 %	31,2 %
Cost-Income-Ratio ⁵⁾	71,8 %	74,1 %	50,3 %	60,7 %

¹⁾ Vorjahreszahlen: veränderter Ausweis des gebundenen Eigenkapitals und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft; siehe auch Erläuterungen unter „Notes 6“

²⁾ Segmentvermögen/-verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen

³⁾ 2008 nach SolV (12,5fache der Eigenmittelanforderungen); 2007 nach KWG

⁴⁾ Für den Konzern insgesamt wird das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen.

⁵⁾ gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

⁶⁾ 2007 inklusive Aufwand für Vergütung der stillen Einlagen; 2008 fiel kein Aufwand an.

⁷⁾ Back-Office der Kreditbereiche der Geschäftsfelder Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung werden ab 1. Juli 2008 unter „Sonstiges/Konsolidierung“ ausgewiesen; dadurch veränderter Ausweis der Mitarbeiterkapazitäten, aber keine Gesamtergebniswirkung aufgrund der Rückverrechnung auf die betroffenen Kundengeschäftsfelder.

Methodische Grundlagen und Änderungen nach IAS 8

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Die Berlin Hyp setzt zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos Derivate ein, deren Buchwertänderungen seit dem 1. Januar 2006 im Geschäftsfeld „Sonstiges/Konsolidierung“ abgebildet werden. Zinsinduzierte Veränderungen der Host Contracts aus trennungspflichtigen Emissionen werden zwischen den Segmenten „Kapitalmarktgeschäft“ und „Sonstiges/Konsolidierung“ ergebnisneutral verrechnet. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges/Konsolidierung“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten.

Die Risikopositionen bestehen 2007 aus den Risikoaktiva und den Marktrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG, für 2008 werden sie als das 12,5fache der Eigenmittelanforderungen nach SolV ausgewiesen. Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen

	Kapitalmarktgeschäft		Immobilienfinanzierung		Sonstiges / Konsolidierung ⁶⁾		KONZERN	
	1.1. – 31.12. 2008 ⁷⁾	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	1.1. – 31.12. 2008 ⁷⁾	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	1.1. – 31.12. 2008 ⁷⁾	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾
	381	130	319	259	68	-25	1.247	815
	53	-30	-37	-38	19	-1	63	-68
	328	160	356	297	49	-24	1.184	883
	30	52	33	19	-2	-1	302	297
	-4		-10	2	-4	1	-18	3
	-284	-41	21	48	-81	-52	-344	-45
	-293	-26	-7	8	-8	14	-308	-4
	-19	8			-4		-18	12
	3	9	-15	-6	119	101	139	119
	152	173	119	122	165	173	940	965
	7	8	8	9	32	33	62	66
	-391	-11	259	246	-96	-134	-3	300
					12	6	12	6
	-391	-11	259	246	-84	-128	9	306
	68.388	68.921	50.910	49.630	14.734	12.840	144.359	141.285
	64.546	58.106	41.356	40.367	19.709	24.424	143.236	139.085
	17.699	21.850	14.835	18.581	2.152	3.174	41.150	50.491
	1.416	k.A.	1.187	k.A.	172	k.A.	3.292	k.A.
	1.064	893	865	683	-147	753	2.256	2.837
	426	454	437	537	2.513	2.083	5.999	5.965
	neg.	neg.	29,9 %	36,0 %	0,0 %	0,0 %	0,4 %	10,8 %
	neg.	ü.100 %	34,9 %	37,0 %	0,0 %	0,0 %	94,0 %	80,6 %

Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern. Auf Konzernebene ist das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital die Bezugsbasis für die Eigenkapitalrentabilitätsberechnung.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen. Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

In der Segmentdarstellung für 2007 führte folgender Sachverhalt zu Anpassungen nach IAS 8:

- Das Verfahren zur Bestimmung der Wertaufholungen wertberichteter Forderungen wurde im Geschäftsjahr 2008 weiter verfeinert. Damit standen detailliertere Informationen zur Verfügung, die eine differenziertere Bewertung der Einzelfälle ermöglichten. Mit der Umsetzung dieses verfeinerten Verfahrens wurden ebenfalls Wertaufholungen identifiziert, welche den Jahren 2007 (14,8 Mio. €), 2006 (7,7 Mio. €) und 2005 (0,6 Mio. €) zuzuordnen sind. Die auf die Vorjahre entfallenden Beträge werden nach IAS 8.42 angepasst. Der das Geschäftsjahr 2007 betreffende Betrag führt zu Ausweisänderungen in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Segmente Immobilienfinanzierung (-6,2 Mio. €), Private Kunden (-5,5 Mio. €), Firmenkunden (-2,7 Mio. €) und Kapitalmarktgeschäft (-0,4 Mio. €).

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt ab 2008 auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals. In den Segmenten wird das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen 2007 wurden entsprechend angepasst.

Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlagen wird für 2007 im Segment „Sonstiges/Konsolidierung“ ausgewiesen, für 2008 ist kein Aufwand angefallen.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert sämtliche Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden nach ihrem Bilanzansatz teilweise mit fortgeführten Anschaffungskosten, teilweise zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstanfang von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden sowie Eigenkapital wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

7.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) dieses Berichts. Dort finden sich auch Angaben zu vorgenommenen zulässigen Änderungen bei der Einordnung in diese Kategorien (Umkategorisierungen).

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden (zum Beispiel auch ABS-Wertpapiere). In diesem Fall erfolgt der Ausweis unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien/Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall umkategorisierter Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bisher in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held-to-Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden seit diesem Geschäftsjahr erstmals Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus. Sie umfassen lediglich Neugeschäft – Umgliederungen in diese Kategorie fanden nicht statt.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held-for-Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Anlagebuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Anlagebuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung sowie laufende Zins-, Provisions- und Dividendenzahlungen werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die so genannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen und Aktienbestände angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbrieftete Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieftete Verbindlichkeiten und passivische Schulscheindarlehen angewendet, soweit diese durch derivative Geschäfte abgesichert, aber für ein wirksames Hedge Accounting gemäß IAS 39 ungeeignet sind, und somit ein Accounting Mismatch vorliegt.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst solche nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet worden sind. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, für die ein aktiver Markt existiert, der Kategorie AfS zugeordnet. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird mit Ausnahme von nicht notierten Eigenkapitaltiteln zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) ist die Neubewertungsrücklage unmittelbar zu korrigieren und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis zu berücksichtigen. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

7.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäft. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows, diskontiert mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Forderungen ausgewiesen.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und pauschalieren Einzelwertberichtigungen (pEWB) Rechnung.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) und Transferrisiken (Länderwertberichtigung) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der bereits einzelwertberichtigten Forderungen. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Die während des Geschäftsjahres durch Umgliederung (siehe hierzu Note 62) nunmehr zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente, welche zuvor zum Zeitwert bilanziert wurden, werden in die PoWB einbezogen. Deren Methodik wird auch nach Ausweitung der zu betrachtenden Bestände unverändert angewendet.

Pauschalieren Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung sowie Forderungsbestände mit Rechtsunsicherheiten werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die PoWB einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt Risikomanagement aufgeführt.

7.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagjobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

7.5 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held-for-Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Geschäfte des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Finanzinstrumente dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, sind gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten auszuweisen.

7.6 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Dabei handelt es sich meist um strukturierte Produkte, welche sich aus einem zinstragenden, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Basisvertrag sowie einem oder mehreren Derivaten zusammensetzen, wobei die Einzelbestandteile zu einer rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit verbunden sind.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate wurden im Konzern bei strukturierten Emissionen auf Eigenkapitaltitel sowie bei strukturierten Zinsemissionen mit inhärentem Bonitätsrisiko (Credit Linked Notes) identifiziert.

Kommt es zu einer Trennung, wird der Basisvertrag der Kategorie OL zugeordnet, mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen. Separierte Derivate hingegen sind Teil der Unterkategorie HfT, werden zum Fair Value bewertet und im Handelsbestand gezeigt. Strukturierte Finanzinstrumente, die eingebettete Derivate enthalten und nach dem 31. Dezember 2005 zuzugingen, wurden ausnahmslos als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente designiert. In diesem Falle wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

7.7 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Für dieses so genannte bilanzielle Hedge Accounting werden drei Abbildungskonzepte vorgeschlagen. Im Konzern kommen davon das Mikro Fair Value Hedging und das Makro Cashflow Hedging zur Anwendung.

Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wurde das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während der übrige – nicht vom abgesicherten Zinsrisiko verursachte – Teil der Wertänderung in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral erfasst wird.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value Hedges abhängt, hat der Konzern Effektivitätstests durchgeführt. Hierfür kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein so genannter Critical Term Match durchgeführt.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertveränderungen werden, soweit sie die der Grundgeschäfte nicht übersteigen (so genannter effektiver Teil), im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage Cashflow Hedges erfasst. Sofern die Summe der kumulierten Wertänderungen aus dem Sicherungsderivat die Summe der Wertveränderungen des Grundgeschäfts (so genannter ineffektiver Teil) übersteigt, wird diese Differenz erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich hierbei die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80–125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf wesentliche dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Schuldtiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

7.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert und entsprechend bewertet. Vereinbarte Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entlehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entlehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

7.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Finanzgarantien gegen Einmalzahlungen werden über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

8 Barreserve

Schuldtitle öffentlicher Stellen werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Alle anderen Bestände (Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken) werden zum Nennwert ausgewiesen.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

	31.12.2007	Zugänge	Abgänge	31.12.2008
Joint Ventures (IAS 31) – at Equity bewertet	1	0	0	1
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – at Equity bewertet	3	0	1	2
Spezial- und Publikumsfonds – at Equity bewertet	2	3	3	2
Gesamt	6	3	4	5

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögensgegenständen werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten (ohne Geschäfts- und Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- und Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasteten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleasten Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

14 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden – gemäß dem so genannten cost model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erfolgt, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

16 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssatz abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinst.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demografischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

17 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von 5 Jahren – unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung und eines für die Jahre 2 bis 5 vorgenommenen Sicherheitsabschlags – realisiert werden können. Dieses ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle Ergebnisplanung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen zurückliegender Jahre unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

18 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

19 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 2.554 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin Holding AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss der Holding einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) aus gesetzlichen Rücklagen (Aktiengesetz), zu –12 Mio. € (Vorjahr: –41 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu –94 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzt, sowie vereinzelt Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen. Im Berichtszeitraum wurden hierfür –130 Mio. € (Vorjahr: –32 Mio. €) erfasst; zugleich wurden –5 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) ausgebucht und erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

Mindestkapitalanforderungen

Die Zusammensetzung der internen Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wurde 2008 neu definiert und wird nunmehr auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich 70 % des Nachrangkapitals bestimmt. Per 31. Dezember 2008 ergab sich auf Ebene der Landesbank Berlin Holding eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 4.200 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2008 4.511 Mio. €.

Durch den Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und des DSGV ö.K. (Kommanditist) gehört die Holding aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Die aufsichtsrechtlichen Meldungen werden für die RVG abgegeben. Zusätzlich weisen wir Werte auf Ebene des Konzerns Landesbank Berlin Holding aus.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolV) ab. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 16,41 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 13,74 % nach Feststellung der Abschlüsse. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Die Aufgabe des im Jahr 2007 gegründeten Kapitalmanagement-Komitees besteht in erster Linie darin, konzernweit Maßnahmen zu koordinieren, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

Dividendenzahlung

Im Jahr 2008 wurde eine Dividende von 0,10 € je Aktie an die Aktionäre ausgeschüttet. Das entspricht einer Ausschüttungssumme von 100 Mio. €.

20 Außerbilanzielles Geschäft

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt werden. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	3.578	3.205	12
Zinserträge aus Finanzanlagen	2.092	1.868	12
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	46	25	84
Sonstige Zinserträge	1.203	1.112	8
Summe der Zinserträge	6.919	6.210	11
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	3.998	3.807	5
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	20	63	-68
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	2	-100
Sonstige Zinsaufwendungen	1.654	1.523	9
Summe der Zinsaufwendungen	5.672	5.395	5
Zinsüberschuss	1.247	815	53

In den sonstigen Zinserträgen/-aufwendungen sind Erträge in Höhe von 188 Mio. € (Vorjahr: 185 Mio. €) und Aufwendungen in Höhe von 659 Mio. € (Vorjahr: 632 Mio. €) enthalten, die aus erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) resultieren. Weiterhin sind hierin Zinserträge in Höhe von 1.015 Mio. € (Vorjahr: 927 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 995 Mio. € (Vorjahr: 891 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 69 Mio. € (Vorjahr: 109 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	274	449	-39
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	337	381	-12
Gesamt	63	-68	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Risikovorsorge resultiert aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	147	176	-16
Zahlungsverkehr / Kontoführung	116	115	1
Kreditgeschäft	48	35	37
Kartengeschäft	95	76	25
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	18	14	29
Sonstige Provisionserträge	15	13	15
Summe der Provisionserträge	439	429	2
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	43	53	-19
Zahlungsverkehr / Kontoführung	12	9	33
Kreditgeschäft	9	7	29
Kartengeschäft	53	45	18
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	15	14	7
Sonstige Provisionsaufwendungen	5	4	25
Summe der Provisionsaufwendungen	137	132	4
Provisionsüberschuss	302	297	2

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 193 Mio. € (Vorjahr: 223 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 61 Mio. € (Vorjahr: 63 Mio. €) enthalten, die aus erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) resultieren.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2008 noch 2007 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	83	-67	> 100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-101	70	< -100
Gesamt	-18	3	< -100

Hierin enthalten sind Bewertungsergebnisse aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accounting erfüllen.

Aus Makro Cashflow-Hedges kann modellbedingt kein als Ineffektivität zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung von Derivaten in Makro Cashflow-Hedges entstehen.

Darüber hinaus kommt im Konzern kein Hedge Accounting zur Anwendung.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	102	-373	> 100
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	-446	328	< -100
Gesamt	-344	-45	< -100

Die Teilergebnisse gliedern sich wie folgt auf:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Nichthandelsbuch-Derivate. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	-357	161	< -100
Bewertungsergebnis aus Passiva	-89	167	< -100
Gesamt	-446	328	< -100

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	-14	37	< -100
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	19	59	-68
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	33	22	50
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-294	-41	< -100
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	12	3	> 100
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	306	44	> 100
Gesamt	-308	-4	< -100

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen -288 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und -20 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 20 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 286 Mio. € (Vorjahr: 42 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS) sowie -0,1 Mio. € auf Finanzanlagen der Kategorie HtM.

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein so genanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Ergebnis der Kategorien LaR, AfS, HtM und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

- Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf 538 Mio. € (Vorjahr: –71 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.
- Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt –35 Mio. € (Vorjahr: –125 Mio. €). Enthalten sind –288 Mio. € (Vorjahr: –6 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden –766 Mio. € (Vorjahr: –434 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Vor Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von –478 Mio. € (vgl. Entwicklung des Konzerneigenkapitals).
- Das Nettoergebnis der Kategorie HtM umfasst nur den auf HtM-Instrumente entfallenden Teil des Finanzanlageergebnisses und beläuft sich auf –0,1 Mio. €.
- Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf –789 Mio. € (Vorjahr: 161 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Bewertungsergebnis	–23	9	< –100
Laufendes Ergebnis	5	3	67
Gesamt	–18	12	< –100

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	29	18	61
Ergebnis aus Investment Properties	7	7	0
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	1	–17	> 100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	35	33	6
IT-Erträge	13	12	8
Entkonsolidierungserfolge	–5	4	< –100
Sonstige Steueraufwendungen	5	–4	> 100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	64	58	10
Gesamt	139	119	17

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Veräußerungsergebnisse von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR. Zudem sind hier Erträge aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen erfasst.

Die Position „Sonstige Steueraufwendungen“ beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der verleasten Gegenstände beträgt 36 Mio. €.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	1	4	-75
über ein Jahr bis fünf Jahre	3	4	-25
über fünf Jahre	0	1	-100
Gesamt	4	9	-56

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Personalaufwendungen	492	511	-4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	62	66	-6
Andere Verwaltungsaufwendungen	386	388	-1
Gesamt	940	965	-3

Personalaufwendungen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	365	389	-6
Soziale Abgaben	56	60	-7
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	71	62	15
Gesamt	492	511	-4

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert):

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	37	37	0
Planmäßige Abschreibungen	37	37	0
Wertminderungen	0	0	0
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	25	29	-14
Planmäßige Abschreibungen	25	29	-14
Wertminderungen	0	0	0
Gesamt	62	66	-6

Andere Verwaltungsaufwendungen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	63	69	-9
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	158	153	3
Werbung und Marketing	24	28	-14
Geschäftsbetriebskosten	66	60	10
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	51	57	-11
Personalabhängige Sachkosten	18	15	20
Sonstige	2	2	0
Gesamt	386	388	-1

Das im Geschäftsjahr 2008 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
für Jahresabschlussprüfungen	6	5	20
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	2	3	-33
Gesamt	8	8	0

In den sonstigen Bestätigungs- und Bewertungsleistungen sind überwiegend projektbegleitende Bestätigungsleistungen enthalten.

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeiten in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
bis ein Jahr	23	23	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	70	71	-1
über fünf Jahre	27	21	29
Gesamt	120	115	4

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 1 Mio. €.

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 32 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2008 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	18	11	64
Restrukturierungsaufwendungen	6	5	20
Gesamt	12	6	100

31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die diesen Organkreisen nicht angehören.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	-28	-10	< -100
Latente Steuern	8	86	-91
Gesamt	-20	76	< -100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die tatsächlichen Steuererträge basieren auf außerordentlichen Erträgen in Höhe von 60 Mio. €, denen hauptsächlich Aufwendungen aus laufenden Ertragsteueraufwendungen in Höhe von 18 Mio. € der Holding und 13 Mio. € der Berlin Hyp gegenüberstehen.

Die Auflösung von temporären Differenzen führte zu dem Aufwand aus latenten Steuern. Dem steht zum großen Teil ein gegenläufiger Effekt in fast gleicher Höhe durch die zusätzliche Bildung aktiver latenter Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge gegenüber.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	2008	2007
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	9	306
Konzernertragsteuersatz	30,2 %	38,9 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	3	119
1. Steuerfreie Erträge	-29	-24
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	68	39
3. Abweichende Gewerbesteuer	5	10
4. Steuersatzabweichungen	4	1
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	-12	-241
6. Effekte aus Änderungen des Steuersatzes	0	220
7. Nicht abzugsfähige Ertrag- oder Quellensteuer	2	2
8. Aperiodische Effekte	-60	-48
9. Sonstiges	-1	-2
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / Steuerertrag (-)	-20	76
Effektiver Steuersatz	-222,2 %	24,8 %

Infolge des Unternehmensteuerreformgesetzes vom 14. August 2007 sind in Deutschland ab 2008 neue Ertragsteuersätze anzuwenden. Bei der Berechnung der latenten Steuern des Vorjahres wurden diese neuen Steuersätze bereits angewendet.

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden. Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die nach § 8b Abs. 2 und 3 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen und Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung an das Land Berlin zu leisten sind.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12 % und 30 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund des Unterschieds zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit der zusätzlichen Aktivierung latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge aufgrund der verbesserten Planergebnisse der Mittelfristplanung.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 1.358 Mio. € (Vorjahr: 1.132 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 764 Mio. € (Vorjahr: 766 Mio. €) wurden latente Steuern in Höhe von insgesamt 358 Mio. € (Vorjahr: 294 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 32 Mio. € aufgelöst (Vorjahr: 23 Mio. €). Dies betraf, wie im Vorjahr, die LBB Holding AG und Berlin Hyp sowie in diesem Jahr zusätzlich noch die HILOG. Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verluste in Höhe von 2.107 Mio. € (Vorjahr: 2.307 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 2.496 Mio. € (Vorjahr: 2.723 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, steuerfreie Betriebsstätten-ergebnisse und § 8 GewStG). Die im Konzern der Holding bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt. Abschreibungen auf latente Steuern waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt 207 Mio. € (Vorjahr: 77 Mio. €). Diese entfällt mit 171 Mio. € (Vorjahr: 82 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit 36 Mio. € (Vorjahr: –5 Mio. €) auf die Rücklage für Cashflow-Hedges.

Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81(f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Das Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 2 KStG beträgt nominal 3,1 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €). In dem Zeitraum bis 2017 wird der Restbetrag in acht gleichen Jahresbeträgen ausgezahlt werden. Der Endbetrag an EK02 beträgt 0 Mio. €.

32 Ergebnis je Aktie

	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2007 ¹⁾	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	17	211	–92
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	999.327.870	0
Gewinn je Aktie (€)	0,02	0,21	–92

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2008 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Kassenbestand	455	503	- 10
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.272	483	> 100
Gesamt	1.727	986	75

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 1.246 Mio. € (Vorjahr: 451 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Das Mindestreserve-Soll zum Bilanzstichtag betrug 563 Mio. € (Vorjahr: 495 Mio. €).

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	14.839	16.751	- 11
täglich fällig	2.154	2.936	-27
bis drei Monate	7.098	9.824	-28
über drei Monate bis ein Jahr	5.587	3.879	44
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	109	-100
über fünf Jahre	0	3	-100
Darlehen	1.894	2.362	-20
bis drei Monate	323	604	-47
über drei Monate bis ein Jahr	529	717	-26
über ein Jahr bis fünf Jahre	950	1.027	-7
über fünf Jahre	92	14	>100
Schuldscheindarlehen	1.982	2.969	-33
bis drei Monate	161	242	-33
über drei Monate bis ein Jahr	697	795	-12
über ein Jahr bis fünf Jahre	609	1.265	-52
über fünf Jahre	515	667	-23
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	7	7	0
bis drei Monate	1	1	0
über drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	2	0
über fünf Jahre	4	4	0
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	2.923	3.050	-4
bis drei Monate	646	180	>100
über drei Monate bis ein Jahr	468	698	-33
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.072	1.484	-28
über fünf Jahre	737	688	7
Andere Forderungen	422	848	-50
täglich fällig	352	432	-19
bis drei Monate	0	265	-100
über drei Monate bis ein Jahr	4	76	-95
über ein Jahr bis fünf Jahre	37	18	>100
über fünf Jahre	29	57	-49
Gesamt LaR	22.067	25.987	-15
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	302	527	-43
bis drei Monate	123	59	>100
über drei Monate bis ein Jahr	63	176	-64
über ein Jahr bis fünf Jahre	116	292	-60
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	302	527	-43
Gesamt	22.369	26.514	-16

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 21.929 Mio. € (Vorjahr: 26.005 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 440 Mio. € (Vorjahr: 509 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2008 Wertberichtigungen in Höhe von 18 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €). Die Aufgliederung der Forderungen wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

Angaben zur Bilanz (Notes)

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	2.885	3.349	- 14
täglich fällig	1.616	1.928	- 16
bis drei Monate	1.078	1.305	- 17
über ein Jahr bis fünf Jahre	191	116	65
Darlehen	11.241	8.981	25
bis drei Monate	581	570	2
über drei Monate bis ein Jahr	1.187	1.179	1
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.886	2.945	32
über fünf Jahre	5.587	4.287	30
Schuldscheindarlehen	358	387	- 7
bis drei Monate	114	1	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	125	140	- 11
über ein Jahr bis fünf Jahre	48	53	- 9
über fünf Jahre	71	193	- 63
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	15.248	14.545	5
bis drei Monate	3.196	2.402	33
über drei Monate bis ein Jahr	1.710	2.167	- 21
über ein Jahr bis fünf Jahre	6.406	6.099	5
über fünf Jahre	3.936	3.877	2
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen	1.660	1.808	- 8
bis drei Monate	52	53	- 2
über drei Monate bis ein Jahr	71	96	- 26
über ein Jahr bis fünf Jahre	406	374	9
über fünf Jahre	1.131	1.285	- 12
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	6.580	6.531	1
bis drei Monate	539	765	- 30
über drei Monate bis ein Jahr	47	710	- 93
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.894	1.362	39
über fünf Jahre	4.100	3.694	11
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	6.862	8.655	- 21
bis drei Monate	1.453	1.998	- 27
über drei Monate bis ein Jahr	1.106	1.359	- 19
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.022	2.366	- 15
über fünf Jahre	2.281	2.932	- 22
Andere Forderungen	1.043	787	33
täglich fällig	554	429	29
bis drei Monate	114	9	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	17	57	- 70
über ein Jahr bis fünf Jahre	304	289	5
über fünf Jahre	54	3	> 100
Gesamt LaR	45.877	45.043	2
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	1.585	1.983	- 20
bis drei Monate	281	76	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	360	370	- 3
über ein Jahr bis fünf Jahre	639	1.089	- 41
über fünf Jahre	305	448	- 32
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	1.585	1.983	- 20
Gesamt	47.462	47.026	1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 46.315 Mio. € (Vorjahr: 46.984 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 1.147 Mio. € (Vorjahr: 42 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2008 Wertberichtigungen in Höhe von 1.227 Mio. € (Vorjahr: 1.402 Mio. €).

Die Aufgliederung der Forderungen wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (ausschließlich in der Kategorie Loans and Receivables):

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	18	9	100
Forderungen an Kunden	1.227	1.402	-12
Gesamt	1.245	1.411	-12

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Risikovorsorge	1.245	1.411	-12
zuzüglich Rückstellungen	24	35	-31
Gesamt	1.269	1.446	-12

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberichtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Angaben zur Bilanz (Notes)

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen				Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		2008	2007	2008	2007
	2008	2007	2008	2007				
Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung	2	1	1.114	1.224	111	386	115	119
Konsolidierungskreisänderung	0	0	0	1	7	0	0	1
Stand 1.1.	2	1	1.114	1.225	118	386	115	120
Zuführungen	6	1	237	273	37	33	25	0
Abgänge								
Inanspruchnahmen	0	0	186	191	10	86	0	0
Auflösungen	0	0	166	227	11	70	0	6
Unwinding	0	0	67	105	2	4	0	0
Wechselkursveränderungen / Umbuchungen	0	0	-68	139	40 ²⁾	-148	0	1
Stand 31.12.	8	2	864	1.114	172	111	140	115
Stand 31.12. nach Forderungsarten:								
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	273	306				
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen (LaR)	0	0	71	101				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	0	0				
Kommunalkredite anderer KI (LaR)	0	0	0	0				
Andere Forderungen (LaR)	8	2	520	707				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (AfS)	0	0	0	0				
Andere Forderungen (AfS)	0	0	0	0				

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ Es ergaben sich aufgrund von Neuordnungen von Konten Anpassungen im Ausweis zwischen den Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen.

Angaben zur Bilanz (Notes)

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	653	378	73
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	96	19	> 100
Gesamt	749	397	89

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Handelsaktiva	14.472	10.231	41
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	3.823	3.406	12
Gesamt	18.295	13.637	34

Handelsaktiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.056	2.713	-61
Geldmarktpapiere	0	53	-100
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.056	2.660	-60
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	515	1.568	-67
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	10.330	4.927	> 100
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.571	1.023	> 100
Gesamt	14.472	10.231	41

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	96	198	591	171	1.056
Anleihen und Schuldverschreibungen	96	198	591	171	1.056
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	515	515
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	708	916	4.778	3.928	10.330
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	45	213	980	1.333	2.571
Gesamt	849	1.327	6.349	5.947	14.472

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	52	51	2
Finanzanlagen	3.771	3.355	12
Gesamt	3.823	3.406	12

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2008 beträgt 52 Mio. € (Vorjahr: 51 Mio. €); Kreditderivate oder Ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Forderungen an Kunden	0	0	0	52	52
Finanzanlagen	99	103	1.778	1.791	3.771
Gesamt	99	103	1.778	1.843	3.823

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2008 auf –50 Mio. € (Vorjahr: –60 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen –118 Mio. € (Vorjahr: –51 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen und Finanzanlagen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
LaR	42.940	5.341	> 100
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42.930	5.341	> 100
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10	0	x
AfS	6.201	45.355	–86
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.935	44.763	–87
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	162	423	–62
Beteiligungen	102	165	–38
Verbundene Unternehmen	2	4	–50
HtM	1.325	0	x
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.325	0	x
Gesamt	50.466	50.696	0

Die Veränderungen zwischen den Kategorien LaR und AfS beruhen auf einer im vierten Quartal 2008 erfolgten Umkategorisierung (für Details hierzu siehe Note 62.1)

Angaben zur Bilanz (Notes)

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
LaR					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.742	6.327	22.104	10.757	42.930
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	10	0	10
AfS					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90	214	3.861	1.770	5.935
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	0	0	160	162
Beteiligungen				102	102
Verbundene Unternehmen				2	2
HTM					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	694	631	1.325
Gesamt	3.834	6.541	26.669	13.422	50.466

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2008	2007	2008	2007
Buchwert 1.1.	165	275	4	12
Zugänge	23	2	0	1
Abgänge	84	73	2	7
Umbuchungen	0	-5	0	0
Abschreibungen	2	20	0	2
Wertminderungen	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Veränderung aus der Fair Value-Bewertung	0	-14	0	0
Buchwert 31.12.	102	165	2	4

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 16 (Vorjahr: 18) assoziierte Unternehmen und Joint Ventures, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, enthalten. Deren Bewertung erfolgt nach IAS 39 zu Anschaffungskosten.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	527	382	38
Summe der Verpflichtungen	512	325	58
Erträge	276	256	8
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	8	8	0

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 2 (Vorjahr: 3) assoziierte Unternehmen und 1 (Vorjahr: 1) Joint Venture sowie 2 (Vorjahr: 2) Fonds nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	71	68	4
Anteile an sonstigen Unternehmen	27	61	-56
Gesamt	98	129	-24

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	8.011	7.962	1
Summe der Verpflichtungen	7.563	7.458	1
Erträge	446	542	-18
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	10	41	-76

41 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	592	595	-1
Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	4	6	-33
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	54	64	-16
Gesamt	650	665	-2

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 0,3 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 0,3 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Angaben zur Bilanz (Notes)

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Buchwert 1.1.	595	571	6	8	64	71	665	650
Zugänge	0	0	0	1	14	16	14	17
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	24	0	0	0	4	0	28
Zugänge aus unternehmensinterner Entwicklung	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	1	1	1	1
Umbuchungen	-3	0	0	0	0	0	-3	0
Abschreibungen	0	0	2	3	23	26	25	29
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	592	595	4	6	54	64	650	665

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 268 Mio. € (Vorjahr: 255 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 185 Mio. € und zum Ende der Periode auf 210 Mio. €.

42 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	443	448	-1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	135	135	0
Gesamt	578	583	-1

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 326 Mio. € (Vorjahr: 329 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Buchwert 1.1.	448	473	135	140	583	613
Zugänge	19	-6	30	23	49	17
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0
Abgänge	1	0	5	4	6	4
Umbuchungen	-4	-20	-1	0	-5	-20
Abschreibungen	13	14	23	24	36	38
Wertminderungen	0	0	1	0	1	0
Wertaufholungen	0	17	0	0	0	17
Effekte aus Wechselkursänderungen	-6	-2	0	0	-6	-2
Buchwert 31.12.	443	448	135	135	578	583

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 532 Mio. € (Vorjahr: 537 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 89 Mio. € und zum Ende der Periode auf 89 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 346 Mio. € (Vorjahr: 386 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 251 Mio. € und zum Ende der Periode auf 211 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	1	1	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	64	81	-21
Gesamt	65	82	-21

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 16 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Investment Properties	
	2008	2007
Buchwert 1.1.	82	83
Zugänge	0	-1
Zugänge – nachträgliche Anschaffungskosten	0	0
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0
Abgänge	8	21
Umbuchungen	-6	20
Abschreibungen	2	3
Wertminderungen	3	0
Wertaufholungen	2	4
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Buchwert 31.12.	65	82

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 176 Mio. € (Vorjahr: 194 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 112 Mio. € und zum Ende der Periode auf 111 Mio. €. Fair Values konnten wegen fehlender aktueller Marktdaten nicht ermittelt werden.

44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	99	85	16
Latente Steuern	913	793	15
Gesamt	1.012	878	15

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist.

Angaben zur Bilanz (Notes)

Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	443	622	-29
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	4	1	> 100
Finanzanlagen	603	194	> 100
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	6	6	0
Sonstige Aktiva	27	6	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7	18	-61
Verbriefte Verbindlichkeiten	75	35	> 100
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	348	153	> 100
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	3.655	1.914	91
Rückstellungen	128	132	-3
Nachrangkapital	52	38	37
Sonstige Passiva	89	34	> 100
Verlustvorräte	358	294	22
Zwischensumme	5.795	3.447	68
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	-4.882	-2.654	84
Gesamt	913	793	15

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise für den jeweiligen Organkreis eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.960	1.774	67
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38	59	-36
Rechnungsabgrenzung	17	8	> 100
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	1	2	-50
Übrige	58	72	-19
Gesamt	3.074	1.915	61

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	11	8	38
Finanzielle Vermögenswerte	59	58	2
Abgangsgruppen	1	0	x
Gesamt	71	66	8

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen soll im Jahre 2009 erfolgen.

Unter den „zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ bestand kein Abwertungsbedarf.

Die Ende 2007 ausgewiesenen fremdgenutzten Grundstücke und Gebäude wurden bis auf ein Objekt im Laufe des Jahres 2008 veräußert; sechs Immobilien wurden während dieses Zeitraums neu als veräußerbar klassifiziert, von denen zum Jahresende bereits zwei veräußert wurden. Hierfür wurde eine Wertberichtigung von 1 Mio. € im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Die finanziellen Vermögenswerte betreffen sechs Beteiligungen, von denen zwei bereits Ende 2007 als zur Veräußerung verfügbar ausgewiesen wurden; hierfür liegen Kaufangebote vor – die Verhandlungen dauern aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände noch an. Diese Vermögenswerte sind in den Segmenten „Immobilienfinanzierung“ beziehungsweise „Sonstiges“ enthalten.

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern eine Abgangsgruppe bestimmt, die dem Segment „Private Kunden“ zugeordnet ist. Dabei handelt es sich um Vermögenswerte im Zusammenhang mit dem beschlossenen Verkauf des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	41.280	44.405	- 7
täglich fällig	850	372	> 100
bis drei Monate	34.619	40.908	- 15
über drei Monate bis ein Jahr	5.811	3.099	88
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	7	- 100
über fünf Jahre	0	19	- 100
Begebene Namensschuldverschreibungen	290	385	- 25
bis drei Monate	62	28	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	0	112	- 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	93	134	- 31
über fünf Jahre	135	111	22
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	2.051	2.433	- 16
bis drei Monate	115	192	- 40
über drei Monate bis ein Jahr	880	402	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	569	1.271	- 55
über fünf Jahre	487	568	- 14
Namenspfandbriefe	1.047	1.725	- 39
bis drei Monate	291	86	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	301	668	- 55
über ein Jahr bis fünf Jahre	404	781	- 48
über fünf Jahre	51	190	- 73
Andere Verbindlichkeiten	1.282	1.738	- 26
täglich fällig	208	525	- 60
bis drei Monate	75	175	- 57
über drei Monate bis ein Jahr	99	90	10
über ein Jahr bis fünf Jahre	473	465	2
über fünf Jahre	427	483	- 12
Gesamt	45.950	50.686	- 9

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 41.201 Mio. € (Vorjahr: 47.302 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 4.749 Mio. € (Vorjahr: 3.384 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Darüber hinaus sind 272 Mio. € (Vorjahr: 348 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

Angaben zur Bilanz (Notes)

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	11.997	10.390	15
täglich fällig	7.758	7.012	11
bis drei Monate	3.701	3.190	16
drei Monate bis ein Jahr	531	180	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	7	8	- 12
Spareinlagen	7.510	7.033	7
bis drei Monate	7.454	6.964	7
über drei Monate bis ein Jahr	5	14	- 64
über ein Jahr bis fünf Jahre	47	50	- 6
über fünf Jahre	4	5	- 20
Begebene Namensschuldverschreibungen	4.806	3.830	25
bis drei Monate	581	167	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	47	71	- 34
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.076	1.247	- 14
über fünf Jahre	3.102	2.345	32
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	5.374	5.205	3
bis drei Monate	185	126	47
über drei Monate bis ein Jahr	571	278	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.640	1.687	- 3
über fünf Jahre	2.978	3.114	- 4
Namenspfandbriefe	961	1.218	- 21
bis drei Monate	73	114	- 36
über drei Monate bis ein Jahr	236	249	- 5
über ein Jahr bis fünf Jahre	346	647	- 47
über fünf Jahre	306	208	47
Andere Verbindlichkeiten	2.072	1.876	10
täglich fällig	1.335	1.046	28
bis drei Monate	59	98	- 40
über drei Monate bis ein Jahr	23	71	- 68
über ein Jahr bis fünf Jahre	106	78	36
über fünf Jahre	549	583	- 6
Gesamt	32.720	29.552	11

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 31.858 Mio. € (Vorjahr: 29.439 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 862 Mio. € (Vorjahr: 113 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Insgesamt sind darin 344 Mio. € (Vorjahr: 309 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 342 Mio. € (Vorjahr: 345 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/ Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 51 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 616 Mio. € (Vorjahr: 618 Mio. €).

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
bis ein Jahr	58	58	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	241	243	- 1
über fünf Jahre	950	904	5
Gesamt	1.249	1.205	4

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
bis ein Jahr	2	2	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	50	50	0
über fünf Jahre	563	522	8
Gesamt	615	574	7

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
bis ein Jahr	56	56	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	191	193	- 1
über fünf Jahre	387	382	1
Gesamt	634	631	0

Die bedingten Mietzahlungen des Geschäftsjahres betragen 2 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 37 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	29.540	30.035	- 2
Hypothekendarlehen	7.887	6.625	19
Öffentliche Darlehen	13.838	15.291	- 10
Sonstige Schuldverschreibungen	7.815	8.119	- 4
Sonstige verbrieft verbundene Verbindlichkeiten	286	482	- 41
Gesamt	29.826	30.517	- 2

In den sonstigen Schuldverschreibungen sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) und eigene Akzepte enthalten.

Angaben zur Bilanz (Notes)

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
bis drei Monate	3.259	2.289	42
über drei Monate bis ein Jahr	2.021	5.417	-63
über ein Jahr bis fünf Jahre	16.126	12.912	25
über fünf Jahre	8.420	9.899	-15
Gesamt	29.826	30.517	-2

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2008 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

	Gattung	Währung	Nominal (in Mio. WE)
Emissionen	Anleihen	EUR	5.025
Rückzahlungen	Geldmarktpapiere	GBP	95
	Anleihen	EUR	8.014
	Anleihen	DEM	230
Rückkäufe	Anleihen	EUR	250

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank. Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 546 Mio. € (Vorjahr: 528 Mio. €).

Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	857	555	54
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	483	430	12
Gesamt	1.340	985	36

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Handelspassiva	13.423	7.774	73
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	13.674	14.119	-3
Gesamt	27.097	21.893	24

Handelsspassiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	274	811	-66
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	10.403	5.432	92
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.746	1.531	79
Gesamt	13.423	7.774	73

Gliederung der Handelsspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	187	5	71	11	274
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	445	1.000	4.787	4.171	10.403
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	34	151	1.083	1.478	2.746
Gesamt	666	1.156	5.941	5.660	13.423

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	624	465	34
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.066	873	22
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.802	12.604	-6
Nachrangkapital / Hybridkapital	182	177	3
Gesamt	13.674	14.119	-3

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21	160	338	105	624
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19	102	355	590	1.066
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.104	345	6.097	4.256	11.802
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	77	105	182
Gesamt	1.144	607	6.867	5.056	13.674

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2008 auf -93 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen -41 Mio. € (Vorjahr: -49 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem höheren Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf -342 Mio. € (Vorjahr: -809 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von -591 Mio. € (Vorjahr: -612 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

Angaben zur Bilanz (Notes)

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	844	842	0
Sonstige Rückstellungen	324	428	-24
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	15	21	-29
Restrukturierungsrückstellungen	46	63	-27
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	24	35	-31
Übrige Rückstellungen	239	309	-23
Gesamt	1.168	1.270	-8

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen betreffen den Verkauf der Berliner Bank. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft beziehen sich überwiegend auf Avale. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personal, Drohverluste, Prozesskosten, Rückbaukosten und sonstige Steuern enthalten.

Sämtliche Rückstellungen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr. Lediglich die in den übrigen Rückstellungen enthaltenen Beträge für Personal und sonstige Steuern sind in der Regel innerhalb eines Jahres fällig.

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2008 28 Mio. € (Vorjahr: 101 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsdefinierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 555 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 595 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (BerlinHyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (BerlinHyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine/Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalles in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt; Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles errechnet.

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen/freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2008 erhielten noch 880 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2008 rund 20,4 Mio. € (Vorjahr: rund 22,7 Mio. €).

Angaben zur Bilanz (Notes)

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

	31.12.2008	31.12.2007
Rechnungszins	5,80 %	5,70 %
Gehaltstrend	3,00 % – 3,50 %	2,50 % – 3,00 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 % – 3,00 %	1,00 % – 3,00 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 % – 3,00 %	1,00 % – 2,50 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	4,20 %	4,93 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	5,00 %	5,00 %
Bis Alter 40	3,00 %	3,00 %
Bis Alter 50	1,00 %	1,00 %
Ab Alter 50	0,00 %	0,00 %

In der Festlegung des Rechnungszinses sind die Entwicklungen auf dem Finanzmarkt berücksichtigt worden. Die durchgeführten Anpassungen der in den iBoxx-Indizes für Corporates enthaltenen Wertpapiere zum 2. Januar 2009 aufgrund anstehender Rating-Downgrades aus dem Berichtsjahr, in deren Ergebnis die Renditen generell gefallen sind, wurden in die Ermittlung des Rechnungszinses zum Stichtag mit einbezogen. Somit gibt es nur einen geringen Anstieg des Zinssatzes von 5,7 % auf 5,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Finanzmarktkrise einen Anstieg des Credit Spreads auch bei hochwertigen Anleihen und damit einen erhöhten Rechnungszinssatz zur Folge haben werden. Im Ergebnis sinkt der Barwert der Pensionsverpflichtung und erhöht das Eigenkapital.

Demografische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellung für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	25	26
abzüglich Fair-Value-Planvermögenswerten	-20	-23
	5	3
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	839	839
Gesamt	844	842

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2008	2007
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	842	920
Laufender Dienstaufwand	18	23
Nachzuerrechnender Dienstaufwand	-	-7
Zinsaufwand	48	42
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-35	-34
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	0
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	-28	-101
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	844	842

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2008	2007
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	865	946
Laufender Dienstzeitaufwand	18	23
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–7
Zinsaufwand	48	42
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	–38	–37
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	0
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	–29	–102
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	864	865

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern um 2 Mio. € auf 844 Mio. € (Vorjahr: 842 Mio. €).

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2008	2007
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	75,6	74,2
Nicht festverzinslich	4,8	4,5
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	15,5	16,9
Ausland	2,0	3,7
Bankguthaben	2,1	0,7
Übriges Vermögen	0,0	0,0
Gesamt	100,0	100,0

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (20,2 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2008	2007
Fair Value des Planvermögens zum 1.1.	23	26
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	–1	–1
Rentenzahlungen	–3	–3
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	20	23

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 634 T€ (Vorjahr: –81 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €), jedoch keine nicht festverzinslichen Wertpapiere (Vorjahr: 0,1 Mio. €) enthalten.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2008	2007
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste		
Geschäftsjahr	28	101
Kumuliert Vorjahre	–42	–143
Gesamt	–14	–42

Angaben zur Bilanz (Notes)

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2008	2007
Laufender Dienstzeitaufwand	18	23
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–7
Zinsaufwand	48	42
Erwartete Erträge aus Planvermögen	–1	–1
Gesamt	65	57

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen maximal vier Jahre:

in Mio. €	2008	2007	2006	2005
Pensionsverpflichtung (DBO)	864	865	946	943
Planvermögen	20	23	26	28
Überschuss des Plans	844	842	920	915
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	28	101	–20 ¹⁾	–86
in %				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	2,0	12,5 ²⁾	–0,75	
Planvermögen	–2,0	–5,0	1,4	

¹⁾ ohne Berücksichtigung Berliner Bank

²⁾ betrifft nahezu ausschließlich die Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2009	2008
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	–36	–34

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2008 ein Rechnungszins von 5,2% (Vorjahr: 4,8%) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	2008	2007
Stand zum 1.1.	428	543
Zuführungen	42	129
Inanspruchnahme	82	144
Auflösungen	67	122
Umbuchungen	0	15
Änderung Konsolidierungskreis	–1	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	–1	0
Aufzinsungseffekte	5	7
Stand zum 31.12.	324	428

Davon: Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	2008	2007
Stand zum 1.1.	21	32
Zuführungen	0	0
Inanspruchnahme	0	6
Auflösungen	7	6
Umbuchungen	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0
Aufzinsungseffekte	1	1
Stand zum 31.12.	15	21

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

in Mio. €	2008	2007
Stand zum 1.1.	63	81
Zuführungen	4	1
Inanspruchnahme	7	8
Auflösungen	11	8
Umbuchungen	-5	-6
Änderung Konsolidierungskreis	0	0
Aufzinsungseffekte	2	3
Stand zum 31.12.	46	63

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	2008	2007
Stand zum 1.1.	35	74
Zuführungen	2	14
Inanspruchnahme	1	10
Auflösungen	13	46
Umbuchungen	1	3
Änderung Konsolidierungskreis	0	0
Stand zum 31.12.	24	35

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	2008	2007
Stand zum 1.1.	309	356
Zuführungen	36	114
Inanspruchnahme	74	120
Auflösungen	36	62
Umbuchungen	4	18
Änderung Konsolidierungskreis	-1	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	-1	0
Aufzinsungseffekte	2	3
Stand zum 31.12.	239	309

Angaben zur Bilanz (Notes)

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	157	199	- 21
Latente Steuern	33	32	3
Gesamt	190	231	- 18

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	7	16	- 56
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	228	110	> 100
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	3.540	1.719	> 100
Finanzanlagen	66	11	> 100
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	109	114	- 4
Sonstige Aktiva	0	153	- 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	792	441	80
Verbriefte Verbindlichkeiten	139	86	62
Rückstellungen	5	3	67
Sonstige Passiva	29	33	- 12
Zwischensumme	4.915	2.686	83
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	- 4.882	- 2.654	84
Gesamt	33	32	3

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise des jeweiligen Organträgers unter Berücksichtigung von ausländischen Betriebsstätten eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.733	675	> 100
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	71	69	3
Rechnungsabgrenzungsposten	43	98	- 56
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	3	4	- 25
Übrige	65	172	- 62
Gesamt	1.915	1.018	88

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

55 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	1	-100
Übrige	83	0	x
Gesamt	83	1	> 100

Der ausgewiesene Posten enthält Verbindlichkeiten des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A. Die Veräußerung dieses Privatkundengeschäfts wurde mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 beschlossen.

56 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.446	2.459	-1
bis drei Monate	927	23	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	220	224	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	825	1.948	-58
über fünf Jahre	474	264	80
Genussrechtskapital	4	4	0
bis drei Monate	4	4	0
Stille Einlagen	687	700	-2
über fünf Jahre	687	700	-2
Gesamt	3.137	3.163	-1

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrags entfällt seitens der LBB eine Vergütung für die stille Einlage im Geschäftsjahr 2008; stattdessen musste ein Betrag von 13 Mio. € zur anteiligen Verlustdeckung herangezogen werden. Der Ausweis der stillen Einlage zum Berichtszeitpunkt wurde um diese Verlustzuweisung gemindert. Für das Vorjahr hingegen wurden 51 Mio. € als Vergütung gezahlt.

57 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	2.554	2.554	0
Kapitalrücklagen	77	77	0
Gewinnrücklagen	-93	-14	<-100
Gesetzliche Rücklage	13	13	0
Andere Gewinnrücklagen	-94	14	<-100
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	-12	-41	71
Rücklage aus Währungsumrechnung	-9	-2	<-100
Neubewertungsrücklagen	-664	-182	<-100
Neubewertungsrücklage (AfS)	-753	-275	<-100
Neubewertungsrücklage (CFH)	-119	16	<-100
Neubewertungsrücklage Latente Steuern	208	77	>100
Anteile im Fremdbesitz	80	414	-81
Gesamt	1.945	2.847	-32

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Im Vorjahr wurden die Rücklagen für Pensionsbewertung innerhalb der anderen Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

58 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 sowie den Zwischenabschlüssen zum 31. März 2008, 30. Juni 2008 und 30. September 2008 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen. Diese Sachverhalte erfordern jedoch keine Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008.

Zum 31. Dezember 2008 führte ein neu aufzunehmender Sachverhalt zu weiteren Anpassungen:

■ Wertaufholung von Forderungen

Das Verfahren zur Bestimmung der Wertaufholungen wertberichteter Forderungen wurde im Geschäftsjahr 2008 weiter verfeinert. Damit standen detailliertere Informationen zur Verfügung, die eine differenziertere Bewertung der Einzelfälle ermöglichten. Mit der Umsetzung dieses verfeinerten Verfahrens wurden ebenfalls Wertaufholungen identifiziert, welche den Jahren 2007 (14,8 Mio. €), 2006 (7,7 Mio. €) und 2005 (0,6 Mio. €) zuzuordnen sind. Die auf die Vorjahre entfallenden Beträge werden nach IAS 8.42 angepasst.

■ Latente Steuern

Die oben genannten Ergebnisanpassungen einschließlich der Folgewirkungen aufgrund der Anpassung des Vorjahres führen per Saldo zu einem Aufwand aus latenten Steuern in Höhe von 4,5 Mio. € in der Gewinn- und Verlustrechnung der Vergleichszahl zum 31. Dezember 2007 sowie zu einer ergebnisneutralen Verringerung der Gewinnrücklage in Höhe von 2,6 Mio. €.

Die vorgenannten Anpassungen wirken sich auf die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2007 wie folgt aus (nach Berechnung latenter Steuern auf die Korrekturen):

Gewinn- und Verlustrechnung 2007	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
in Mio. €			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft ¹⁾	-53	15	-68
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	285	15	300
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	6	-	6
Ergebnis vor Steuern	291	15	306
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ²⁾	71	5	76
Ergebnis nach Steuern	220	10	230

¹⁾ aus Sachverhalt Wertaufholung

²⁾ aus Sachverhalt latente Steuern

Diese Anpassungen haben keine Auswirkungen auf den Gewinn je Aktie des Vorjahres.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Anpassungen haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2007 wie folgt korrigiert:

Bilanz zum 31.12.2007	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
in Mio. €			
Forderungen an Kunden ¹⁾	47.003	23	47.026
Latente Ertragsteueransprüche ²⁾	800	-7	793
Gewinnrücklagen ¹⁾²⁾	-143	16	-127

¹⁾ aus Sachverhalt Wertaufholung

²⁾ aus Sachverhalt latente Steuern

Folgende weitere Anpassungen wurden vorgenommen:

- In den Notesangaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen wurden zusätzlich Umgliederungen und Anpassungen der Vorjahresvergleichszahlen bei den Salden aufgrund der Berücksichtigung beziehungsweise Nichtberücksichtigung von Unternehmen vorgenommen.
- In den Notesangaben zu Eventualschulden werden Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien angegeben. Dieser Betrag wurde im Vorjahr zu hoch ausgewiesen und nunmehr angepasst.

Die ebenfalls angepassten Vergleichszahlen 2007 der Segmentberichterstattung sowie weitere methodische Veränderungen in den Segmenten sind in Note 6 dargestellt.

59 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	210	343	-39
Treuhandvermögen	210	343	-39
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9	3	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	201	340	-41
Treuhandverbindlichkeiten	210	343	-39

60 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Quantifizierbar

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2.220	4.399	-50
Kreditbürgschaften	931	2.334	-60
Akkreditive	8	52	-85
Sonstige Bürgschaften	1.281	2.013	-36
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	3.743	5.402	-31
Sonstige Eventualschulden	0	59	-100
Gesamt	5.963	9.860	-40

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2008 in Höhe von 626 Mio. € (Vorjahr: 617 Mio. €).

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgt ebenfalls aufgrund der Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100%) insgesamt 188 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 216 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 119 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH (FinanzIT) und der Siemens IT Solutions and Services Management GmbH (SIS) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zu 90,4 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank),
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin,
- Klage einer Fondsgesellschaft sowie
- HV-Beschlussanfechtungsklagen.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Werts unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

Im Rahmen der Finanzierung zur Rettung der Hypo Real Estate beteiligt sich die Landesbank Berlin an einer Liquiditätshilfe der deutschen Finanzwirtschaft in zwei Stufen mit maximal 800 Mio. € und an einer Rückgarantie der S-Finanzgruppe. Daneben ist sie seit 2007 an konzertierten Aktionen für die SachsenLB und die IKB Deutsche Industriebank AG beteiligt.

Die Landesbank Berlin AG war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger.

Patronatserklärungen

Die Landesbank Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Weiterhin trägt die Landesbank Berlin AG alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus den dem Vorgenannten entsprechenden Patronats-erklärungen, die die vormalige Bankgesellschaft Berlin AG (jetzt firmierend unter Landesbank Berlin Holding AG), Berlin, gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, (im Jahre 2007 verschmolzen auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin) ausdrücklich abgab. Im Falle der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH gilt diese Patronats-erklärung befristet bis zum 30. Juni 2015; im Falle der von der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH aufgenommenen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH gilt diese befristet längstens bis zum 31. Dezember 2010.

61 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

62 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

62.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Konzern von der Möglichkeit, zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte der Kategorien HfT oder AfS umzukategorisieren, Gebrauch gemacht. Hintergrund sind die im Rahmen der Finanzmarktkrise stark nachlassenden Handelsaktivitäten und somit eingetretene teilweise Illiquidität der Märkte.

Zum 1. Oktober 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert; die Umkategorisierung betrifft variabel- und festverzinsliche Wertpapiere sowie einen Genussschein. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere über einen längerfristigen Zeitraum oder bis zur Endfälligkeit zu halten.

Am 9. Dezember 2008 wurden ferner Wertpapiere der Kategorie HfT umkategorisiert und nunmehr als Finanzanlagen der Kategorie LaR ausgewiesen. Der Konzern hat auch hier die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere über einen längerfristigen Zeitraum oder bis zur Endfälligkeit zu halten.

Zeit- und Buchwerte zum Umkategorisierungstag beziehungsweise zum Ende des Geschäftsjahres:

in Mio. €	Buchwert	Buchwert	Zeitwert
	am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)	31.12.2008	31.12.2008
A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	37.821	36.696	36.470
B. von Held-for-Trading nach Finanzanlagen LaR	504	501	503

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung aufgrund von Fälligkeiten um 1.221 Mio. € reduziert haben.

Zum Umkategorisierungstichtag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Für diese Finanzinstrumente wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr bis zum Umkategorisierungstag in der Neubewertungsrücklage Wertveränderungen von –295 Mio. € (Vorjahr: –132 Mio. €) sowie eine ergebniswirksame Bewertungsdifferenz von –210 Mio. € (Vorjahr: –115 Mio. €) erfasst.

Seit der Umkategorisierung wurden für diese Instrumente Zinsamortisierungen in Höhe von –7 Mio. € sowie ein Aufwand für Impairments in Höhe von 16 Mio. € erfolgswirksam erfasst. Zudem erfolgt aufgrund der Umkategorisierung eine Amortisierung der Neubewertungsrücklage AfS, was bis 31. Dezember 2008 zu einer Erhöhung dieser Rücklage um 58 Mio. € führt. Diese Amortisierung wird aber durch die Fortschreibung des Buchwerts umkategorisierter Finanzanlagen im Zinsüberschuss kompensiert und hat daher keine Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären aus der Bewertungsänderung seit dem Tag der Umkategorisierung –124 Mio. € erfolgsneutral im Eigenkapital sowie 3 Mio. € erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst worden.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

62.2 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen. Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der Fair Value anhand von internen Bewertungsmodellen mit aktuellen Marktparametern ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu ermitteln. Hierbei wird – insbesondere beim Fehlen quotierter aktueller Kurse – auf modifizierte Quotierungen, also Anpassung letztmaliger Quotes auf die aktuelle Entwicklung unter Verwendung am Markt beobachtbarer oder abgeleiteter Inputfaktoren sowie eigener Einschätzungen, zurückgegriffen.

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zum Fair Value beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	31.12.2008	31.12.2007
Aktiva						
LaR	110.708	75.195	109.639	74.960	1.069	235
Forderungen an Kreditinstitute	22.143	25.949	22.049	25.978	94	-29
Forderungen an Kunden	46.056	44.051	44.650	43.641	1.406	410
Finanzanlagen	42.509	5.196	42.940	5.341	-431	-145
AfS	8.088	47.865	8.088	47.865	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	302	527	302	527	0	0
Forderungen an Kunden	1.585	1.983	1.585	1.983	0	0
Finanzanlagen	6.201	45.355	6.201	45.355	0	0
HtM	1.295	0	1.325	0	-30	0
Finanzanlagen	1.295	0	1.325	0	-30	0
Gesamt	120.091	123.060	119.052	122.825	1.039	235
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46.054	50.734	45.950	50.686	104	48
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ²⁾	32.280	28.438	32.720	29.552	-440	-1.114
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ³⁾	32.923	29.569	32.720	29.552	203	17
Verbriefte Verbindlichkeiten	29.905	30.424	29.826	30.517	79	-93
Nachrangkapital inklusive stille Einlagen	2.854	3.134	3.137	3.163	-283	-29
Gesamt²⁾	111.093	112.730	111.633	113.918	-540	-1.188
Gesamt³⁾	111.736	113.861	111.633	113.918	103	-57

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ unter Berücksichtigung steuerrelevanter Ablaufeffekte für ablaufvariable Finanzinstrumente

³⁾ ohne Berücksichtigung steuerrelevanter Ablaufeffekte für ablaufvariable Finanzinstrumente

Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente (verbundene Unternehmen und Beteiligungen) in den Finanzanlagen konnten Fair Values nicht ermittelt und somit nicht angegeben werden.

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT und FVO) sowie für Derivate in Sicherungsbeziehungen entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Fair Values. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

62.3 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an. Dabei wird unter Beachtung der Fair Value-Hierarchie zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Aufgrund der Marktentwicklung im Laufe des Geschäftsjahres 2008 wurde zunehmend auf modifizierte Marktpreise oder Modellbewertungen im Rahmen des bereits etablierten mehrstufigen Bewertungsverfahrens des Konzerns abgestellt.

Die Marktsituation war dominiert durch stark nachlassende Handelsaktivitäten (signifikant reduziertes Handelsvolumen/Umsätze, gesunkene Anzahl von Transaktionen, gestiegene Bid-Ask-Spannen), teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit. Hinzu kommt eine gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, was sowohl auf gesunkene Bonität sowie gestiegene Illiquidität und erzwungene Veräußerungen zurückzuführen ist.

Insgesamt war ein gestiegenes Misstrauen im Wertpapier- wie im Geldmarkt zu beobachten, was zu nicht mehr den bisher etablierten Preisstellungen auf Basis von effektiven Märkten entsprechenden Quotierungen führte. Infolgedessen standen für umfassende Bestände bei Schuldverschreibungen und ABS-Wertpapieren keine Markt- beziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Auch bereitgestellte Quotes sind in dieser Marktsituation keine zuverlässigen Werte, die als Fair Values zur Bewertung anwendbar sind, da die Bereitschaft zur Durchführung von tatsächlichen Transaktionen nicht gegeben war und überdies die Quotierungen verschiedener Anbieter teils stark voneinander abwichen und in sich widersprüchlich waren.

Im Konzern wurde daher die Anwendung von Modellbewertungen im Rahmen des mehrstufigen Bewertungsverfahrens der LBB verstärkt. Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Eine Veränderung der herangezogenen Spreads um 10 Basispunkte nach oben (nach unten) würde einen Rückgang (einen Anstieg) der Fair Values der mittels DCF-Verfahren bewerteten Bestände der Kategorien Fair Value through Profit or Loss und AfS (nominal rund 15,5 Mrd. €) um ca. 0,31 % bewirken.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen, errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands und Anlagebuchderivate (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle, in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Auch für die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden Fair Values – gemäß der Bewertungshierarchie – sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der eingangs dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden ausschließlich anhand von Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie einige Darlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt. In vielen Fällen jedoch wurden für Schuldverschreibungen und andere verzinsliche Wertpapiere aufgrund seltener oder fehlender aktueller Börsenkurse Fair Values anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt. Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzterem handelt es sich um nicht-börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mithilfe des dargestellten marktüblichen Bewertungsmodells ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus fachlichen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM, welche ausschließlich unter Finanzanlagen ausgewiesen werden, werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieftete Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Ermittlung der Fair Values von Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage basiert auf der Barwertmethode unter Anwendung des aktuellen Marktinzins und angemessener Risikoaufschläge.

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditive) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Values ungleich null identifiziert.

63 Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.151	3.873	- 44
Forderungen an Kunden	5.237	6.186	- 15
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	906	1.040	- 13
Finanzanlagen	34.746	31.073	12
Sonstige Aktiva	2.957	1.281	> 100
Gesamt	45.997	43.453	6

Die Sicherheiten wurden im Rahmen der standardisierten Rahmenverträge (gemäß ISDA und Deutschem Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte), die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, gestellt.

Sicherheiten, die der Konzern erhalten hat und bei nicht gegebenem Ausfall des Sicherungsnehmers verwerten kann, lagen nicht vor.

64 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin Holding nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- S-Erwerbsgesellschaft (Mehrheitseigner der LBBH mit 88 % der Anteile sowie Komplementär der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG), die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementär der S-Erwerbsgesellschaft – die Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG),
- Tochterunternehmen der Holding und Unternehmen, auf die die Holding maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der LBB und Holding, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, sowie die Geschäftsführer des beherrschenden Mutterunternehmens.

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu, beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrags zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrags entfällt seitens der LBB eine Vergütung für die stille Beteiligung im Geschäftsjahr 2008; stattdessen musste ein Betrag von 12,5 Mio. € zur anteiligen Verlustdeckung herangezogen werden.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) zwischen der LBB AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt ist. Der GBV bezieht sich auf die erstmalige Konzernabschlusserstellung zum 31. Dezember 2007 (inklusive der Eröffnungsbilanz zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der LBB Holding AG am 8. August 2007) und die Folgeabschlüsse (§1 (4)). Die LBB erhält von der RVG eine Vergütung, durch die sämtliche nachgewiesenen Kosten der Geschäftsbesorgung erstattet werden. Die Parteien sind sich einig, dass bei der LBB durch die Geschäftsbesorgung keine Kosten verbleiben, sie hieraus aber auch keinen Gewinn erzielen soll (§ 4 (1)). Für die Erstellung des RVG-Konzernabschlusses 2007 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 538 T€ in Rechnung gestellt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (17 T€) einlageseitig genutzt wird. Meldepflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der Holding im Sinne des IAS 24 gehören auf Seiten des Mehrheitseigners neben der S-Erwerbsgesellschaft, der S-Beteiligungsgesellschaft und der RVG auch die Geschäftsführer der RVG.

Mit einem Geschäftsführer der RVG besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher in einem geringeren Umfang (6 T€) einlageseitig genutzt wird.

Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG und deren nahe Angehörige haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 67) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilsbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	461	222	>100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11	89	-88

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 1,6 Mio. € (31. Dezember 2007: 2,0 Mio. €).

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	128	296	-57
Forderungen an Kunden	146	302	-52
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	15	32	-53
Finanzanlagen	15	40	-62

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 ¹⁾	Veränderung in %
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31	27	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8	28	-71
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	20	20	0

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2007: 1,3 Mio. €).

Gegenüber einem assoziierten Unternehmen besteht eine Gewährleistungsbürgschaft über 55 Mio. € (31. Dezember 2007: 55 Mio. €).

Joint Ventures

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	14	15	-7

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung in %
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	0	x

Es bestehen keine Wertberichtigungen gegenüber Joint Ventures.

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, aus-gegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das **Zinsergebnis des Konzerns** wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend der Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden folgende Vergütungen zuteil:

in T€	2008	2007
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	6.861	7.496
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	2.878	2.841
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding	657	636
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB	268	262
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ³⁾	8.046	6.160
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	86.735	90.661
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	13.095	11.840
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	7.099	6.236
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	1.255	754
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	863	822

¹⁾ bestehend aus den Herren Vetter, Dr. Veit, Demolière, Dr. Evers, Kruschinski (bis 30. Juni 2007), Kulartz und Müller

²⁾ bestehend aus den Herren Vetter und Dr. Veit

³⁾ Nachzahlungen für Vorjahre in 2008 enthalten

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. Ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Für zwei Mitglieder des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollerwerbs geregelt. Im Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2008 werden personenbezogene Angaben zu den Versorgungszusagen, den Ansprüchen auf Ruhegehalt und den sonstigen Leistungen nach oder aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses dargestellt.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	2008	2007
an Mitglieder des Vorstands der LBB	344	388
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	18	0
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	2	98
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	0	98

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen gewährte in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Tilgung von Annuitätendarlehen.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstands veröffentlicht die Holding auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Darstellung zu § 314 Abs.1 Nr. 6 a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2008** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2007 ¹⁾		
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB)	1.074	650	26	1.750
davon nicht ruhegehaltstfähig	521			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	695	400	33	1.128
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
Summe Organmitglieder der Holding	1.769	1.050	59	2.878
Serge Demolière (LBB)	989	150	35	1.174
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Dr. Johannes Evers (LBB)	632	275	45	952
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Uwe Kruschinski ³⁾ (LBB)		30		30
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	632	210	44	886
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	37	941
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Vergütungsaufwand 2008 Gesamt (LBB)	4.626	2.015	220	6.861

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 T€ sowie den so genannten Arbeitgeberanteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- beziehungsweise Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Die Angaben gemäß § 314 Abs.1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2007** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2006 ¹⁾		
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB)	1.068	675	26	1.769
davon nicht ruhegehaltstfähig	521			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	689	350	33	1.072
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
Summe Organmitglieder der Holding	1.757	1.025	59	2.841
Serge Demolière (LBB)	986	270	34	1.290
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Dr. Johannes Evers (LBB)	627	300	46	973
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Uwe Kruschinski ³⁾ (LBB)	331	185	17	533
davon nicht ruhegehaltstfähig	150			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	627	245	45	917
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	38	942
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Vergütungsaufwand 2007 Gesamt (LBB)	4.932	2.325	239	7.496

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2006, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2006 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2007.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 116 T€ sowie den so genannten Arbeitgeberanteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 119 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- beziehungsweise Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Die Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Gesamtbezüge von Aufsichtsratsmitgliedern der Holding für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der Holding:

Mitglieder des Aufsichtsrats in T€	Jahresvergütung Konzern LBB Holding	
	2008	2007
Dr. h. c. Klaus G. Adam ¹⁾⁶⁾	–	54
Heinrich Haasis ²⁾⁷⁾	81	25
Bärbel Wulff	64	64
Dr. h. c. Axel Berger ¹⁾⁶⁾	–	27
Dietmar P. Binkowska ²⁾³⁾⁷⁾⁸⁾	29	11
Gregor Böhmer ²⁾⁷⁾	42	13
Dagmar Brose	15	15
Thomas Dobkowitz ¹⁾	–	10
Hans Jörg Duppré ²⁾	15	5
Dr. Michael Endres ¹⁾⁶⁾	–	22
Christina Förster	26	26
Artur Grzesiek ⁴⁾⁹⁾	3	–
Dr. Thomas Guth ¹⁾⁶⁾	–	17
Sascha Händler	26	26
Jürgen Hilse ²⁾⁷⁾	36	11
Claus Friedrich Holtmann ²⁾⁷⁾	32	10
Michael Jänichen	38	33
Daniel Kasteel	26	26
Thomas Mang ²⁾⁷⁾	32	10
Astrid Maurer	26	26
Prof. Dr. Hannes Rehm ¹⁾	–	10
Andreas Rohde	26	26
Senator Dr. Thilo Sarrazin ⁵⁾¹⁰⁾	–	27
Peter Schneider ²⁾⁷⁾	26	9
Friedrich Schubring-Giese ²⁾	15	5
Dr. Heinz-Gerd Stein ¹⁾⁶⁾	–	21
Joachim Tonndorf	25	25
Dr. Harald Vogelsang ²⁾⁷⁾	32	10
Frank Wolf	42	34
Senator Harald Wolf ⁵⁾¹⁰⁾	–	17
Bernd Wrede ¹⁾⁶⁾	–	21
Summe	657	636
zuzüglich USt	102	95
Gesamtaufwand	759	731

¹⁾ Mitglied im AR der Holding bis 31. August 2007

²⁾ Mitglied im AR der Holding seit 1. September 2007

³⁾ Mitglied im AR der Holding bis 21. November 2008

⁴⁾ Mitglied im AR der Holding seit 24. November 2008

⁵⁾ Mitglied im AR der Holding bis 28. August 2007

⁶⁾ Mitglied im AR der LBB bis 31. August 2007

⁷⁾ Mitglied im AR der LBB seit 1. September 2007

⁸⁾ Mitglied im AR der LBB bis 21. November 2008

⁹⁾ Mitglied im AR der LBB seit 24. November 2008

¹⁰⁾ Mitglied im AR der LBB bis 28. August 2007

Sonstige Erläuterungen (Notes)

65 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2008	2007
Vollzeit	5.117	5.117
Teilzeit	1.325	1.348
Auszubildende	261	208
Gesamt	6.703	6.673

66 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008

Für die Ermittlung des Fair Value zahlreicher Finanzinstrumente wurde zum 31. Dezember 2008 auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen, da es aufgrund der extremen Marktsituation, die wesentlich durch nicht aktive Märkte gekennzeichnet ist, in diesen Fällen faktisch unmöglich war, den Fair Value aufgrund von notierten Preisen beziehungsweise anhand von Schätzungen auf Basis von jüngsten Transaktionen oder aktuell verfügbaren Marktkursen zu bestimmen. Weitestgehend und soweit verfügbar wurden beobachtbare Marktdaten verwendet.

Unsere Einschätzung zur vorliegenden besonderen Marktsituation, die dominiert war durch stark nachlassende Handelsaktivitäten, teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit sowie eine gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, ist unverändert. Trotz erkennbar erhöhter Aktivitäten am Primärmarkt sind die Finanzmärkte unverändert gestört. Wir sehen ein immer noch geringes Marktvolumen am Sekundärmarkt, eine hohe Geld-Brief-Spanne, eine geringe Bereitschaft zur Durchführung von tatsächlichen Transaktionen und Quotierungen verschiedener Anbieter, die teils stark voneinander abweichen und in sich widersprüchlich waren. Dies lässt keine beziehungsweise lediglich indikative Preisnotierungen erkennen. Die Märkte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die bisher beobachtbaren Emissionsaktivitäten, sind zudem stark von staatlichen Rettungsmaßnahmen geprägt, die nur zu begrenzten Markteinschätzungen herangezogen werden können.

Der mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 erfolgte Verkauf des Privatkundengeschäfts der Luxemburger Tochtergesellschaft Landesbank Berlin International S.A. wurde im Januar 2009 durch Erhalt der Kaufpreiszahlung und Übertragung der Vermögenswerte und Verpflichtungen abgeschlossen.

67 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ²⁾	Ergebnis ²⁾	vom 31.12.2008 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Landesbank Berlin Holding AG						
Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	-4.784	2.434	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	700	-5	
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ⁵⁾	90,4	90,4	90,4	547.060	46.228	
Crown Court I LLC, Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁶⁾	100,0	100,0	100,0	-141.969	-135.247	
Crown Court Property London Ltd., London ⁵⁾¹⁷⁾	100,0	100,0	100,0	16.183	216	
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin ⁵⁾⁶⁾	48,5	48,5	48,5	-50.459	-44	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ¹⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	34.707	807	
GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	5.093	1.169	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾⁵⁾	100,0	94,9	100,0	6.158	-412	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde / Gardelegen GbR, Berlin ⁵⁾	76,5	76,5	76,1	-21.539	-1.376	
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁵⁾	99,9	99,9	99,9	-8.087	-297	
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ⁵⁾	100,0	95,0	100,0	16.450	450	
Landesbank Berlin AG, Berlin ⁵⁾	100,0	0,0	100,0	2.031.164	407.602	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	129.333	-17.325	
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ⁵⁾	100,0	0,0	100,0	10.566	136	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.319	72	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ¹⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	5.865	-159	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ¹⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.103	0	
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	4.462	1.462	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ⁵⁾	75,0	75,0	75,0	28.742	-4.787	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ¹⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	960	-6	
SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
Check Point Charlie Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	257	-467	
Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-7.468	-4.970	
Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-31.938	-26.789	
Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-14.668	-12.987	
Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-3.901	-1.795	
RR II R-11004, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11014, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11017, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11056, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11057, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11063, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11064, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11066, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11072, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11075, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11077, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11080, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11082, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11085, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11087, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ²⁾	Ergebnis ²⁾	vom 31.12.2008 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
RR II R-11133, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11140, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11144, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11145, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11148, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11157, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11161, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11163, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11172, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11176, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11184, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11189, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11227, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11231, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11232, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11247, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11249, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11251, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11253, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11254, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11262, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11263, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11264, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11265, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11266, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11270, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11277, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11280, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11281, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11282, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11285, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11288, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11289, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11290, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11291, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11292, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11295, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11297, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11298, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11300, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11301, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11302, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11303, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11304, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11305, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11306, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11308, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11310, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-817, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-846, City of Wilmington / Delaware ⁵⁾¹⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ²⁾	Ergebnis ²⁾	vom 31.12.2008 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
ABN AMRO EMMA INKA, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	34.869	1.307	
BB-TBG-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	81.621	158	
BG-Asset-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	19.046	381	
dbi Pimco Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	85.525	-1.370	
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	90.148	-7.727	
DEKA - ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	59.435	-14.033	
GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	84.596	-3.209	
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	57.865	-36.892	
LBB-nb 08-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	83.065	1.495	
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown / Kaiman-Inseln ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	117.601	-23.501	
UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	12.586	-17.473	
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	78.870	-2.050	
Dotationsbestand Publikumsfonds – konsolidiert –						
FlexBond-Plus-INVEST, Berlin ⁵⁾	77,4	77,4	0,0	18.676	-435	
Kepler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin ⁵⁾	76,6	76,6	0,0	57.323	-7.073	
Vermögensstruktur Chance Inhaber-Anteile, Berlin ⁵⁾	87,4	87,4	0,0	33.162	-2.642	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin	100,0	100,0	100,0	72	6	29.06.2007
Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	31.12.2007
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾	100,0	94,9	100,0	51	0	31.12.2007
BB-Leasing GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	2.326	537	31.12.2007
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	100,0	100,0	100,0	104	1	31.12.2007
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-1.677	-500	31.12.2006
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	425	-2	31.12.2006
FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	-418	-444	31.12.2006
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ⁶⁾	94,0	94,0	50,0	14	1	31.12.2006
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin ⁶⁾	49,0	49,0	49,0	3	-1	01.01.2008
GfBI Beteiligungsmanagement GmbH (ehemals: Bavaria Vertriebs GmbH), Berlin	100,0	100,0	100,0	100	0	31.12.2007
GfBI Group Services GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	272	17	31.12.2007
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin	60,2	60,2	60,2	3.833	179	31.12.2007
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	61	-518	31.12.2007
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2007
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking ⁵⁾	92,5	92,5	92,5	0	24.529	
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	20	-1	31.12.2007
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	128	-8	31.12.2007
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ¹⁾	100,0	100,0	100,0	2.275	0	31.12.2007
LBB Reinsurance Ltd. i. L., Dublin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	0	569	
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	94,0	55,3	24	-1	31.12.2007
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	164	122	31.12.2007
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	83	-809	31.12.2007

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ²⁾	Ergebnis ²⁾	vom 31.12.2008 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – nicht konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Public Golf Wilkendorf KG, Berlin ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	0	- 125	vorl. 31.12.2007
Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Sandy-Lyle Wilkendorf KG, Berlin ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	0	- 712	vorl. 31.12.2007
Check Point Charlie Inc., London	0,0	0,0	0,0	0	- 17	31.12.2007
Portfolio Purchasing Company RT1 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2007
Portfolio Purchasing Company RT2 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2007
Portfolio Purchasing Company RT3 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2007
Portfolio Purchasing Company RT4 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2007
PPC Holdings Ltd., London	0,0	0,0	0,0	25	20	31.12.2007
Starts (Ireland) PLC Series 2005-8, Ireland	0,0	0,0	0,0	k. A.	k. A.	
Starts (Ireland) PLC Series 2007-11, Ireland	0,0	0,0	0,0	k. A.	k. A.	
Joint Ventures (IAS 31) – bewertet –						
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin	45,0	45,0	45,0	2.542	265	31.12.2006
Joint Ventures (IAS 31) – nicht bewertet –						
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	45,0	45,0	45,0	28	1	31.12.2007
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover	50,0	50,0	50,0	1.122	- 30	31.12.2007
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	50,0	50,0	81	- 42	31.12.2007
GbR TOCOTAX	0,0	0,0	33,3	0	- 140	31.12.2007
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße / Parkaue, Berlin	50,0	50,0	50,0	- 2.485	- 310	31.12.2007
KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München ³⁾	33,0	33,0	33,0	26	1	
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin / Hannover	0,0	0,0	50,0	228	36	31.12.2007
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – bewertet –						
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin / Hannover ⁷⁾	12,0	12,0	12,0	310.770	13.600	31.12.2007
PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum	42,4	42,4	42,4	229	459	31.12.2007
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – bewertet –						
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin ⁵⁾	17,3	17,3	0,0	0	6.623	
Vermögensstruktur Wachstum Inhaber-Anteile, Berlin	49,4	49,4	0,0	40.058	0	30.06.2008
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – nicht bewertet –						
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin	47,5	47,5	47,5	35.332	2.382	31.12.2007
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	67	4	31.12.2007
Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ^{3) 13)}	25,1	25,1	25,1	9.698	0	31.12.2007
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	25,1	25,1	12.435	3.630	30.09.2007
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	21,8	21,8	8.194	408	31.12.2007
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ⁸⁾	100,0	100,0	100,0	- 1	- 64	31.12.2006
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin	49,0	49,0	49,0	- 112	1.945	31.12.2007
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	39,6	20,0	26	0	31.12.2007
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ^{3) 7) 15)}	25,0	25,0	14,3	189.315	5.495	31.12.2007
Modernisierungsgesellschaft „Wohnen in Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 67“ GbR, Berlin	30,9	30,9	30,9	k. A.	k. A.	31.12.2007
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2005
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ³⁾	26,8	26,8	26,8	37.866	- 1.635	31.12.2006
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	49,0	36,3	- 3.346	140	31.12.2007

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ²⁾	Ergebnis ²⁾	vom 31.12.2008 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Beteiligungen von mindestens 20 v. H.						
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin ⁸⁾⁹⁾	94,0	94,0	94,0	1.861	-28	31.12.2007
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ⁸⁾⁹⁾	94,0	94,0	94,0	-2.494	2.030	31.12.2005
Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin ⁹⁾	47,6	47,6	47,6	72	9	31.12.2007
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz ¹⁰⁾	60,0	60,0	60,0	-9	0	31.12.2007
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz ¹⁰⁾	70,0	70,0	70,0	-84.324	2	31.12.2007
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ⁸⁾⁹⁾	100,0	100,0	100,0	5	863	31.12.2007
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ⁸⁾⁹⁾	75,0	75,0	75,0	33	2	31.12.2006
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ⁸⁾⁹⁾	75,0	75,0	75,0	602	-597	31.12.2006
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.						
E.I. Cap.-Welt-Kasko 100 PlusZins II, Luxemburg ¹¹⁾¹²⁾	75,1	75,1	0,0	37.815	229	31.07.2008
E.I. Cap.-Welt-Kasko 95 Top Level, Luxemburg ¹¹⁾¹²⁾	71,9	71,9	0,0	15.885	0	31.07.2008
Magna Africa Fund, London ¹¹⁾¹²⁾	32,4	32,4	0,0	150.909	15.144	31.12.2007
OP Extra Bond Euro - hedged, Köln ¹¹⁾	22,3	22,3	0,0	299.809	12.941	31.12.2007
S.A.M. Global II, Graz, Austria ¹¹⁾¹²⁾	66,2	66,2	0,0	75.222	2.570	30.09.2007
S.A.M. Vermögensverwaltung Global, Graz, Austria ¹¹⁾¹²⁾	58,1	58,1	0,0	16.841	1.439	30.09.2007

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet

³⁾ zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5)

⁴⁾ Vorläufige Jahresabschlusszahlen per 31.12.2007

⁵⁾ IFRS-Konsolidierungsdaten

⁶⁾ Tochterunternehmen wegen Beherrschung durch die Möglichkeit der Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik und/oder Organbestellungsrecht (IAS 27.13) beziehungsweise Mehrheit der Chancen und Risiken (SIC 12.10)

⁷⁾ Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

⁸⁾ kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

⁹⁾ kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme – Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU

¹⁰⁾ kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt

¹¹⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

¹²⁾ Es handelt sich um Publikumsfonds, die aufliegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

¹³⁾ Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungsvertrag zu konzernfremdem Mehrheitsgesellschafter.

¹⁴⁾ Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum „Tender Option Program“ der Crown Court I LLC; TOB gesamt in T€: Eigenkapital – 68.989; Jahresüberschuss/-fehlbetrag: 116.600.

¹⁵⁾ Die Beteiligung wurde zum 31.12.2005 gekündigt; eine Feststellungsklage ist anhängig, die Entscheidung steht noch aus.

EZB-Kurse vom 31.12.2008

¹⁶⁾ 1 EUR = 1,39170 USD

¹⁷⁾ 1 EUR = 0,95250 GBP

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnis- abführung in T€	vom 31.12.2008 abweichender Jahres- abschluss
Landesbank Berlin AG, Berlin	Landesbank Berlin Holding AG	100.011	31.12.2007

68 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von den börsennotierten Aktiengesellschaften des Konzerns (Landesbank Berlin Holding AG, Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG) jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis
Vorsitzender
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff*
stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Dietmar P. Binkowska
bis 21. November 2008
Vorstandsvorsitzender der NRW.BANK

Gregor Böhmer
Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Dagmar Brose*
Referentin im Bereich Finanzen der
Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré
Präsident des Deutschen Landkreistages

Christina Förster*
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Artur Grzesiek
seit 24. November 2008
Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse Köln/Bonn

Sascha Händler*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Kundenbetreuer Exportfinanzierung
der Landesbank Berlin AG

Jürgen Hilse
Vorstandsvorsitzender der
Kreissparkasse Göppingen

Claus Friedrich Holtmann
Geschäftsführender Präsident
des Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*
Bereichsleiter Firmenkunden
der Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Kundenbetreuer Vertriebsbereich Ost

Thomas Mang
Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Astrid Maurer*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

Andreas Rohde*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Peter Schneider
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese
Vorstandsvorsitzender der
Versicherungskammer Bayern

Joachim Tonndorf*
ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Harald Vogelsang
Vorstandssprecher der HASPA
Finanzholding und der
Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

* Arbeitnehmervertreter

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, 4. März 2009

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 5. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Günter Borgel)	(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Wichtige Adressen

Landesbank Berlin Holding AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509
www.lbb-holding.de

Landesbank Berlin AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Niederlassung London

LBB Landesbank Berlin London Branch
1 Crown Court, 66 Cheapside
GB-London EC2V 6 LR
Telefon: +44/20/757 262 00
Telefax: +44/20/757 262 99

Niederlassung Luxemburg

LBB Landesbank Berlin
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Telefon: +352/468 939 0
Telefax: +352/468 939 201 9

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.berliner-sparkasse.de

Eine aktuelle Aufstellung der Privatkunden-,
Firmenkunden-, Vermögensanlage- und
ImmobilienCenter finden Sie im Internet unter
www.berliner-sparkasse.de/Standorte.

Privatkunden

Private Banking	Bundesallee 171	10715 Berlin	030/869 840 70
Vertriebsbereich Süd			
Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Zehlendorf			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Uhlandstraße 97	10715 Berlin	030/869 747 624
Vertriebsbereich Ost			
Hellersdorf, Köpenick, Lichtenberg, Marzahn, Treptow			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Frankfurter Allee 147	10365 Berlin	030/869 742 694
Vertriebsbereich Zentrum			
Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Friedrichstraße 185–190	10117 Berlin	030/869 746 547
Vertriebsbereich Nord			
Hohenschönhausen, Pankow, Reinickendorf, Wedding, Weißensee			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Scharnweberstraße 14	13405 Berlin	030/869 747 865
Vertriebsbereich West			
Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, Wilmersdorf			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Berliner Straße 40/41	10715 Berlin	030/869 737 796
Vertriebsbereich ImmobilienCenter	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 840 51

Firmenkunden

Zentrale Direktion Firmenkunden	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 843 89
Direktion Firmenkunden Nord	Berliner Straße 40/41	10715 Berlin	030/869 737 777
Direktion Firmenkunden Süd / Direktion Brandenburg	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 747 671
Direktion Firmenkunden Zentrum	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 746 575
Direktion FirmenkundenCenter	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 830 23
Direktion BusinessLine	Brunnenstraße 111	13355 Berlin	030/869 869 869

Wichtige Adressen

Immobilienfinanzierung

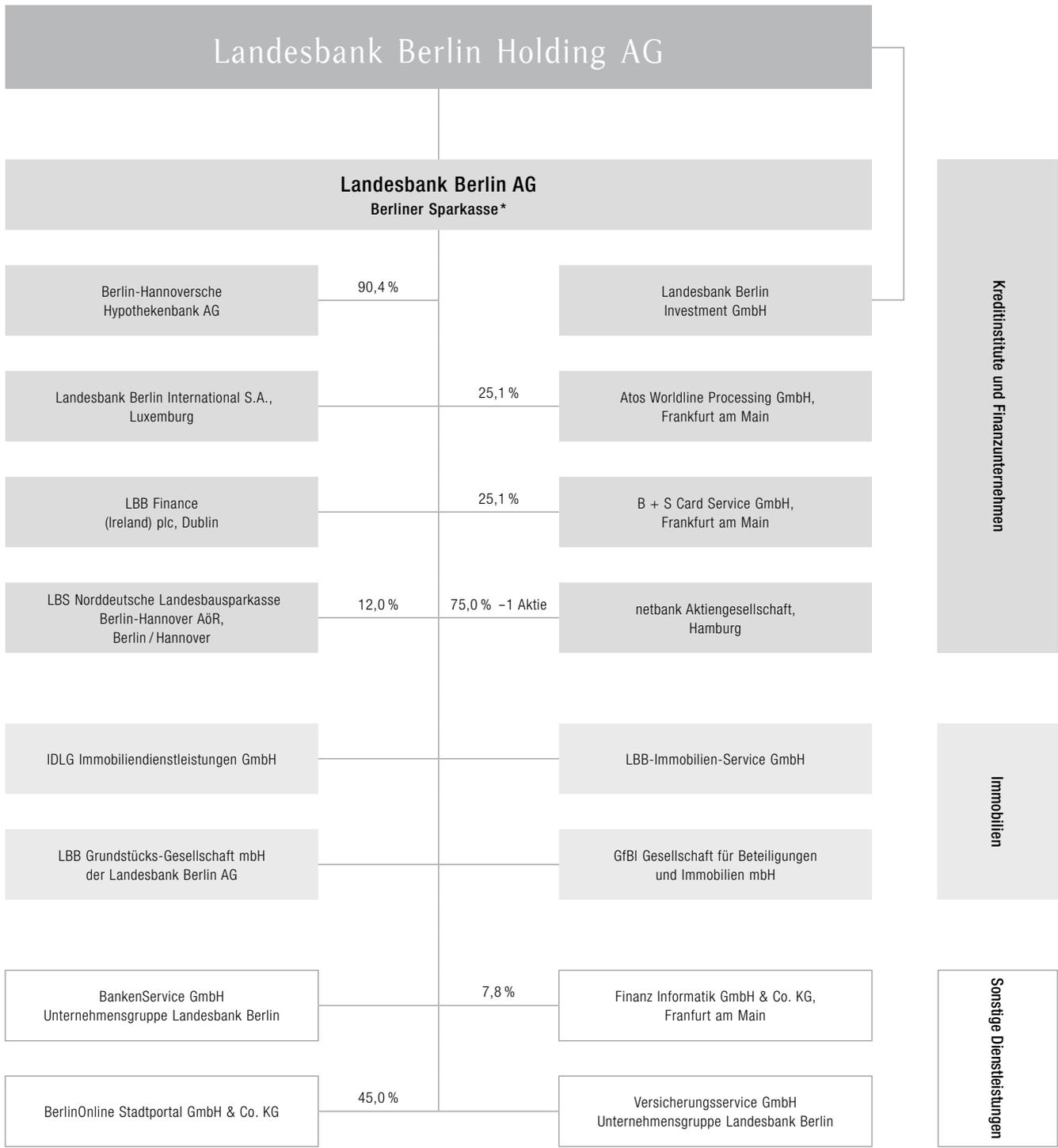
Vertriebsbereich Berlin und Neue Bundesländer	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 80
Wohnungsunternehmen	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 86
Vertriebsbereich Alte Bundesländer	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 90
Geschäftsstelle Düsseldorf	Königsallee 60	40212 Düsseldorf	0211/839 22 01
Geschäftsstelle Frankfurt/Main	Bockenheimer Anlage 2	60322 Frankfurt/Main	069/150 66 11
Geschäftsstelle Hamburg	Neuer Wall 19	20354 Hamburg	040/286 658 921
Geschäftsstelle München	Perusastraße 7	80333 München	089/291 949 10
Vertriebsbereich Ausland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 10
Konsortialfinanzierungen/Syndizierung	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 95
Ausländische Investoren	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 996 65
Geschäftsstelle Amsterdam	Schouwweg 13 A	NL-2243 BB Wassenaar	+31/70/514 665 7
Geschäftsstelle London	1 Crown Court, 66 Cheapside	GB-London EC2V 6 LR	+44/20/757 264 93
Geschäftsstelle Prag	Meteor Centre Office Park Sokolovská 100/94	CZ-18000 Prag 8	+420/2/360 801 50
Geschäftsstelle Warschau	ul. Widok 8	PL-00-023 Warschau	+48/22/690 656 5

Kapitalmarktgeschäft

Business Management	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 625 65
Relationship Management			030/245 929 03
Client Business	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 629 18
Sparkassen und Genobanken			030/869 624 30
Banken und Vermögensverwalter			030/869 619 01
Institutionelle Kunden			030/869 620 00
Credit			030/869 625 51
Private Kunden			030/869 629 00
Treasury und Trading	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 624 07
			030/245 665 01
Internationales Geschäft	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 925 70

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset-Backed-Securities	IBG	IBG Immobilien und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobilclub	IBV	Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH
AfS	Available for Sale	IDL	Immobilien dienstleistungsgeschäft
AktG	Aktiengesetz	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee
BCIA	BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH	IFRS	International Financial Reporting Standards
BerlinHyp	Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG	ISDA	International Swaps and Derivatives Association
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	ISO	Internationale Organisation für Normung
BIH	BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG)	IT	Informationstechnologie
BOB	Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH	KAG	Kapitalanlagegesellschaft
BPS-	Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategie-	KStG	Körperschaftsteuergesetz
Ausschuss	ausschuss des Aufsichtsrats	KWG	Kreditwesengesetz
CCE	Current Credit Exposure	LaR	Loans and Receiveables
CDAX	Composite DAX	LBB	Landesbank Berlin
CDO	Collateralized Debt Obligation	LBBH	Landesbank Berlin Holding AG
CFH	Cashflow Hedging	LBB-INVEST	Landesbank Berlin Investment GmbH
CSO	Chief Security Officer	LDA	Loss Distribution Approach
DAX	Deutscher Aktienindex	LIP	Loss Identification Period
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen	MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
DBO	Defined Benefit Obligation	MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
DCF	Discounted Cashflow	OL	Other Liabilities
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex	OpRisk	Operationelle Risiken
DEM	Deutsche Mark	OTC	over the counter
DetV	Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts	pEWB	pauschalierte Einzelwertberichtigung
D&O-	Directors & Officers Vermögensschaden-	P&L	Profit & Loss (Gewinn und Verlust)
Versicherung	Haftpflicht-Versicherung	PoWB	Portfoliowertberichtigung
DRS	Deutscher Rechnungslegungs-Standard	PUC	Projected Unit Credit
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband	rev.	revised (überarbeitet)
DSR	Deutscher Standardisierungsrat	RVAGAnpG	Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung
DV	Datenverarbeitung	RVG	Regionalverbandsgesellschaft mbH
ECA	European Credit Agency	S-Beteiligungs-	Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe
EK02	Eigenkapital 02	gesellschaft	mbH & Co. KG
ESTG	Einkommensteuergesetz	S-Erwerbs-	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe
EU	Europäische Union	gesellschaft	& Co. KG
EUR	Euro	SIC	Standing Interpretation Committee
EWB	Einzelwertberichtigung	SiS	Siemens IT Solutions and Services Management GmbH
EZB	Europäische Zentralbank	SMS	Short Message Service
FVO	Fair Value Option	SolvV	Solvabilitätsverordnung
GBP	Britische Pfund	SPV	Special Purpose Vehicle (Zweckgesellschaft)
GBV	Geschäftsbesorgungsvertrag	TAN	Transaktionsnummer
GewStG	Gewerbsteuergesetz	TOB	Tender Option Bond
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	TU	Tochterunternehmen
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung	UmwG	Umwandlungsgesetz
HfT	Held for Trading	USD	US-Dollar
HGB	Handelsgesetzbuch	VaR	Value at Risk
HILOG	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG	VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
HtM	Held to Maturity	WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz)
HV	Hauptversammlung		
IAS	International Accounting Standards		
IASB	International Accounting Standards Board		



Abgebildet sind wesentliche Beteiligungen;
 Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0%;
 Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

* Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Stand: März 2009

Impressum

Herausgeber

Landesbank Berlin Holding AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

Fotos

Corbis
Getty Images
Mauritius
plainpicture

Druck

Broermann Offset-Druck GmbH, Troisdorf-Spich

ISSN 1868-3304



© **Mix**

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern, kontrollierten Herkünften und
Recyclingholz oder -fasern
www.fsc.org Zert.-Nr. GFA-COC-001484
© 1996 Forest Stewardship Council

Landesbank Berlin Holding AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postfach 11 08 01
10838 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Unternehmenskommunikation
Christina Pries
Telefon: 030/869 663 89
Telefax: 030/869 663 93
E-Mail: ir@lbb.de

www.lbb-holding.de
www.lbb.de

